



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament



KRIEGS- PSYCHOSE



Im Herbst 1918 geriet das Kaiserreich Österreich in eine
Schicksalskurve. Innerhalb weniger Tage verlor es fast
den gesamten Kriegsschatz und wurde als Republik
proklamiert.

WAS INDUCED PSYCHOSE

Die ersten Tage nach dem Krieg waren für viele
Österreicher eine Zeit der Verunsicherung und
Angst. Die Bevölkerung war mit den Folgen des
Krieges konfrontiert und suchte nach Antworten
auf die Fragen: „Was ist passiert?“ „Was wird
aus uns werden?“

GEBURTS- STUNDE EINES STAATES



Die Zeit von der Gründung des ersten
Österreichischen Bundesstaates bis zur
Proklamation der Republik Österreich am
12. November 1918.

SPÄTE LEBEN

Die ersten Tage nach dem Krieg waren für viele
Österreicher eine Zeit der Verunsicherung und
Angst. Die Bevölkerung war mit den Folgen des
Krieges konfrontiert und suchte nach Antworten
auf die Fragen: „Was ist passiert?“ „Was wird
aus uns werden?“

WAS IST DEUTSCH- ÖSTERREICH?



WIE WURDE ÖSTERREICH GEGRÜNDET?

Die Geschichte der österreichischen
Republik ist eine Geschichte der
Kämpfe um die Unabhängigkeit und
die Errichtung eines demokratischen
Staates.

ES DROH DIE HUNGER

Die ersten Tage nach dem Krieg waren für viele
Österreicher eine Zeit der Verunsicherung und
Angst. Die Bevölkerung war mit den Folgen des
Krieges konfrontiert und suchte nach Antworten
auf die Fragen: „Was ist passiert?“ „Was wird
aus uns werden?“

Nationalrat 2018 JAHRESBERICHT





JAHRESBERICHT DES NATIONALRATES 2018





INHALT

EDITORIAL.....	11
EU-RATSVORSITZ	
Der österreichische EU-Ratsvorsitz 2018	16
Konferenz der ParlamentspräsidentInnen	28
GEDENKJAHR	
Gedenkjahr 1918 – 2018.....	34
Gastkommentar: Das Gedenkjahr 2018	44
Gastkommentar: Gedenken im Parlament	46
Entscheidungsfragen der Gegenwart.....	48
NATIONALRATSPRÄSIDIUM	
Dialogfähigkeit und Interessenausgleich – Garanten für starken und selbstbewussten Parlamentarismus	52
Rückblick auf das erste Jahr im Amt	54
STATEMENTS DER KLUBOBLEUTE	56
PARLAMENTARISCHE KONTROLLE	
Untersuchungsausschuss zum Thema Eurofighter	62
Der BVT-Untersuchungsausschuss.....	64
Gute öffentliche Verwaltung nutzt den Menschen	67
VOLKSANWALTSCHAFT	
Die Volksanwaltschaft zieht Bilanz über das Jahr 2018	69
RECHNUNGSHOF	
Neuer Rechnungshofausschuss baute Rückstand ab	72
PARLAMENTARISCHE BUNDESHEERKOMMISSION	
Anwalt der Soldatinnen und Soldaten.....	74
EIN PARLAMENT – FÜNF ORTE	
Tag der offenen Tür.....	78
SANIERUNG PARLAMENTSGEBÄUDE	
Arbeitsintensives Jahr mit wichtigen Bauetappen.....	84
Überraschungen als ständige Begleiter.....	86
Ausblick 2019 – das Jahr der Zwischentappe	88
Gestaltungsideen für unser neues BesucherInnenzentrum	91
Sanierungsprojekt als Lehrbeispiel	94
PARLAMENT INTERNATIONAL.....	98
KINDER UND JUGENDLICHE	
Politische Bildung im Parlament für die Jugend.....	108
Bericht zur Erfahrung im Jugendparlament.....	110
WISSENSCHAFT, KUNST UND KULTUR	
Kunst und Wissenschaft im Hohen Haus.....	114
PARLAMENTSRÉDAKTEURINNEN	
Fast schon eingelebt.....	120
STATISTIK	
Infografiken Bilanz des Nationalrates 2018.....	122
Nationalrat 2018 in Zahlen	124
SERVICE	
Service- und Informationsangebote des österreichischen Parlaments ..	126

IMPRESSUM:

Herausgeberin, MedieninhaberIn und Herstellerin: Parlamentsdirektion

Adresse: Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien

Redaktion: CR Andreas Pittler, Susanne Roth

Bildredaktion: Michael Buchner, Bernhard Zofall

Grafische Gestaltung (Layout, Grafik, Fotobearbeitung): Pia Wiesböck

Korrektur: Johanna Axmann, Aida Besirevic

Nachweis Titelbild: © Parlamentsdirektion/Michael Buchner

Druck: Parlamentsdirektion | Wien, im Mai 2019

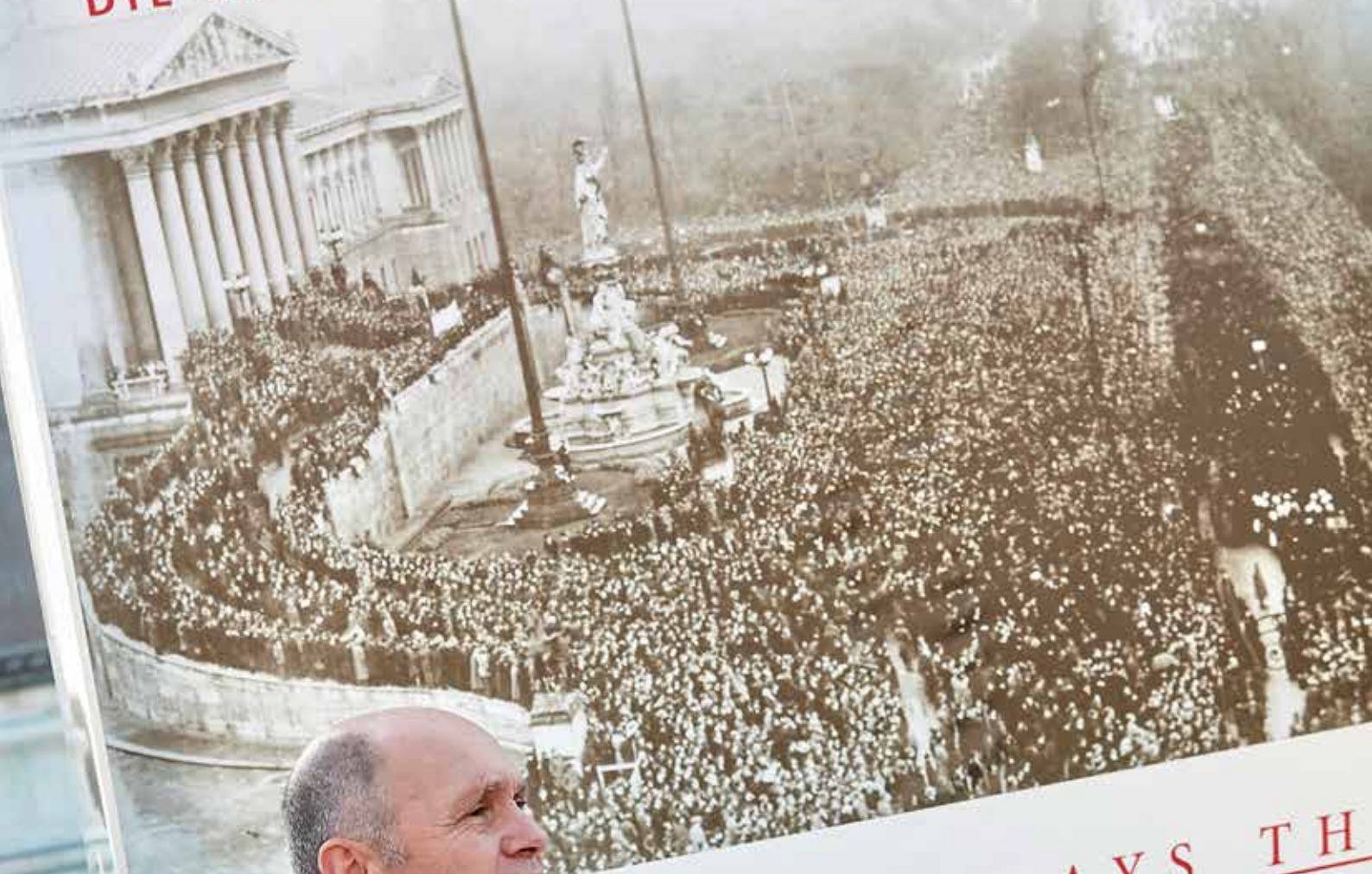
Wir haben uns bemüht, alle Bildrechte zu recherchieren. Falls Sie diesbezüglich Rechtsansprüche haben, bitten wir Sie, sich mit uns unter kommunikation@parlament.gv.at in Verbindung zu setzen.





TAG DER ENTSCHEIDUNG

DIE GRÜNDUNG DER REPUBLIK 1918



DAYS THAT
DEFINED
A NATION

2018
2019

THE FOUNDING OF THE
REPUBLIC IN 1918

An exhibition organised by
Parliamentary Administration
Heldenplatz, Vienna



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER!

DAS JAHR 2018 IM NATIONALRAT

Interessante Perspektiven für ein Europa von morgen und ein starkes Zeichen für Demokratie und Parlamentarismus

NATIONALRATSPRÄSIDENT WOLFGANG SOBOTKA

DEMOKRATIE UND PARLAMENT – GESCHICHTE ERINNERN

100 Jahre Republik – die positive Erinnerung an die Geburt unserer Republik und den Beginn von Demokratie und Parlamentarismus prägten das Jahr 2018 im Nationalrat (Themenschwerpunkt Seiten 34 bis 41). Am 12. November 1918 wurde von der Rampe des Parlamentsgebäudes das Ende der Monarchie und der Beginn der demokratischen Republik verkündet. Zahlreiche Veranstaltungen, Kooperationen und Themenschwerpunkte widmeten sich 100 Jahre später diesem Jubiläum. Das Parlament zeigte auch eine öffentliche Ausstellung am Heldenplatz, die Tausende Besucherinnen und Besucher zum Nachdenken über unsere Demokratie einlud. Dieses starke Zeichen unseres Parlaments finden Sie auch am Cover.

2018 jährte sich aber auch der „Anschluss“ Österreichs an NS-Deutschland und damit der Beginn der dunkelsten Jahre für Österreich. Wenn wir auf diese Ereignisse zurückblicken – ganz generell auf die Brüche in unserer Geschichte von Demokratie und Parlamentarismus – müssen wir erkennen, wie rasch antidemokratische Tendenzen um sich greifen können. Darum gilt es, klare Lehren aus der Vergangenheit für die Zukunft zu ziehen. Wir müssen wachsam bleiben und uns von Antisemitismus, Rassismus und Gewalt abgrenzen.

Nicht zuletzt scheute sich der Nationalrat auch nicht, sich mit der eigenen Geschichte seiner Wirkungsstätte auseinanderzusetzen. Die noch von meinen Vorgängerinnen initiierte Studie über die Geschichte des Parlamentsgebäudes konnte der interessierten Öffentlichkeit in Buchform übergeben werden und regte einen intensiven Diskussionsprozess an.

ÖSTERREICH IM ZENTRUM DER EUROPÄISCHEN UNION

Österreich hatte im zweiten Halbjahr 2018 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union inne. Im Rahmen der Parlamentarischen Dimension dieses Vorsitzes (Themenschwerpunkt Seiten 16 bis 31) war unter anderem die gesamte Europäische Kommission im Parlament zu Gast. Zudem fand eine Vielzahl von Themenkonferenzen und Treffen im Hohen Haus statt. Inhaltliche Schwerpunktsetzungen waren die Erweiterung der Europäischen Union in Richtung Südosteuropa, der Fiskalpakt, die Migration aus Drittstaaten und natürlich auch der Brexit. Ziel war und ist es, die Europäische Union zu fördern, im Inneren zu festigen und als Global Player wettbewerbsfähig zu halten. Das österreichische Parlament leistete dazu einen gewichtigen Beitrag im Rahmen der gesamt-österreichischen Bemühungen zur Stärkung der Europäischen Union und zur Entwicklung von positiven Zukunftsperspektiven in diesem Vorsitzhalbjahr.

*„Im Sinne der Öffnung
des Hauses ist es mir ein
Anliegen, die Bürgerinnen
und Bürger an der
parlamentarischen Arbeit
in ihren vielen Facetten
teilhaben zu lassen.“*

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

„Demokratie wird in unserer Gesellschaft aber nicht nur im Parlament gelebt – sondern vielmehr in der gesamten Gesellschaft.

Vereine, Interessenvertretungen, Schülerparlamente – das Zusammenleben im kommunalen Bereich schlechthin – sind Garanten für die nachhaltige Verwirklichung des demokratischen Prinzips in unserem Land.“

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka



DAS PARLAMENT ALS ORT FÜR ALLE

Im Sinne der Öffnung des Hauses ist es mir ein Anliegen, die Bürgerinnen und Bürger an der parlamentarischen Arbeit in ihren vielen Facetten teilhaben zu lassen. Der Tag der offenen Tür bot auch 2018 Gelegenheit, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. Auf Seite 80 und 81 finden Sie dazu eine Fotostrecke. Dazu kam eine Vielzahl an öffentlichen Veranstaltungen (siehe Seiten 114 bis 119), welche die ganze Bandbreite der Arbeit im Parlament eindrucksvoll unter Beweis stellten.

Wie in den vergangenen Jahren waren auch 2018 Zehntausende Menschen zu Gast bei Plenarsitzungen und Führungen, trafen Parlamentarierinnen und Parlamentarier an deren Wirkungsstätte und nahmen an den Workshops und Vermittlungsangeboten des Parlaments teil. Das Parlament für alle zu öffnen, die Wichtigkeit von Demokratie und Parlamentarismus zu vermitteln und gerade Kinder und Jugendliche mit dem Parlament in Kontakt zu bringen sind mir wichtige Anliegen, die wir gemeinsam vorantreiben müssen.

Das Sanierungsprojekt des historischen Parlamentsgebäudes ist weiterhin gut im Plan,

auch öffentlich sichtbare Schritte sind mit dem Umbau des Nationalratssitzungssaals bereits in Angriff genommen. Im gesamten historischen Gebäude wird mit Hochdruck daran gearbeitet, die klar definierten Vorgaben einzuhalten und ein modernes, transparentes und bürgerfreundliches Haus der Demokratie zu bauen. In einem Crowdsourcingprojekt wurden Ideen der breiten Öffentlichkeit für ein bürgerorientiertes Besucherzentrum im Parlamentsgebäude gesammelt und werden in die Planungen einfließen (siehe Seiten 84 bis 95).

Demokratie wird in unserer Gesellschaft aber nicht nur im Parlament gelebt – sondern vielmehr in der gesamten Gesellschaft. Vereine, Interessenvertretungen, Schülerparlamente – das Zusammenleben im kommunalen Bereich schlechthin – sind Garanten für die nachhaltige Verwirklichung des demokratischen Prinzips in unserem Land.

Ihr

Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates





Besuch des Kollegiums der Kommissare und Kommissarinnen der Europäischen Kommission, an der Spitze Kommissionspräsident Jean Claude Juncker, anlässlich der Übernahme des EU Ratsvorsitzes durch Österreich © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



DER ÖSTERREICHISCHE EU-RATSVORSITZ 2018

Nach 1998 und 2006 übernahm Österreich im zweiten Halbjahr 2018 zum dritten Mal den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Auf Regierungsebene wurden die Prioritäten unter dem Motto ein Europa, das schützt, zusammengefasst.

Drei Themenbereiche wurden in den Mittelpunkt der österreichischen Ratspräsidentschaft gestellt: innere und äußere Sicherheit, Sicherung von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit sowie Stabilität in der Nachbarschaft. Auch das österreichische Parlament brachte sich mit einer Reihe von Aktivitäten maßgeblich ein.

DIE PARLAMENTARISCHE DIMENSION DES RATSVORSITZES – EINE BILANZ

Neben der parlamentarischen Behandlung des EU-Ratsvorsitzes im Nationalrat oder Bundesrat im Rahmen von Plenarsitzungen oder Sitzungen der EU-Ausschüsse bzw. der allgemeinen Kontrollrechte des Parlaments gegenüber der Regierung obliegt es einem nationalen Parlament eines EU-Mitgliedstaats, während des Vorsitzes verschiedene Formate von interparlamentarischen Konferenzen vorzubereiten und durchzuführen. Dabei brachte es die verstärkte Rolle der nationalen Parlamente nach dem Vertrag von Lissabon, der 2009 in Kraft getreten war, mit sich, dass das Pflichtprogramm noch weiter angewachsen war und die inhaltlichen Anforderungen gestiegen waren.

Während im Rahmen des letzten österreichischen Ratsvorsitzes 2006 neben der Konferenz der Europaausschüsse (COSAC) parlamentarische Treffen von Vorsitzenden von Fachausschüssen der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments im Vordergrund standen, hatte das Parlament nunmehr insbesondere mit Formaten zu tun, die erst in den letzten Jahren geschaffen worden waren, die sozusagen Neuland waren, und noch einer entsprechenden Dynamik unterlagen. Während auf Regierungsebene der EU-Vorsitz mit 31. Dezember 2018 endete und auf Rumänien überging, war dies für das Parlament

nur teilweise der Fall. So ist geregelt, dass das Parlament des zweiten Vorsitzhalbjahres im ersten Halbjahr des folgenden Jahres die Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der EU-Mitgliedstaaten und des EP (EU-PPK) ausrichtet. Die EU-ParlamentspräsidentInnen verstehen sich als Gremium, das die interparlamentarischen Aktivitäten überblickt und bei neu einzurichtenden Formaten gleichsam den Rahmen vorgibt. In diesem Sinne hat das österreichische Parlament den Vorsitz mit Ende der letzten EU-PPK in Tallinn im April 2018 übernommen und wird diesen bis zum Abschluss der nächsten Konferenz in Wien am 8. und 9. April 2019 innehaben.

Der Vorsitz stellte Politik und Parlamentsverwaltung angesichts der Teilnahme von insgesamt mehr als 1.000 ParlamentarierInnen vor eine Reihe von Herausforderungen inhaltlicher und organisatorisch-technischer Art. Die aktuellen europapolitischen Themen fanden sich auch in den interparlamentarischen Konferenzen wieder, weshalb die Konsensfindung für umstrittene Punkte von besonderer Bedeutung war. Gegenüber 2006 und 1998 waren die technischen Standards signifikant angestiegen, beispielsweise wurden die Tagungen im Internet als Live-stream übertragen und Social Media genutzt. Bei der Sitzung des COSAC-Plenums war ein Vollsprachenregime mit 24 Sprachkanälen einzurichten.

Neben den genannten Konferenzen war das österreichische Parlament auch in Brüssel mit der Übernahme von verschiedenen Funktionen bei interparlamentarischen Ausschusstreffen im Europäischen Parlament in Brüssel anlässlich des Vorsitzes aktiv.



KONFERENZEN IM ZWEITEN HALBJAHR 2018

8./9. Juli

**Sitzung der COSAC-Vorsitzenden
(Europaausschüsse)**

17./18. September

**Interparlamentarische Konferenz
über Stabilität, wirtschaftspolitische
Koordinierung und Steuerung in der
EU (Fiskalpaktkonferenz)**

24./25. September

**Gemeinsamer parlamentarischer
Kontrollausschuss zu Europol (Brüssel)**

11./12. Oktober

**Interparlamentarische GASP/GSVP-
Konferenz**

18./20. November

LX COSAC

Bereits im ersten Halbjahr 2018 warf der kommende Vorsitz seine Schatten voraus, was sich mit einem stark erhöhten Besuchsaufkommen von Mitgliedern der Europäischen Kommission und Delegation des Europäischen Parlaments bemerkbar machte. Mitte Juni 2018 stattete die Konferenz der Präsidenten des EP neben der Bundesregierung auch dem Parlament einen Besuch ab, ebenso erfolgte ein Zusammentreffen von Nationalrat und Bundesrat mit dem EK-Kollegium Anfang Juli.

Schließlich erfolgte die Entsendung des Obmanns des Ständigen Unterausschusses in Angelegenheiten der EU, Reinhold Lopatka, in die Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“ in der EU von Jänner bis Juli 2018 im Rahmen der Zugehörigkeit zur COSAC-Vorsitztrioika.

Die einzelnen abgehaltenen Konferenzen werden im Folgenden dargestellt.

Treffen der COSAC-Vorsitzenden im Juli 2018 in Wien

© Parlamentsdirektion/Thomas Topf



KONFERENZ DER
EUROPAAUSSCHÜSSE (COSAC)

Die COSAC – Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments – wurde 1989 als interparlamentarisches Gremium auf EU-Ebene gegründet. Ziel der COSAC ist es, sich regelmäßig über aktuelle EU-relevante Themen und deren Debatte in den nationalen Parlamenten sowie über die Mitwirkung und Rolle der nationalen Parlamente in der EU auszutauschen. Darüber hinaus werden der jeweilige Halbjahresbericht der COSAC sowie ein politischer Beitrag und Schlussfolgerungen verabschiedet.

Anlässlich des Vorsitzes im Rat übernahm das österreichische Parlament im zweiten Halbjahr 2018 die Leitung dieses Gremiums. In diesem Rahmen wurden zwei Treffen der COSAC in Wien organisiert, bei denen jeweils der Obmann des Ständigen Unterausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union des Nationalrates, Reinhold Lopatka, sowie der Obmann des EU-Ausschusses des Bundesrates, Christian Buchmann, den Kovorsitz führten. Das COSAC-Vorsitzendentreffen fand am 8./9. Juli 2018 im Großen Redoutensaal der Hofburg statt. In diesem Rahmen kommen halbjährlich die Vorsitzenden der EU-Ausschüsse bzw. ihre StellvertreterInnen zusammen. Ziel des Vorsitzendentreffens ist – neben der Diskussion aktueller europapolitischer Themen – die Vor-

„Die Schwerpunkte der österreichischen Ratspräsidentschaft, Sicherheit und Migration, Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung und Stabilität in der Nachbarschaft wurden in der parlamentarischen Dimension intensiv diskutiert, und es wird insbesondere die Integration des Westbalkans auf der Agenda bleiben.“

Christian Buchmann





bereitung der nachfolgenden COSAC-Plenarsitzung. Thematische Schwerpunkte bei der Sitzung waren einerseits die Vorstellung der Prioritäten des österreichischen EU-Ratsvorsitzes durch die Staatssekretärin im Bundesministerium für Inneres Karoline Edtstadler sowie andererseits das Thema Zukunft und Perspektiven der EU. Dazu nahmen sowohl der Erste Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans als auch die Erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Mairead McGuinness an der Sitzung teil.

Das zweite Treffen, die LX. COSAC-Plenartagung, fand von 18. bis 20. November 2018 im Austria Center Vienna statt. Das COSAC-Plenum setzt sich aus bis zu sechs COSAC-Delegierten aus jedem nationalen Parlament und dem Europäischen Parlament zusammen. Vor einigen Jahren wurde auch den Parlamenten der Beitrittskandidaten die Möglichkeit eröffnet, Delegierte als BeobachterInnen zu diesen Konferenzen zu entsenden. In Wien nahmen zusätzlich auch Delegierte weiterer Parlamente, insbesondere aus dem Kreis der Länder des Westbalkans, an den Beratungen teil. Insgesamt waren bei dieser Konferenz über 280 TeilnehmerInnen vor Ort.

„Einen Schwerpunkt der Debatten bildeten die Ergebnisse der Taskforce für Subsidiarität, Proportionalität und „Weniger, aber effizienteres Handeln“, die zahlreiche zukunftsweisende Vorschläge für mehr Transparenz und Bürgernähe von EU-Regelungen vorgelegt hat.“

Reinhold Lopatka

Treffen der COSAC-Vorsitzenden im Juli 2018 in Wien (v. l.): Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska, Staatssekretärin im Innenministerium Karoline Edtstadler, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Mairead McGuinness, Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans

Fotos © Parlamentsdirektion/Thomas Topf, Johannes Zinner



Nach Eröffnung der Tagung durch Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska standen am ersten Konferenztag die Brexit Verhandlungen mit EU-Chefverhandler Michel Barnier sowie von britischer Seite Sir William Cash (Vorsitzender des European Scrutiny Committee, House of Commons) und Lord Boswell of Aynho (Vorsitzender des EU Select Committee, House of Lords) im Mittelpunkt der Debatten. Einblick in den Stand des österreichischen EU-Ratsvorsitzes gab in Folge Staatssekretärin Karoline Edtstadler. Die Keynotes zum Thema Klimapolitik und Energieunion wurden von Kommissions-Vizepräsident für die Energieunion, Maroš Šefčovič, sowie der Direktorin der R20 Regions of Climate Action Monika Langthaler gehalten. Der zweite Konferenztag stand dann im Zeichen einer bürgernahen und transparenten Europäischen Union im Lichte der bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament. Statements dazu hielten die Erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Mairead McGuinness sowie der Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz Josef Moser.

Am Ende der Beratungen konnte nach intensiven Verhandlungen der vom österreichischen Vorsitz vorbereitete COSAC-Beitrag im Konsens angenommen werden. Dieses Dokument



COSAC-Konferenz im November 2018 in Wien (v. l.): Delegationsleiter des Bundesrates in der Konferenz der Europaausschüsse (COSAC), Christian Buchmann, Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska, Staatssekretärin im Innenministerium Karoline Edtstadler, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Delegationsleiter des Nationalrates Reinhold Lopatka © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

vertieft die zentralen Konferenzthemen und bildet einen wesentlichen politischen Input zur aktuellen europapolitischen Debatte.





INTERPARLAMENTARISCHE KONFERENZ ÜBER STABILITÄT, WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KOORDINIERUNG UND STEUERUNG IN DER EU

Die Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU fand im Rahmen der Parlamentarischen Dimension des österreichischen Ratsvorsitzes von 17. bis 18. September 2018 im Austria Center Vienna statt. Rund 200 Delegierte aus 27 Mitgliedsstaaten, dem Europäischen Parlament, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie aus der Türkei, Montenegro und Norwegen nahmen an der Konferenz teil. Die Konferenz wurde vom Präsidenten des Nationalrates und der Präsidentin des Bundesrates eröffnet. Die

Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort Margarete Schramböck stellte die Prioritäten des österreichischen Ratsvorsitzes vor. Den Vorsitz hatte der Obmann des Finanzausschusses des Nationalrates, Karlheinz Kopf, inne.

Insgesamt wurden im Rahmen der Konferenz vier Themen behandelt. Sowohl die Beiträge

der RednerInnen als auch jene der Abgeordneten im Rahmen der Debatten waren sachorientiert und von dem Willen getragen, die EU mit modernen Konzepten auf die vielfachen Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten.

Die erste Session beschäftigte sich mit dem Stand, den Herausforderungen und den Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des fiskalpolitischen Rahmens der EU. Niels Thygesen, Vorsitzender des Europäischen Fiskalausschusses, Gottfried Haber, mittlerweile Präsident des österreichischen Fiskalrates, sowie Othmar Karas, Mitglied des Europäischen Parlaments, lieferten die Basis für die anschließende rege und inhaltsreiche Diskussion.

Die zweite Session zum Thema Investment, Innovation und Bildung als Treiber für ein wettbewerbsfähiges Europa wurde von Iliyana

„Die Fiskalpaktkonferenz in Wien hat deutlich gezeigt, wie wichtig der Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen Parlamentariern und Parlamentarierinnen ist, da viele essenzielle Aufgaben – wie etwa der Kampf gegen die Steuerflucht, um mehr Fairness in Europas Steuerfragen zu sichern – von keinem Land alleine gestemmt werden können.“

Karlheinz Kopf

Tsanova, stellvertretende geschäftsführende Direktorin des Europäischen Fonds für strategische Investitionen, dem Europaabgeordneten Nils Torvalds sowie von Margarida Marques, der Vorsitzenden des Finanzausschusses der portugiesischen Versammlung der Republik eingeleitet.

Bekämpfung der Steuerflucht war das Thema der dritten Session. Hier lieferten Pierre Moscovici, Kommissar für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll, Hubert Fuchs, Staatssekretär im österreichischen Bundesministerium für Finanzen, sowie Hans Michelbach, Mitglied des Deutschen Bundestages, wichtige Informationen und Impulse für die darauffolgende Debatte zwischen den Abgeordneten.

Die letzte Session setzte sich mit der Digitalisierung und ihren Auswirkungen auf die Beschäftigung auseinander. Dazu berichteten Milena Angelova, Vizepräsidentin des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EU, und Maria João Rodrigues, Mitglied des Europäischen Parlaments.





Fiskalpaktkonferenz im November 2018 in Wien (v. l.): Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort Margarete Schramböck, a Inge Posch-Gruska, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Vorsitzender Nationalratsabgeordneter Karlheinz Kopf

© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen



GEMEINSAMER PARLAMANTARISCHER KONTROLLAUSSCHUSS EUROPOL

Europol ist die Strafverfolgungsbehörde der Europäischen Union. Die Organisation mit Sitz in Den Haag in den Niederlanden unterstützt die Polizeibehörden der 28 Mitgliedstaaten der EU bei der Bekämpfung schwerer Formen der internationalen Kriminalität und des Terrorismus und arbeitet dabei mit Partnerländern außerhalb der EU und internationalen Organisationen zusammen. Aufgrund seiner besonderen Stellung im Zentrum der europäischen Sicherheitsarchitektur legt Europol den Schwerpunkt seiner Tätigkeit auf die Analyse grenzüberschreitender Kriminalität. Zu den größten Bedrohungen der Sicherheit in der Europäischen Union gehören aus der Sicht von Europol Straftaten wie Terrorismus, Drogenhandel, Geldwäsche und Schleuserkriminalität, dazu kommt die Cyberkriminalität, die durch die technische Entwicklung in den letzten Jahren zu einer besonderen Herausforderung wurde.

Im Jahr 2017 wurde mit dem Gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschuss Europol ein Gremium zur parlamentarischen Kontrolle von Europol eingerichtet. Das Europäische Parlament stellt 16 Mitglieder in diesem Ausschuss, die nationalen Parlamente können jeweils vier Mitglieder entsenden. Sitzungen des Kontrollausschusses finden halbjährlich und abwechselnd im Europäischen Parlament in Brüssel und in der Hauptstadt jenes Mitgliedstaates, der den Vorsitz innehat, statt. Der Kovorsitz in diesem Gremium wird gemeinsam vom Europäischen Parlament und dem Parlament des Vorsitzlandes geführt.

Am 24. und 25. September 2018 fand in Brüssel unter dem österreichischen Kovorsitz die dritte Sitzung des Kontrollausschusses statt, die von Angela Lueger, der Obfrau des Innenausschusses des Nationalrates, und Claude Moraes, dem Obmann des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments, gemeinsam geleitet wurde. In den beiden vorangegangenen Sitzungen waren vor allem Verfahrensfragen im Zentrum der Beratungen gestanden und so war dieses Treffen das erste, das überwiegend inhaltlichen Themen gewidmet war.

Am ersten Tag der Konferenz stellte Catherine De Bolle, die Exekutivdirektorin von Europol, das mehrjährige Programm von Europol für die Jahre 2019 bis 2021 vor. Anschließend referierte

„Der Austausch zwischen den Ländern ist enorm wichtig, denn Kriminalität macht nicht vor Grenzen halt. Mit ihrer besonderen Stellung bei der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung spielt Europol eine entscheidende Rolle und unterstützt die Behörden in den Mitgliedstaaten bei ihrer Arbeit.“

Angela Lueger

Priit Pärkna, der Vorsitzende des Management Boards von Europol, über die Tätigkeit im Jahr 2018. Am zweiten Tag berichtete der stellvertretende Europäische Datenschutzbeauftragte Wojciech Wiewiórowski über die Wahrung des Datenschutzes bei der Tätigkeit von Europol, danach stand eine Diskussion über den Beitrag von Europol zum Kampf gegen Finanzkriminalität und Geldwäsche auf der Tagesordnung. Die Sitzung des Kontrollausschusses ging mit einem Referat von Julian King, dem Europäischen Kommissar für die Sicherheitsunion, zu Ende.

Ein besonderer Aspekt des Kovorsitzes war die Frage, wie Dänemark in die Arbeit des Gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschusses eingebunden werden kann. Das EU-Mitglied Dänemark war Mitglied von Europol, in einem Referendum im Jahr 2015 entschied die dänische Bevölkerung aber, dass sich das Land aus der Organisation zurückziehen solle. Dies geschah und zwei Jahre später schloss Dänemark ein bilaterales Abkommen mit Europol über die weitere Zusammenarbeit. Auf dieser Grundlage möchte das dänische Parlament in die parlamentarische Kontrolle von Europol eingebunden werden. Um diese Frage zu regeln, fanden während des österreichischen



Kovorsitzes ein Treffen auf politischer Ebene sowie mehrere Sitzungen auf Beamtenebene statt. Trotz großer Fortschritte konnte diese Frage nicht endgültig geklärt werden und wird unter dem folgenden rumänischen Kovorsitz weiterbehandelt werden.

INTERPARLAMENTARISCHE GASP/GSVP-KONFERENZ

Die Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) fand im Rahmen der Parlamentarischen Dimension des österreichischen Ratsvorsitzes von 11. bis 12. Oktober 2018 im Erste Campus statt. Rund 250 TeilnehmerInnen aus 27 Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament sowie aus Island, Nordmazedonien, Montenegro, Norwegen, Serbien, der Türkei, Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo nahmen an der Konferenz teil. Den Vorsitz führten der Obmann des Außenpolitischen Ausschusses des österreichischen Nationalrates, Andreas Schieder und der Obmann des Verteidigungsausschusses des österreichischen Nationalrates Reinhard Eugen

„Die GASP/GSVP hat die Bedeutung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Union deutlich erhöht, vor allem, was den Schutz der EU-Außengrenze betrifft.“

Reinhard Eugen Bösch

Bösch, gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, David McAllister. Die Konferenz wurde vom Präsidenten des Nationalrates und der Präsidentin des Bundesrates sowie von den drei Vorsitzenden eröffnet. EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini nahm via interaktiver Videoschaltung an der Eröffnungssitzung teil und bekräftigte

GASP-Konferenz im Oktober 2018 in Wien (v. l.): Nationalratsabgeordneter Andreas Schieder, Außenministerin Karin Kneissl, Nationalratsabgeordneter Werner Amon, Nationalratsabgeordneter Reinhard Eugen Bösch © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner





auch in der Debatte mit den Abgeordneten den Willen der EU, den Erweiterungsprozess am Westbalkan zu konsolidieren.

In der ersten Session stand das Thema Sicherheit, Migration und Außengrenzschutz im Mittelpunkt. Keynotes gaben der Generalsekretär im österreichischen Bundesministerium für Landesverteidigung, Wolfgang Baumann, der stellvertretende Exekutivdirektor der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache FRONTEX, Berndt Körner, und die langjährige Mitarbeiterin von UNHCR und derzeitige Leiterin von Transcultural Campaigning, Melita H. Sunjic. In den Redebeiträgen der anschließenden sehr rege und sachlich geführten Debatte wurde das Ringen um eine einheitliche europäische Position deutlich.

Die Generalsekretärin des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), Helga Schmid, der Direktor für Europa, östliche Nachbarschaft und den Nahen Osten in der Generaldirektion Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission, Jean-Louis De Brouwer, und der Direktor des Arabischen Zentrums für Forschung und Politikstudien in Paris, Salam Kawakibi, lieferten den Input für die zweite Session, in deren Mittelpunkt der europäische Beitrag zur Besserung der politischen und humanitären Lage in Syrien stand. In der anschließenden sehr engagierten Debatte war der Wunsch nach einer gemeinsamen und starken Position der Europäischen Union einheitlicher Tenor.

Die EU-Erweiterungsperspektive für den Westbalkan war das Thema der dritten Session. Hier lieferten die österreichische Außenministerin Karin Kneissl, der Exekutivdirektor für Europa und Zentralasien des EAD Thomas Mayr-Harting, und Theresia Töglhofer vom Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen der Deutschen Gesellschaft für Außenpolitik wichtige Informationen und Impulse für die darauf folgende Debatte, die von dem Grundtenor getragen war, dass der Westbalkan zu Europa gehöre.

Darüber hinaus diskutierten die Delegierten die Frage der Zukunft des Atomabkommens mit dem Iran nach dem Ausstieg der USA, in dem durch Ana Gomes, Mitglied des Europäischen Parlaments, moderierten Workshop A, der durch den Special Advisor der Iran Taskforce des EAD, Stephan Klement, und den selbst-

ständigen politischen Analysten von Carnegie Europe, Cornelius Adebahr, eingeleitet wurde. Workshop B befasste sich mit dem Thema der Erleichterung der militärischen Mobilität im Rahmen der PESCO und wurde durch das Mitglied des Europäischen Parlaments Fabio Massimo Castaldo moderiert und durch Beiträge des stellvertretenden Generalsekretärs des EAD, Pedro Serrano, und Margriet Drent, Senior Research Fellow am Netherlands Institute of International Relations Clingendael, angeregt. Die Rolle der OSZE als wichtiger Partner im Ost-West-Dialog erläuterten die Delegierten in Workshop C, der von dem Mitglied des Europäischen Parlaments Ioan Mircea Pascu, moderiert und durch den Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE George Tsereteli, sowie den ehemaligen Sonderbeauftragten des österreichischen OSZE-Vorsitzes, Botschafter Christian Strohal, eingeleitet wurde.

„Die friedliche Lösung von Konflikten ist eine der wichtigsten Aufgaben, zu denen Österreichs Außenpolitik beitragen kann. Indem wir ParlamentarierInnen aus allen EU-Staaten mit ihren unterschiedlichen Standpunkten zusammenbringen, um sich auszutauschen, schaffen wir die Grundlage, auf der gemeinsames Handeln möglich wird. Das ist gelebte parlamentarische Außenpolitik.“

Andreas Schieder

KONFERENZ DER PARLAMENTSPRÄSIDENT/INNEN

Rund 50 AmtskollegInnen aus 37 europäischen Ländern folgten der Einladung zur Konferenz der EU-ParlamentspräsidentInnen im Wiener Konzerthaus am 8. und 9. April 2019 in Wien, um gemeinsam über die EU-Nachbarschaftspolitik und die Herausforderungen im Lichte der Ende Mai stattfindenden Europawahlen zu beraten.

Als Abschluss der Parlamentarischen Dimension der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft fand Anfang April 2019 die Konferenz der Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten statt. Erstmals wurden auch alle Länder des Westbalkans eingeladen. „Damit wollen wir ein deutliches Signal nicht nur für die gesamte Region, sondern auch gegenüber allen EU-Mitgliedsländern setzen: Das Friedenswerk der EU ist erst dann vollendet, wenn auch die Staaten des Westlichen Balkans der Union angehören,“ betonte Sobotka.

INTEGRATION DER LÄNDER DES WESTBALKANS

Der erste Konferenztag stand im Zeichen der Nachbarschaftspolitik, wobei ein breiter Bogen von der südlichen Nachbarschaft über die Türkei, die östliche Partnerschaft und Russland bis hin zur EU-Donauraumstrategie und dem Westbalkan gespannt wurde.

*„Das Friedenswerk der EU
ist erst dann vollendet,
wenn auch die Staaten
des Westlichen Balkans der
Union angehören.“*

Wolfgang Sobotka

Besonders hob der Nationalratspräsident in seiner Begrüßung die Bedeutung der Integration der Länder des Westbalkans nicht nur für die Stabilität Europas, sondern auch im Hinblick auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Ländern selbst hervor. „Für die notwendigen Reformen gibt

es keinen stärkeren Anreiz als die Beitrittsperspektive“, sagte Sobotka. „Nur ein starkes Engagement der EU am Westbalkan verhindert, dass ein Vakuum von anderen Akteuren genutzt wird“ warnte er. Gleichzeitig stellte der Nationalratspräsident klar, dass Europa nicht nur ein Versprechen, sondern eine wechselseitige Verpflichtung sei. Für die Kandidatenländer heiße das, dass sie durch Reformen Beitrittsreife erlangen müssen, denn ein „Beitritt light“ sei keine Option. Die EU wiederum müsse im Gegenzug glaubwürdig zur Beitrittsperspektive stehen und Fortschritte honorieren.

Der Nationalratspräsident ging darüber hinaus auch auf die weiteren Herausforderungen der Nachbarschaftspolitik ein. Ohne die Russische Föderation könne es keinen dauerhaften Frieden in Europa geben, stellte Sobotka fest, ließ aber auch keinen Zweifel daran, dass Lockerungen der EU-Sanktionen nur dann möglich seien, wenn es sichtbare Fortschritte im Minsker Prozess gibt. Im Konflikt mit der Ukraine sei die EU als Vermittler gefordert. Sobotka wies zudem auf die verschiedensten Spionage- und Cyber-Vorfälle hin, die das Verhältnis zu Russland belasten. „Russland ist ein wichtiger Nachbar, mit dem wir sowohl auf offizieller als auch auf Ebene der Zivilgesellschaft in einem offenen Dialog bleiben müssen“, sagte Sobotka. Kritisch und mit Sorge blickte er auf die rechtsstaatliche Entwicklung in der Türkei, die er als einen wichtigen strategischen Partner der EU vor allem im Hinblick auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Energiesicherheit und die Sicherheitspolitik, insbesondere bei der Bekämpfung des Terrorismus, bezeichnete. Der Nationalratspräsident unterstrich aber auch





die Bedeutung der Zusammenarbeit mit den Ländern des Mittelmeerraums und erinnerte an die Impulse, die vom EU-Afrika-Forum im vergangenen Dezember in Wien gekommen sind, das von der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft initiiert worden war. Es gehe um eine Partnerschaft mit Afrika, die wirtschaftliche Entwicklung, Bildung und Innovation in den Vordergrund rückt. „Nur wenn es uns gelingt, den Menschen in Afrika Perspektiven auf gleicher Augenhöhe zu eröffnen, werden wir den Migrationsdruck langfristig dämpfen können“, sagte er.

HANDLUNGSFÄHIG, KRISENFEST, TRANSPARENT UND BÜRGERNAH

Bundesratspräsident Ingo Appé sprach in seiner Begrüßung mit Sorge den Vertrauensverlust in das Projekt Europa an. Wenn man dieses Vertrauen wieder zurückgewinnen wolle, dann müsse sich die EU handlungsfähig und krisenfest zeigen, ohne auf das Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger zu vergessen – dies vor allem auch im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen, zumal sich die EU gerade in turbulenten Zeiten befinde, denke man beispielsweise an den Brexit, an den Klimawandel, an die Frage der Migration, an Konflikte in der Nachbarschaft, aber auch an die Herausforderungen durch technologische Neuerungen.

Gleichzeitig sei es notwendig, die EU durch mehr Transparenz den Menschen wieder näher zu bringen. In diesem Zusammenhang forderte er eine stärkere Einbindung der Regionalparlamente in die europäische Gesetzgebung: „Ein permanenter formeller und informeller Dialog zwischen den Regionen einerseits und der Europäischen Union andererseits ist unabdingbar. Subsidiarität und die damit verbundene Mitbestimmung bei europäischen Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozessen stellt für lokale und regionale Gebietskörperschaften ein elementares Prinzip für ein zukunftsfähiges Europa dar.“

„Ein permanenter formeller und informeller Dialog zwischen den Regionen einerseits und der Europäischen Union andererseits ist unabdingbar.“

Ingo Appé

Die EU-Wahlen so wichtig wie die Wahlen zu nationalen Volksvertretungen zu nehmen, dazu rief Mairead McGuinness, Erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, eindringlich auf. Man dürfe die EU-Wahlen keinesfalls auf die leichte Schulter nehmen, sagte sie und forderte explizit das Engagement der nationalen Parlamente bei diesem Urnengang. Vor allem gelte es, Regeln für die sozialen Netzwerke aufzustellen, um Manipulationen zu verhindern, auch wenn dies keinesfalls leicht sei. Die interparlamentarische Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hin sowie ein aktives Engagement der nationalen Parlamente hält sie für eine der wesentlichsten Voraussetzungen für eine starke Union. „Wir brauchen eine Politik des Kompromisses und keine Politik des Konflikts“, brachte sie die Herausforderungen der EU-28 bzw. der EU-27 auf den Punkt. „Politische Blockaden sind in niemandes Interesse.“

BREITER KONSENS FÜR EUROPÄISCHE PERSPEKTIVE AM WESTBALKAN

Nach Redebeiträgen von Andrej Danko, Präsident des slowakischen Nationalrates, Nikos Voutsis, Präsident des griechischen Parlaments und Roberto Fico, Präsident der italienischen Abgeordnetenversammlung, dominierten zwei Themen die Diskussion des ersten Konferenztages: Die Förderung einer nachhaltigen pro-europäischen Orientierung in den EU-Nachbärländern am Westbalkan sowie die Stärkung der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum. Grundtenor sowohl der Einleitungsstatements als auch der Debattenbeiträge war dabei das gemeinsame Bekenntnis zur EU-Erweiterungsperspektive für die Länder des Westbalkans als Investition Europas in Frieden, Sicherheit und Stabilität. Beim Versuch, eine gemeinsame Haltung gegenüber den Herausforderungen auf europäischer Ebene zu finden, herrschte Einigkeit darüber, langfristige strategische Debatten über die Zukunft der EU zu führen und gemeinsame Ziele zu setzen, die die EU-Erweiterung und eine entsprechende Solidaritätspolitik betreffen. Gemeinsames Bestreben war ferner die Verbesserung der Partnerschaften zwischen den Staaten sowie der Schutz europäischer, demokratischer Werte.

WEITERENTWICKLUNG DER EU IM FOKUS

Mit einer Debatte über die Weiterentwicklung der EU und die künftige Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und den EU-Institutionen startete der zweite Tag der Konferenz. Der Präsident des Deutschen Bundestags Wolfgang Schäuble, die Präsidentin

der niederländischen „Eerste Kamer“ Ankie Broekers-Knol, der Präsident des französischen Senats Gérard Larcher und der Präsident des polnischen Sejm Marek Kuchciński übernahmen die Rolle der ImpulsgeberInnen.

Nationalratspräsident Sobotka forderte in seinen einleitenden Worten mehr BürgerInnennähe ein, um das Vertrauen der BürgerInnen in die Union zu stärken. Gleichzeitig sollte seiner Meinung nach die Schlagkraft der EU in der Außen- und Sicherheitspolitik und der Handelspolitik verbessert werden, damit Europa im internationalen Wettbewerb erfolgreich bestehen kann. Sobotka verwies auf die Bedeutung des gemeinsamen Bekenntnisses der EU-Staaten zu Rechtsstaatlichkeit, zu den Grund- und Menschenrechten und zur parlamentarischen Demokratie. Wer an diesen Grundprinzipien rüttle, stelle das Fundament des europäischen Einigungswerks in Frage, warnte er. Überdies gelte es, den modernen säkularen Staat als ein zentrales Merkmal Europas gegenüber radikal-islamischen oder anderen extremistischen Kräften zu verteidigen sowie Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen.

VERTIEFUNG DER ZUSAMMENARBEIT

Der Präsident des Deutschen Bundestags Wolfgang Schäuble betonte, dass die EU alle Möglichkeiten habe, ihre Probleme selbst zu meistern. Es sei richtig, dass die EU derzeit einem Stresstest ausgesetzt sei, aber auch in der Vergangenheit sei es gelungen, aus Krisen gestärkt hervorzugehen und den Einigungsprozess fortzuschreiben. Optimistisch stimmt Schäuble in diesem Zusammenhang, dass die Zustimmung der EuropäerInnen zur EU steigt. Allerdings gebe es wachsende Zweifel an der Lösungsfähigkeit der europäischen Institutionen. Um effizienter zu werden, schlägt der Bundestagspräsident vor, sich auf EU-Ebene pragmatisch auf die drängendsten Aufgaben zu konzentrieren. Als Beispiele nannte er die Umweltpolitik, die Grenzsicherheit, die Migrationsfrage und die Wirtschaftspolitik. Gefordert sah Schäuble auch die nationalen PolitikerInnen und Parlamente. Bei Fragen mit europäischer Dimension brauche es Kooperation, Kompromissfähigkeit und die Bereitschaft, auf EU-Ebene getroffenen Mehrheitsentscheidungen Vertrauen entgegenzubringen. Nationale Interessen und Besonderheiten würden den Blick der ParlamentarierInnen oft begrenzen, es sei aber wichtig, bei Debatten neben nationalen Standpunkten auch eine europäische Perspektive einzunehmen.



Für den Präsidenten des französischen Senats Gérard Larcher ist das Jahr 2019 so etwas wie ein Schicksalsjahr. Entweder die EU zerbreche oder es gebe einen neuen Aufbruch, sagte Larcher, wobei er sich durchaus optimistisch zeigte, dass dieser Aufbruch gelingen werde. Es gelte, pragmatisch zu handeln und sich nicht in institutionellen Debatten zu verlieren. Viele BürgerInnen hätten Schwierigkeiten, sich mit der EU zu identifizieren, gab der französische Senatspräsident zu bedenken. Das liege nicht zuletzt daran, dass die nationalen Regierungen die EU häufig zum Sündenbock für ihr eigenes Scheitern machten. Um die nationalen Parlamente im EU-Gesetzgebungsprozess zu stärken, schlägt Larcher vor, die Frist für eine „gelbe Karte“ zu Vorschlägen der EU-Kommission von acht auf zwölf Wochen zu verlängern und ein Initiativrecht für die nationalen Parlamente („grüne Karte“) einzuführen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

In ihren Schlussfolgerungen bekennen sich die TeilnehmerInnen der Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der EU-Parlament zur Fortführung des EU-Beitrittsprozesses am Westbalkan als Beitrag zu Sicherheit und Stabilität. Die Aufrechterhaltung der europäischen Perspektive für die Staaten des Westbalkans sei eine Investition in Frieden, Demokratie und Sicherheit, heißt es in dem Schlussdokument, wobei die ParlamentspräsidentInnen die strikte Einhaltung der Beitrittskriterien als Grundlage für den Erweiterungsprozess bekräftigen. An die Staaten des Westbalkans ergeht dabei der Appell, die Reformen weiterzuführen, noch bestehende Konflikte zu überwinden und die regionale Zusammenarbeit zu stärken und gute nachbarschaftliche Beziehungen zu etablieren. In ihrer Nachbarschaftspolitik wiederum wird die Union zu einer Partnerschaft aufgerufen, die auf der Einhaltung der europäischen Grundsätze wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie Schutz der Grundrechte und der Menschenwürde beruht. Die Türkei wird im Schlussdokument als Schlüsselpartner bezeichnet und der Wunsch nach einem offenen Dialog formuliert. Die Bedeutung der östlichen Dimension der EU-Nachbarschaftspolitik wird ebenfalls unterstrichen, wobei die ParlamentspräsidentInnen mit Nachdruck ihre Unterstützung der Bemühungen um eine nachhaltige und friedliche Lösung des Konflikts zwischen der Ukraine und Russland zum Ausdruck bringen. Die südliche Nachbarschaftspolitik wiederum wird als grundlegendes Instrument zur Förderung von Frieden, Stabilität und Sicherheit in Nordafrika und im Nahen Osten gesehen.



Nationalratspräsident Sobotka und Bundesratspräsident Appé © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Die ParlamentspräsidentInnen bekennen sich zur Bedeutung der Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz. Ein klares Bekenntnis legen die PräsidentInnen auch zu den Prinzipien von Subsidiarität und Proportionalität ab.

Die Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments (EU-PPK)

trat erstmals 1963 zusammen und trifft sich seit 1999 jährlich (zuvor alle zwei Jahre, alternierend mit der Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der Mitgliedstaaten des Europarates). Jeweils das Land, das in der zweiten Hälfte des Vorjahres die EU-Ratspräsidentschaft innehatte, lädt zum jährlichen Treffen in der ersten Hälfte des Folgejahres ein. In der EU-PPK sind die 41 Parlamentskammern der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten sowie das Europäische Parlament durch ihre PräsidentInnen vertreten. Nach der Konferenz in Wien geht der Vorsitz an Finnland über, das ab 1.7.2019 den EU-Ratsvorsitz übernehmen wird.

INFOBOX



Anlässlich des Gedenkjahres 2018 besucht Nationalratspräsident Sobotka Israel, hier mit Parlamentspräsident Yuli Edelstein in der Gedenkstätte Yad Vashem © Parlamentsdirektion/Uri Ishay



GEDENKJAHR

1918 – 2018

2018 war ein Jahr vieler Gedenktage. Österreich beging den 100. Geburtstag seiner Republikwerdung, gedachte aber auch der 80. Wiederkehr des "Anschlusses" an das nationalsozialistische Deutschland. Auch das berühmte 68er-Jahr war zu feiern. Gründe genug für einen reichhaltigen Veranstaltungsreigen im Hohen Haus.

Am 25. Jänner 2018 hatte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka zu einer Gedenkveranstaltung ins Palais Epstein eingeladen. Ein von der Direktorin des Jüdischen Museums Wien, Danielle Spera, moderiertes Zeitzeugengespräch mit Victor Klein, Herbert Löwy, Fritz Rubin-Bittmann und Alfred Schreier bildete den Mittelpunkt des Abends. Das jüdische Gebet zum Totengedenken, „El Male Rachamim“ wurde von Rabbiner Mordechai Fiksler gesungen.

„Und wenn das Gedenken einen Sinn haben soll, dann den, aus der Erinnerung an die unzähligen Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns

Podiumsdiskussion anlässlich des Holocaustgedenktags: Die Direktorin des Jüdischen Museums Wien, Danielle Spera, im Gespräch mit Zeitzeugen (v. l.) Herbert Löwy, Alfred Schreier, Victor Klein und Fritz Rubin-Bittmann

© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

„Gedenken erschöpft sich nicht allein im Blick zurück. Gedenken formuliert einen Anspruch an das hier und jetzt – in der Sprache, die wir sprechen, und in den Handlungen, die wir setzen.“

Wolfgang Sobotka



Konsequenzen für die Gegenwart und auch für die Zukunft zu ziehen [...], in der Art, wie wir Menschen in unserer Vielfalt und in Respekt und Toleranz miteinander umgehen“, sagte Nationalratspräsident Sobotka in seiner Rede. Der Nationalratspräsident erteilte allen Versuchen, die österreichische Geschichte umzuschreiben, umzu-
deuten oder zu relativieren, eine klare Absage. Dazu gehört für Sobotka vor allem auch, bei jedwedem Ausdruck des Rassismus und des Antisemitismus sowie bei national-sozialistischer Wiederbetätigung politisch wie strafrechtlich Rechenschaft einzufordern.

In diesem Zusammenhang richtete er einen Appell an die Politikerinnen und Politiker: „Jeder, der heute in der Politik Verantwortung trägt, ist aufgefordert, sich mit unserer Geschichte und auch der seiner Partei aktiv auseinanderzusetzen, sich ihr ehrlich, aufrichtig und vorbehaltlos zu stellen, den Beiträgen der Zeitzeugen zuzuhören, nachzudenken und über unsere heutige und zukünftige Verantwortung zu reflektieren“. Aus dieser Pflicht wolle und dürfe er niemanden entlassen. „Wer sich der Vergangenheit nicht stellt, wird immer [...] wieder von ihr eingeholt werden.“ Einmal mehr erinnerte der Nationalratspräsident daran, dass Österreich nicht nur Opfer war. „Österreich war Täter. Österreich hat sich schuldig gemacht in der Untat, aber auch im Untätigsein.“

BEFREIUNGSFEIER IN DER KZ-GEDENKSTÄTTE MAUTHAUSEN

„Für mich sind alle Formen des Antisemitismus, wie auch immer sie sich zeigen, schlichtweg abzulehnen“, ließ Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka keinen Zweifel an seiner klaren Haltung in dieser Frage. Als Österreicher habe man die epigenetische Verantwortung, gegen jede



(v. r.) Nationalratspräsident Sobotka, Fritz Rubin-Bittmann, Alfred Schreier, Danielle Spera, Rami Langer, Herbert Löwy, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Victor Klein, Rabbi Mordechai Fiksler, Hannah Lessing und Abg. z. NR Martin Engelberg © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Form des Antisemitismus aufzutreten und einen braunen Bodensatz, den es in einer Gesellschaft immer gebe, nicht aufkommen zu lassen. Jede Partei trage hier Verantwortung, mit der eigenen Geschichte und der Österreichs im Reinen zu sein, sagte Sobotka.

Man wolle nunmehr eine Brücke von der Generation der Zeitzeugen zur Generation der Jugend schlagen, kündigte der Nationalratspräsident an: „Das ist die Aufgabe, die wir jetzt haben“.

Rede von Nationalratspräsident Sobotka bei der Befreiungsfeier Mauthausen

© Parlamentsdirektion/Daniel Shaked





Zum Gedenktag: Rede von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka © Parlamentsdirektion/Thomas Topf



Junge AutorInnen übergeben Zeitzeugin Lucia Heilman ihre Texte zum Gedenktag © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



GEDENKVERANSTALTUNG GEGEN GEWALT UND RASSISMUS

Am 4. Mai 2018 luden Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der Präsident des Bundesrates Reinhard Todt zur Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in den Zeremoniensaal der Hofburg. In ihren Reden sprachen sich beide für eine massive Stärkung der Demokratie und des Rechtsstaates aus.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka warnte in seiner Ansprache vor dem Aufkeimen eines neuen Antisemitismus in Europa und der Welt. Das dürfe man nicht achselzuckend zur Kenntnis nehmen: Wir dürfen den „Bodensatz des Antisemitismus nicht [...] nähren“, sondern müssten dagegen ankämpfen. „Das Gedenken [...] 2018“ muss „weiterhin als Mahnung eines Niemals-wieder gelten, das wir ernst nehmen. [...] Antisemitismus hat in Österreich und auch in anderen europäischen Staaten keinen Boden und darf auch keinen solchen haben.“ brachte Sobotka die Warnung klar zum Ausdruck.

Wenn Gedenken über das formalisierte Ritual hinaus Sinn und Bedeutung für Gegenwart und Zukunft behalten soll, dann sei es notwendig, das Geschehene selbst nicht nur unmissverständlich beim Namen zu nennen, sondern auch mit klarem und schonungslosem Blick die Essenz des Geschehenen im Lichte der Gegenwart stets aufs Neue zu begreifen. „Es ist dabei unumgänglich, die Fakten umfassend und tiefgründig zu beleuchten und Quellen und Motive ebenso wie Mechanismen und Wirkungszusammenhänge im Herrschafts- und Machtgefüge des Dritten Reiches sichtbar und begreifbar zu machen, denn nur auf der Grundlage ernsthafter und wahrhafter Einsicht lassen sich ein Niemals-Vergessen und ein Niemals-Wieder übersetzen. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte erschöpft sich nicht in der Erfüllung von Formalismen. Man muss die Dinge schon beim Namen nennen, man muss sie formulieren, man muss sie darstellen und greifbare Konsequenzen für das Hier und Jetzt daraus ableiten.“

Sobotka thematisierte außerdem die Entmenschlichung des NS-Regimes: „Im perversen Denken der Nazis galt es, die rassische Qualität des eigenen Kollektivs durch Ausmerzungen des angeblich Unwerten zu heben. [...] Begleitet wurde diese Entmenschlichung einerseits vom Anschein der Rechtsstaatlichkeit,

etwa über das Reichsbürgergesetz oder das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, andererseits von beispielloser Brutalität und Terror. Beides waren Instrumente und Wegbegleiter der totalen Gleichschaltung und letztlich der Aushebelung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Heute, im Jahr 2018, muss daher klar sein: Es war die Entmenschlichung, die am Beginn dieser Unrechtsherrschaft stand, die den Rechtsstaat bedenkenlos missbrauchte und in rechts- und sanktionsfreien Räumen der Bestialität menschlichen Handelns freie Bahn ließ. Heute, 2018, muss klar sein, dass wir nicht zulassen, dass das Vertrauen in den Rechtsstaat unterminiert wird. Heute, 2018, muss klar sein, dass der Respekt vor dem Menschen und seiner Würde gemeinsam mit dem Respekt vor der Ordnung unseres Zusammenlebens das unverzichtbare Fundament unserer Demokratie ist.“

Es gelte außerdem in aller Schärfe und Entschlossenheit darauf zu reagieren, wenn das Vertrauen in den Rechtsstaat gezielt und opportunistisch unterminiert wird, unterstrich NR-Präsident Sobotka und appellierte zugleich an alle im Nationalrat vertretenen Parteien: „Man kann es sich nicht aussuchen, wann einem der Rechtsstaat gefällt und wann nicht, und ich erwarte, dass man – bei aller tagespolitischen Aufgeregtheit – mit fundamentaler Kritik sehr behutsam vorgeht. Eine Mahnung, die wir – gerade und vor allem in der Tagespolitik – ernst nehmen müssen.“

*„Wir dürfen den Bodensatz
des Antisemitismus nicht
nähren, sondern müssen
dagegen ankämpfen. Dieses
Gedenken 2018 muss weiter-
hin als Mahnung gelten, ein
Niemals-Vergessen zu einem
Niemals-Wieder zu
verändern. Antisemitismus
darf in Österreich und ganz
Europa keinen Boden finden“*

Wolfgang Sobotka

*„Zum großen Bösen
kamen die Menschen
nie mit einem Schritt,
sondern mit vielen
kleinen, von denen jeder
zu klein schien für eine
große Empörung. Erst
wird gesagt, dann
wird getan.“*

Michael Köhlmeier

Ein Plädoyer für das Gedenken in der heutigen Zeit hielt der Schriftsteller Michael Köhlmeier, der die diesjährige Gedenkrede hielt. Er schloss sich im Gedenken an die Opfer des NS-Regimes den Jugendlichen zuvor an und schlug eine Brücke zur Gegenwart. „Ich möchte den Opfern, die mithilfe der Recherchen und der Erzählungen dieser jungen Menschen und mit Ihrer und meiner Einbildungskraft zu mir und zu Ihnen sprechen und mir zuhören, ihnen möchte ich in die Augen sehen können – und mir selbst auch.“ Die Betroffenheit müsse heute über Aussagen wie „Nie wieder!“ oder „Nie vergessen!“ hinausgehen, um der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken. Köhlmeier mahnte, Antisemitismus nicht mit Philosemitismus zu begründen, und warnte vor „kleinen“ Schritten hin zu einem großen Bösen, zu dem es nie durch einen großen Schritt kommen würde. Für seine Rede erhielt Köhlmeier Standing Ovation des Publikums.

ISRAELREISE VON NATIONALRATSPRÄSIDENT SOBOTKA

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka stattete im Juli 2018 Israel einen offiziellen Besuch ab. Im Rahmen eines Empfangs in der Knesset traf Sobotka den israelischen Parlamentspräsidenten Yuli Edelstein zu einem Arbeitsgespräch. Zentrale Themen waren dabei die historische Verantwortung Österreichs, die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich



© Parlamentsdirektion/Johannes Zimmer

und Israel sowie die weitere Intensivierung des parlamentarischen Austausches zwischen dem Nationalrat und der Knesset. Auch im Hinblick auf das Gedenkjahr 2018 betonte der Nationalratspräsident eine klare proisraelische

Nationalratspräsident Sobotka bei der Kranzniederlegung in Yad Vashem © Parlamentsdirektion/Uri Ishay





Position, die unverrückbar ist. Während des EU-Ratsvorsitzes wolle Österreich massiv dazu beitragen, dass sich die Beziehungen zwischen der EU und Israel weiter vertiefen, so Sobotka, der Edelstein auch zur Konferenz der europäischen ParlamentspräsidentInnen im April 2019 in Wien einlud.

Parlamentspräsident Edelstein begleitete Sobotka tags darauf beim Besuch der Holocaustgedenkstätte Yad Vashem. Der österreichische Nationalratspräsident betonte bei der Kranzniederlegung die Pflicht und besondere österreichische Verantwortung, allen Opfern ihre Würde und Identität zurückzugeben. Im Gedenken an die gequälten, erniedrigten und ermordeten Opfer zeigte sich Sobotka betroffen und sprachlos.

Auf dem Programm stand für den Nationalratspräsidenten auch eine Führung im Museum des Jüdischen Volkes. Zur Begrüßung sprach dort der ehemalige Botschafter Israels bei der UN, Ron Prosor. Sobotka besuchte im Rahmen des Aufenthalts auch die Altstadt Jerusalems mit dem Österreichischen Hospiz, der Grabeskirche und der Klagemauer sowie das Tempelberggelände.

Buchpräsentation
„Die Erste Republik (1918-1938) – Das Provisorium“
© Parlamentsdirektion/Thomas Topf

BUCHPRÄSENTATION ZUM THEMA ERSTE REPUBLIK

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka lud im Juni zur Buchpräsentation von „Die Erste Republik Österreich (1918-1938) - Das Provisorium“ ins Palais Epstein. Das historische Werk von Lothar Höbelt bietet einen Überblick über die Zeit zwischen den beiden Kriegen. „Die systematische Auswertung der Archive aller drei politischen Lager schafft ein umfassendes Bild über die Vergangenheit. Es ist ein wichtiger Beitrag, die Geschichte der Ersten Republik umfassend aufzuarbeiten. Unsere Geschichte muss immer in ihrem unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang interpretiert werden. Nur wer sich mit der Geschichte auseinandersetzt, kann die Gegenwart verstehen und zukünftige Entwicklungen antizipieren“, so NR-Präsident Sobotka in seiner Eröffnungsrede.

Höbelt bezeichnet in seinem Buch die Erste Republik als ein Provisorium, das sich vom Charakter des Unfertig-Behelfsmäßigen nie ganz zu lösen verstand. Er schildert darin die Ereignisse der Jahre 1918 bis 1938 nicht als Geschichte der versäumten Gelegenheiten, sondern „wie es eigentlich gewesen ist“: unter Benützung der Archive aller drei Lager, von Industrie und Agrariern, aus der Sicht der Diplomaten und der zuweilen sehr undiplomatischen „Wehrverbände“.





Filmpremiere von „Der Trafikant“ im Großen Redoutensaal © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

FILMPREMIERE: „DER TRAFIKANT“

Zu einer besonderen Premiere luden Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska im Oktober ins Parlament. Anlässlich des Gedenkjahres 2018 wurde im Großen Redoutensaal in der Hofburg der neue Kinofilm von Nikolaus Leytner, „Der Trafikant“ in einer Preview gezeigt. Angesiedelt in den späten Dreißigerjahren des 20. Jahrhunderts schildert er anschaulich, wie der junge Protagonist Franz Huchel (Simon Morzé), der beim Wiener Trafikanten Otto Trsnjek (Johannes Krisch) in die Lehre geht, in den Strudel der politischen Ereignisse gezogen wird. Im Anschluss an die Filmvorführung sprach Claudia Dannhauser (ORF) mit dem Regisseur und den beiden Hauptdarstellern sowie der Direktorin der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, Barbara Glück, unter anderem über Lehren aus der Geschichte und etwaige Parallelen zwischen dem Heute und der Vergangenheit.

Man müsse sich der Geschichte offen stellen, betonte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Es habe lange gebraucht, bis sich die Tatsache, dass Österreich 1938 zwar als Staat besetzt und ausgelöscht wurde, viele ÖsterreicherInnen aber eine Täterrolle im NS-Unrechtsregime eingenommen haben, im kollektiven Bewusstsein festgesetzt hat. Es sei notwendig, diese moralische Schuld offen anzusprechen. Was die Gegenwart betrifft, mache er sich um die österreichische Demokratie keine Sorge, sagte Sobotka. Es gelte aber, abgeschotete „Informationsblasen“, die durch soziale Medien gefördert werden, entgegenzuwirken.

Johannes Krisch hob insbesondere den Wert der Pressefreiheit hervor, die er in der Rolle des Trafikanten, der täglich alle Zeitungen liest, symbolisch dargestellt sieht. Pressefreiheit sei eines der höchsten Güter, die es in einer Demokratie gibt, bekräftigte er. Dafür stehe und kämpfe die von ihm dargestellte Figur. Der Film zeige außerdem, wohin es führen könne, wenn moralische Werte verloren gehen. Krisch warb in diesem Zusammenhang auch dafür, sensibler und offener gegenüber Flüchtlingen zu sein. Es sei Auftrag der Politik, der Bevölkerung zu vermitteln, dass Flüchtlinge niemandem etwas wegnehmen wollen.

Auch die Gedenkstätte Mauthausen erzähle Geschichte aus Sicht einzelner Menschen, hielt Barbara Glück fest. Man wolle vermitteln, dass es meist Handlungsoptionen gebe. Man könne sich arrangieren, man könne sich aber auch nicht arrangieren und gewissen Entwicklungen vorab entgegenreten.

*„Nur wer sich mit der
Geschichte auseinander-
setzt, kann die Gegenwart
verstehen und zukünftige
Entwicklungen antizipieren.“*

Wolfgang Sobotka



FESTVERANSTALTUNG 100 JAHRE REPUBLIK

„Der 12. November 1918 markiert zweifellos einen Beginn einer Selbstfindung einer eigenständigen Nation. [...] Er war Abschluss und Anfang“, so Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in seiner Rede im Rahmen des Staatsakts anlässlich der 100. Wiederkehr des Jahrestages der Gründung der Republik, der in der Wiener Staatsoper stattfand. Es sei ein Prozess mit vielen Brüchen und Rückschlägen gewesen, der Unglück und Leid gekostet, aber noch mehr Erfolge, freudvolle Erfahrungen und positive Alltagserlebnisse gebracht habe, so der Nationalratspräsident.

Auch wenn die ausgerufene demokratische Republik nicht alle 100 Jahre durchgehalten habe, so seien die „Feinde der Demokratie [...] gescheitert“, betonte Sobotka. Es seien jene gescheitert, „die die Parlamente ausgeschaltet haben, die sie als Quatschbuden herabwürdigten. Jene, die der Diktatur das Wort redeten und ihr ihre Hände liehen. Jene, die die Verbrechen des Nationalsozialismus, der rassistischen Verfolgung und des Holocausts zu verantworten hatten.“

Die Geschichte wiederhole sich nie, dennoch habe man in der Zweiten Republik aus der Katastrophe des Ersten Weltkriegs und dem

*„Der 12. November 1918
markiert den Beginn einer
Selbstfindung einer eigen-
ständigen Nation.“*

Wolfgang Sobotka

Scheitern der Ersten Republik die Lehren gezogen. Es sei zu einer Demokratisierung der gesamten Gesellschaft gekommen, das demokratische Prinzip habe starke Wurzeln in Familien, Schulen und Vereinen geschlagen, sagte Sobotka. Nach 1945 sei es gelungen, die Demokratie in Österreich nachhaltig zu stärken und zu festigen – trotz unterschiedlicher Interessen, Meinungen und Haltungen, aber das gehöre zum demokratischen Diskurs. In den Wochen vom 21. Oktober bis zum 12. November 1918 hätten Politiker mit Visionen, Mut und Kraft der Demokratie zum Durchbruch verholfen, die Gesellschaft habe sich nachhaltig verändert und heute sei die Republik den Menschen ein Anliegen – sie ist in ihrer Gesamtheit und im wahrsten Sinn des Wortes eine „res publica“. Der Nationalratspräsident sehe daher mit Optimismus in die Zukunft und habe „keine Sorge um die Kraft dieser Demokratie“.

Rede von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka anlässlich des 100. Jahrestages der Republikgründung

© Parlamentsdirektion/Thomas Topf





Staatsakt anlässlich der 100. Wiederkehr des Jahrestages der Gründung der Republik Österreich
© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



GASTKOMMENTAR: DAS GEDENKJAHR 2018

ALTBUNDESPRÄSIDENT DR. HEINZ FISCHER

Das Gedenk- und Erinnerungsjahr 2018 setzte sich zum Ziel, in würdiger und sachlicher Weise bestimmter Schlüsseldaten unserer jüngeren Geschichte zu gedenken, wie z. B. der sogenannten bürgerlichen Revolution des Jahres 1848, des Gründungsdatums unserer demokratischen Republik im November 1918, des tragischen, dramatischen und verhängnisvollen „Anschlusses“ Österreichs an Hitlerdeutschland im März 1938, aber auch der Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1948 sowie der kurze Zeit später verabschiedeten und zu einem integralen Bestandteil des österreichischen Verfassungsrechtes gemachten Menschenrechtserklärung des Europarates, die beide das Ziel haben, Menschenrechte und Menschenwürde für alle Menschen zu sichern.

Dabei ging es in allen Fällen darum, die historischen Fakten zu präsentieren, Lehren aus der Geschichte zu ziehen und damit Gegenwart und Zukunft in positiver Weise zu beeinflussen.

- Die (zunächst) gescheiterte Revolution des Jahres 1848 hatte in weiterer Folge den Übergang von der absoluten zur konstitutionellen Monarchie in positiver Weise beeinflusst und war gleichzeitig eine treibende Kraft für die Staatsgrundgesetze vom Dezember 1867. Diese Staatsgrundgesetze haben wiederum in den nachfolgenden Jahren und Jahrzehnten die Reformen des Wahlrechtes und die Entwicklung des Parlamentarismus gefördert und damit auch den Weg zur demokratischen Republik und zum Rechtsstaat geebnet.
- Im November 1918 hat sich schließlich nach dem verlorenen Krieg und dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie die Staats- und Regierungsform der demokratischen Republik in Österreich in vollem Umfang durchgesetzt.
- Daher wurde der 100. Geburtstag der Republik am 12. November 2018, in einem – wie ich glaube – sehr eindrucksvollen Staatsakt in der Wiener Staatsoper gewürdigt.
- Die darauffolgende Periode von 1918 bis 1938 hat leider bewiesen, dass auch die parlamentarische Demokratie nicht unzerstörbar ist, wenn sie von den Bürgerinnen und Bürgern eines Landes nicht wirklich gewollt und getragen wird und wenn Wirtschaftskrisen, soziale Not, rücksichtsloser Nationalismus und außenpolitischer Druck die Demokratie unterhöhlen und schließlich zerstören. Auf diese Weise ist Österreich zu einem – teilweise nicht unwilligen – Opfer der Demagogie und Brutalität des Nationalsozialismus geworden, was in der Tragödie des sogenannten Anschlusses mit jubelnden Massen am Heldenplatz im März 1938 seinen Ausdruck fand.
- Die Jahre 1938 bis 1945 waren dann – von allem anderen abgesehen – eine Periode des Krieges und der Diktatur und daher besonders intensiven Leidens und Lernens aus der Geschichte; und so glückte nach der Niederlage Hitlers im Jahr 1945 ein bemerkenswerter und erfolgreicher Neuanfang für den Aufbau einer selbstständigen, demokratischen, rechtsstaatlichen Zweiten Republik Österreich.
- Die Aufnahme der Europäischen Menschenrechtsdeklaration in die österreichische Bundesverfassung im Jahr 1953, der Abschluss des österreichischen Staatsvertrages im Jahr 1955, der Fall des Eisernen Vorhanges 1989 und der im Jahr 1994 mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen gegen die Stimmen der FPÖ beschlossene Beitritt Österreichs zur Europäischen Union waren bzw. sind weitere markante Meilensteine in der Geschichte der Zweiten Republik,



denen im Gedenk- und Erinnerungsjahr 2018 über die runden Jubiläen hinaus unsere Aufmerksamkeit gegolten hat.

Es war eine – wie ich glaube – eindrucksvolle Vielfalt von Festakten, Veranstaltungen, Vorträgen, Publikationen, Ausstellungen, Konzerten, Fernsehberichten, Kommentaren in den Printmedien etc., in denen die Geschichte der Republik insgesamt und einzelne herausragende Ereignisse dargestellt, analysiert und

gewürdigt wurden; es war eine eindrucksvolle Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Pädagoginnen und Pädagogen, Expertinnen und Experten etc., die an den einzelnen Veranstaltungen mitgearbeitet haben, über die gerade ein Gesamt- und Abschlussbericht in Arbeit ist.

Auch die Eröffnung des Hauses der Geschichte im November 2018 hat sich ausgezeichnet in das Jubiläumsjahr eingefügt und wir freuen uns sehr über das große Interesse am Haus der Geschichte und dessen eindrucksvolle Besucherzahlen.

Besonders danken darf ich an dieser Stelle den Mitgliedern des von der Bundesregierung am 10. Oktober 2016 unter meinem Vorsitz eingesetzten Beirates, die bei der Organisation, Koordination der vorstehend erwähnten Veranstaltungen und Aktivitäten ehrenamtlich mitgearbeitet haben.

Es waren dies – in alphabetischer Reihenfolge – :

- Univ.-Prof. DDr. Christoph Grabenwarter
- SCⁱⁿ Bot. Dr. iur. Teresa Indjein
- Mag. Dr. Alexander Klingbrunner
- Mag.^a Hannah Lessing
- Mag.^a Martina Maschke
- Stephan Mlczoch, BA MSc
- Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb
- SCⁱⁿ Dr. rer. soc. oec. Iris Rauskala
- Mag.^a Ulrike Ruprecht
- Em. Univ.-Prof. Dr. Roman Sandgruber
- Dr.ⁱⁿ Monika Sommer-Sieghart
- MR Priv.-Doz. Mag. Dr. Helmut Wohnout

Geschäftsführer des Beirates war MR Mag. Stephan Neuhäuser (BMBWF) unterstützt von Andrea Friedrich, BA im Sekretariat und Max Lehmann und Theresa Brzekoupil, BA als Verwaltungspraktikanten.

Nicht zuletzt danke ich auch den seit der Einsetzung des Beirates im Amt befindlichen Bundesregierungen, die auch die erforderlichen finanziellen Mittel für die Durchführung der zahlreichen Projekte – oft auch in Zusammenarbeit mit Bundesländern, Städten, Gemeinden, Museen, Universitäten etc. – zur Verfügung gestellt haben und die es darüber hinaus ermöglicht haben, dass der Beirat seine Aufgaben in voller Unabhängigkeit und Eigenverantwortlichkeit durchführen konnte.



GASTKOMMENTAR: GEDENKEN IM PARLAMENT

2018 war einer intensiven Rückschau in die Geschichte Österreichs gewidmet. In der Erinnerung besonders gegenwärtig waren die Jahre des Nationalsozialismus, die ihre langen Schatten bis in die Gegenwart werfen.

MAG. HANNAH LESSING

Für den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, dessen Arbeit seit mehr 23 Jahren den Opfern, dem Bewahren der Erinnerung und dem Lernen aus der Geschichte gewidmet ist, war 2018 mit seinen bewegenden Gedenkveranstaltungen ein besonderes Jahr.

INTERNATIONAL HOLOCAUST REMEMBRANCE DAY

Zwei zentrale Gedenktage werden jedes Jahr begangen: Der International Holocaust Remembrance Day am 27. Januar erinnert an die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau, dessen Name zum Symbol für die industrielle Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden geworden ist. Der 5. Mai ist der nationale Gedenktag an die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen. Heute gehen internationales und nationales Gedenken Hand in Hand – in dem Bewusstsein, dass der Holocaust als alle Grenzen überschreitendes Verbrechen ganz Europa geprägt hat.

GEDENKTAG GEGEN GEWALT UND RASSISMUS

2018 widmete das Parlament dem internationalen Holocaustgedenken am 25. Januar eine Veranstaltung mit Zeitzeugengespräch im Palais Epstein, und am 4. Mai fand der Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Zeremoniensaal der Hofburg statt. In seiner beeindruckenden Rede zum Gedenktag warnte der Schriftsteller Michael Kohlmeier eindringlich vor Verharmlosung von Nationalsozialismus und Antisemitismus: „Zum großen Bösen kamen die Menschen nie mit einem Schritt [...], sondern mit vielen kleinen [...]. Erst wird gesagt, dann wird getan.“

Der März 2018 war geprägt von der Erinnerung an den Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich und den „Anschluss“ an das Deutsche Reich. Auf Einladung von Bundespräsident Dr. Alexander Van der Bellen nahmen die PräsidentInnen des Nationalrates sowie der Präsident des Bundesrates in der Wiener Hofburg am Gedenktakt zum 80. Jahrestag des 12. März 1938 teil.

Ebenfalls zum 80. Mal jährten sich die Novemberpogrome des Jahres 1938: Im Gedenken daran fand am 9. November 2018 für Shoah-Überlebende ein Empfang des Parlaments im Großen Redoutensaal in der Hofburg statt. Rabbi Arthur Schneier, selbst ein Überlebender, mahnte in seiner Rede eindrücklich vor den Gefahren eines erstarkenden Antisemitismus in der Gegenwart: „Antisemitismus ist ein Krebs“. 80 Jahre – das ist die Dauer eines Menschenlebens. Nur ganz wenige Überlebende gibt es

*„2018 war ein
Gedenkjahr, das noch
im Beisein der letzten
Zeitzeuginnen und
Zeitzeugen begangen
werden konnte – wenn
auch ihre Stimmen leiser
werden.“*

Hannah Lessing



Die Generalsekretärin des Nationalfonds und des Allgemeinen Entschädigungsfonds, Hannah Lessing, mit Zeitzeugin Lucia Heilman und zwei Teilnehmerinnen des Jugendprojekts beim Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Mai 2018 © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

heute noch, die aus eigener Erinnerung aus der Zeit des Nationalsozialismus berichten können. 2018 war ein Gedenkjahr, das noch im Beisein der letzten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen begangen werden konnte – wenn auch ihre Stimmen leiser werden.“

VIEL PLATZ FÜR ERINNERN UND REFLEXION

Zwei außergewöhnliche, berührende Veranstaltungen des Gedenkjahres bleiben in besonderer Erinnerung: Das Stück „Strandlieder oder Die Euphorie des Seins“, in dem die ungarische Auschwitz-überlebende Éva Fahidi hochbetagt ihre Geschichte erzählt und durch Tanz zum Ausdruck bringt, und die szenische Lesung „Gelebt, erlebt, überlebt“, in der die Erinnerungen von Gertrude Pressburger die Verfolgung und Ermordung ihrer Familie fühlbar werden lassen.

2018 war ein Jahr, in dem viel Platz war für Erinnern und für Reflexion. Dem Parlament als Herz unserer Republik kommt dabei eine besondere Symbolkraft zu. Deshalb ist es wichtig, dass der Wille zum Gedenken vom Parlament ausgeht und weitergetragen wird.

„2018 war ein Jahr, in dem viel Platz war für Erinnern und für Reflexion. Dem Parlament als Herz unserer Republik kommt dabei eine besondere Symbolkraft zu. Deshalb ist es wichtig, dass der Wille zum Gedenken vom Parlament ausgeht und weitergetragen wird.“

Hannah Lessing

ENTSCHEIDUNGSFRAGEN DER GEGENWART

DR. THOMAS HOFER

KURZFASSUNG DER FESTREDE ANLÄSSLICH DES 100. JAHRESTAGS
DER PROVISORISCHEN NATIONALVERSAMMLUNG AM 21. OKTOBER 2018

Über die Herausforderungen des Jahres 2018 zu sprechen, ist nicht leicht. Von den Abgeordneten des Jahres 1918 heißt es, sie wären sich der Tragweite ihres Tuns bewusst gewesen. Wer kann das heute schon von sich behaupten?

Damals kam es zu einer fühlbaren Zäsur. Heute sind Einschätzungen wandelbar. Von Francis Fukuyamas „Ende der Geschichte“ über Colin Crouchs „Postdemokratie“ bis hin zum Siegeszug des Populismus haben wir unterschiedliche Zugänge diskutiert.

Eine Grundkonstante heute ist die Volatilität. Die Nachricht vom Ableben der Demokratie ist aber wohl leicht übertrieben. Das bedeutet nicht, dass wir nicht dorthin blicken müssen, wo der Demokratie Gefahr droht.

Wir müssen zwar nicht das jähe Ende der Demokratie befürchten. Aber wir alle leiden an demokratiepolitischer Wohlstands-verwahrlosung.

2018 stehen wir vor einigen Entscheidungsfragen:

1. An welchen allgemein zugänglichen Orten wollen wir künftig demokratisch Themen verhandeln?

Diese Orte kommen uns abhanden. Wir teilen immer weniger Erfahrungen und Erlebnisse. Wir sind überfordert von der medialen Kanalvielfalt. Und weil wir nun einmal Halt brauchen, organisieren wir uns wieder in Stämmen. Wir suchen Überschaubares und heimelige Ecken, wo unsere Vermutungen über die Welt Bestätigung finden. In diesen Stämmen entstehen emotional leicht aufzuladende Parallelwelten der Information – oder der Desinformation. Entscheidend ist, ob wir Orte der Deeskalation schaffen können. Orte, an denen wir uns abweichende Meinungen zumuten.

2. Wie befähigen wir die Bevölkerung, mit dieser immer komplexeren Welt umzugehen?

Die Verankerung politischer und medialer Bildung in den Lehrplänen wäre wesentlich. Es wird bemängelt, dass Schulabgänger oft nicht mehr schreiben und lesen können. Medialen Analphabetismus können wir uns allerdings genauso wenig leisten.

Er führt schon heute zu Problemen. Erreichen die Methoden des Dirty Campaigning ihre nächste Ausbaustufe – die täuschend echte Manipulation von Bewegtbild –, wird die Desinformations-spirale noch gefährlicher.

Wir müssen die Bevölkerung in die Lage versetzen, Echtes von Unechtem unterscheiden zu können. Die Fähigkeit zur Bewertung von Information ist eine zentrale für unsere Demokratie.

3. Welches Selbstbewusstsein haben Abgeordnete?

Wir haben das Phänomen des Wutbürgers diskutiert. Ein Grund für seine Existenz ist die Dominanz des Angstpolitikers, der sich vor vielen Dingen wie dem Bedeutungsverlust, der Berichterstattung oder falschen Entscheidungen fürchtet.

Der häufige Umgang mit dieser Angst ist die Orientierung an der wahrgenommenen Mehrheitsmeinung. Wer aber Umfragen als Handlungsanleitung versteht, missversteht den Sinn von Politik. Wenn die bedingungslose Orientierung an der „Basis“ in einer repräsentativen Demokratie der Weisheit letzter Schluss ist, dann ist der Beruf des Politikers ein Fall für die Automatisierung.

Agieren Politiker dauerhaft so, können sie keine Themen mehr setzen. Sie werden vom Agenda Setter zum Agenda Surfer und versuchen nur



mehr, auf den Meinungswellen dahinzugleiten. Führungskompetenz kann so nicht entstehen. Das Zutrauen in die eigene Überzeugungskraft und der Gestaltungswille sind aber mit die Basis ihrer Legitimation.

4. Was ist an Zielen und Visionen zumutbar?

1918 herrschte daran kein Mangel. Heute sind Visionen und Ziele eher verpönt. Man soll, heißt es, nichts versprechen, was man nicht halten kann.

Doch woher wissen Politiker vorab, was sie nicht werden halten können? Das mit den Visionen ist im Übrigen so eine Sache. Meist wird die Mondlandung mit John F. Kennedy verbunden. Dabei formulierte er nur das Ziel. Stattgefunden hat das Ereignis erst Jahre nach seiner Ermordung unter seinem Nachfolger Richard Nixon.

Eine lohnenswerte Vision heute wäre ein deutlich fester verankertes Demokratieverständnis. Wird daran ernsthaft gearbeitet, braucht uns um die Demokratie im Land nicht bange zu sein.

„Wir müssen zwar nicht das jähe Ende der Demokratie befürchten. Aber wir alle leiden an demokratiepolitischer Wohlstandsverwahrlosung.“

Thomas Hofer





Das Präsidium des Nationalrates (v. l.): Zweite Präsidentin Doris Bures, Präsident Wolfgang Sobotka und Dritte Präsidentin Anneliese Kitzmüller © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



DIALOGFÄHIGKEIT UND INTERESSENAUSGLEICH – GARANTEN FÜR STARKEN UND SELBSTBEWUSSTEN PARLAMETARISMUS

DORIS BURES

Schon in früheren Jahresberichten habe ich immer wieder betont, dass ich es als große Ehre und Verantwortung empfinde, im Parlament und im Präsidium des Nationalrates tätig sein zu dürfen. Diese Aussage hat auch im Rückblick auf das Jahr 2018 nichts an ihrer Gültigkeit und Aktualität verloren.

dunkelsten Kapitel unserer Geschichte. An dieser Stelle möchte ich daran erinnern, dass wir in diesem Gedenkjahr leider von einer prägenden Persönlichkeit Abschied nehmen mussten, dem Holocaustüberlebenden und Zeitzeugen Prof. Rudolf Gelbard, der unserem Haus stets sehr verbunden war.



Doris Bures mit Prof. Rudolf Gelbard
© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Das vergangene Jahr stand ganz im Zeichen des Jubiläums 100 Jahre Republik; zahlreiche Gedenkveranstaltungen und Festakte erinnerten in würdigem Rahmen an historische Momente und beleuchteten die unterschiedlichen Facetten der Entwicklung unserer Republik bis hin zum

*„Die
Konsensdemokratie
hat Österreich stark
gemacht und den
sozialen Frieden
gesichert.“*

Doris Bures

Als Zweite Nationalratspräsidentin habe ich Frauen durch eine eigene, mehrteilige Veranstaltungsreihe einen besonderen Stellenwert im Rahmen des Gedenkjahres 2018 eingeräumt. Unvergesslich wird mir dabei der Abend unter dem Titel „Frauen – Überleben“ bleiben, an dem drei junge Frauen aus Syrien ihre Fluchtgeschichte aus dem Bürgerkriegsland sehr berührend schilderten bzw. künstlerisch darstellten. Einen besonderen Höhepunkt des Zyklus bildete freilich die Lesung „Frauenstimmen“. Die Doyenne des Burgtheaters Elisabeth Orth und die Kammerschauspielerinnen Maria Happel trugen dabei im würdevollen Rahmen des Palais Epstein Texte von Frauen aus den Jahren 1918, 1938 und 1968 vor.



Die Schauspielerinnen (v. l.) Elisabeth Orth und Maria Happel mit Doris Bures © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Eine große persönliche Ehre war es für mich, gemeinsam mit Daniel Kehlmann das Brucknerfest 2018 in Linz eröffnen zu dürfen, das unter dem Thema Traditionen stand. Dabei konnte ich auf den für mich so wesentlichen Aspekt der Konsensdemokratie ausführlich eingehen. Sie hat Österreich stark gemacht und den sozialen Frieden gesichert, denn die Konsensdemokratie wurzelt in der Dialogfähigkeit und führt zum notwendigen Interessenausgleich mit allen gesellschaftlichen Gruppen.

Das Parlamentsjahr 2018 war auch gekennzeichnet von intensiven und teils sehr emotional geführten Debatten zu den unterschiedlichsten Themen im Hohen Haus. Hier war das Präsidium des Nationalrates entsprechend seiner Verantwortung gefordert, für die Wahrung der Würde des Hauses Sorge zu tragen. Dass zudem erstmals zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse – einer zum Thema Eurofighter und der andere zum Thema BVT – parallel zu laufen begannen, stellte nicht zuletzt die Parlamentsdirektion vor große logistische, aber auch inhaltliche Herausforderungen. Als Vorsitzende des BVT-Untersuchungsausschusses war und ist es mir – bei gleichzeitiger Berücksichtigung der besonderen Sensibilität der Materie – ein großes Anliegen, größtmögliche Transparenz im Sinne einer Information der Öffentlichkeit sicherzustellen. Dank des Zusammenwirkens mit allen im Untersuchungsausschuss vertretenen Fraktionen sowie dem Verfahrensrichter und dem Verfahrensanwalt ist die parlamentarische Aufklärungsarbeit trotz unterschiedlicher politischer Standpunkte und Bewertungen im BVT-Untersuchungsausschuss bisher sehr gut gelungen.

Dabei darf schließlich nicht übersehen werden, dass das zweite Halbjahr 2018 im Zeichen des EU-Ratsvorsitzes stand. Das österreichische Parlament hat dabei einmal mehr seine außenpolitische Dialogfähigkeit unter Beweis gestellt.

Eine große Freude war es für mich persönlich, eine parlamentarische Delegation bei ihrer Reise in die Volksrepublik China leiten zu dürfen.

Für die außergewöhnlichen Leistungen im abgelaufenen Jahr, die neben den ureigenen und alltäglichen Aufgaben des Parlaments erbracht wurden und in diesem Bericht so eindrücklich dargestellt werden, möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses sowie bei meinen beiden KollegInnen im Präsidium des Nationalrates herzlich bedanken.



© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

RÜCKBLICK AUF DAS ERSTE JAHR IM AMT

Am 20. Dezember 2017 wurde Anneliese Kitzmüller die große Ehre zuteil, in das Präsidium des Nationalrates gewählt zu werden. Das Jahr 2018 stand unter besonderen Vorzeichen, war es doch gleich in mehrfacher Hinsicht ein Jubiläumsjahr.

ANNELIESE KITZMÜLLER



© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

1 918 – das Ende des Weltkriegs und die Gründung der Republik – sowie 1938 – die Besetzung Österreichs durch die Nationalsozialisten und die Reichspogromnacht. Anlässlich dieser Jubiläen und Gedenktage besuchte die Dritte Nationalratspräsidentin eine Vielzahl an Gedenkveranstaltungen, sowohl der Republik als auch des Parlaments und ebenso von privaten Vereinen und Stiftungen; ist doch das Erinnern und Gedenken an bedeutende Entwicklungen und geschichtliche Zusammenhänge ein wichtiger Punkt, wenn es

um den Erhalt und die Weiterentwicklung der Demokratie geht.

SANIERUNG

Die regelmäßigen Sitzungen des Bauherrenausschusses, die besucht wurden, gaben und geben interessante Einblicke in die Sanierung und Modernisierung des einst von Theophil Hansen geplanten und realisierten Parlamentsgebäudes. Vom Voranschreiten der Bauarbeiten konnte sich die Dritte Nationalratspräsidentin auch direkt vor Ort auf der Baustelle überzeugen:

„Es ist durchaus faszinierend, das Parlament, in dem ich seit 2008 als Nationalratsabgeordnete wirke, auch aus dieser Perspektive zu sehen. Die Achtung, die einem dieser schöne Bau einflößt, ist sicherlich auch ein Grund dafür, dass mit viel Sorgfalt an die Erhaltung der wertvollen historischen Bausubstanz herangegangen wird, schließlich soll das Gebäude noch für viele weitere Generationen nutzbar sein und als Zeichen der Demokratie möglichst original erhalten bleiben“, schilderte Kitzmüller ihre Eindrücke.

UNTERSUCHUNGSAUSSCHÜSSE

Unsere hoch entwickelte Demokratie räumt parlamentarischen Minderheiten das Recht und die Möglichkeit ein, parlamentarische Untersuchungsausschüsse zu verlangen. Somit gehörte es zu den weiteren Besonderheiten des Jahres 2018, dass erstmalig in der Geschichte der Zweiten Republik gleichzeitig zwei Untersuchungsausschüsse abgehalten wurden. Dies stellt natürlich für alle Beteiligten – die Abgeordneten, die Mitarbeiter der Klubs sowie der Parlamentsdirektion – eine enorme Mehrbelastung dar. Obgleich die Arbeit der Untersuchungsausschüsse das überdurchschnittliche Interesse der Medien und der Öffentlichkeit weckt, findet ein Großteil des Aufwandes – vor allem das intensive Aktenstudium – abseits der Wahrnehmung der Öffentlichkeit statt. Ein Zeichen für die hohe Qualität im Haus ist dabei die Tatsache, dass diese Agenden ohne Friktionen vorbildlich gelöst und abgearbeitet wurden.

VERANSTALTUNG

Die erste Veranstaltung unter der Ägide der Dritten Nationalratspräsidentin Kitzmüller widmete sich unter dem Titel „Jack Unterweger – Literat oder Psychopath“ dem Thema Gewalt gegen Frauen. Als Vortragende waren Herr Hofrat Ernst Geiger, damals Chefermittler im Fall Unterweger, und Herr John Leake, Autor des Buchs „Der Mann aus dem Fegefeuer: Das Doppelleben des Jack Unterweger“ geladen. Während Geiger vornehmlich über die kriminaltechnischen und kriminalistischen Details dieses Falles referierte, widmete sich Leake stärker der psychologischen Seite und spannte damit den Bogen zum Metathema der Veranstaltung, welches – aufgrund der aktuellen Entwicklungen zu Beginn dieses Jahres – leider aktueller denn je ist.

Mit einer weiteren Veranstaltung im Oktober, Feierstunde 25 Jahre VLÖ-Präsidentschaft DI Rudolf Reimann wurde einerseits ehrenamtliches Engagement geehrt und andererseits

auf die Probleme der vertriebenen Altösterreicher und ihre Aufbauleistung nach dem Krieg aufmerksam gemacht. Stellvertretend für viele wurde dem langjährigen Obmann der Donauschwaben und VLÖ-Präsident (Verband der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften) Rudolf Reimann für seine Verdienste und seine ehrenamtliche Arbeit von der Dritten Präsidentin des Nationalrates Anneliese Kitzmüller gedankt.

TAG DER OFFENEN TÜR

Beim Tag der offenen Tür, der wie gewohnt am Nationalfeiertag stattfand, nutzten viele die sich bietende Möglichkeit, das Ausweichquartier in der Hofburg zu besichtigen. Auch ergriffen die Besucher die Gelegenheit – nach der offiziellen Begrüßung der Gäste am Morgen – die Dritte Präsidentin kennenzulernen und mit ihr zu reden, wobei sich eine Vielzahl von interessanten Gesprächen mit Jung und Alt ergab. Der Ansturm von Besuchern zum Tag der offenen Tür war auch in diesem Jahr wieder ungebrochen.

DIPLOMATISCHE KONTAKTE

Der Kontakt mit ausländischen Politikern und Diplomaten war 2018 sehr rege. Neben zahlreichen Antrittsbesuchen der nach Österreich entsandten Botschafter war es der Dritten Nationalratspräsidentin auch ein Anliegen, die diplomatischen Kontakte zu vertiefen, weshalb sie die Gelegenheit wahrnahm – sofern es sich terminlich vereinbaren ließ –, Einladungen zu Veranstaltungen in Botschaften nachzukommen oder den Exzellenzen bei anderen repräsentativen Anlässen Gegenbesuche abzustatten. Ebenso steht sie als Vorsitzende der Parlamentarischen Freundschaftsgruppe Polen vor.

Ein weiteres Anliegen, die Ausweitung der direkten Demokratie, führte sie mit ihrem Amtskollegen Nationalratspräsident Sobotta und Vertretern der Fraktionen in den Schweizer Nationalrat. Hier kam es zu einem anregenden Gedankenaustausch mit Politikern und Repräsentanten der Eidgenossenschaft.



© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

BILANZ DER KLUBOBLEUTE: DAS JAHR 2018 IM NATIONALRAT



© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

AUGUST WÖGINGER (ÖVP)

Die Bilanz des Arbeitsjahres 2018 im Nationalrat kann sich sehen lassen. Wir haben 52 Plenarsitzungen abgehalten – davon 7 Sondersitzungen – und 153 Ausschusssitzungen absolviert. Als Klubobmann der stärksten Parlamentsfraktion mit unseren 61 Abgeordneten, 22 Bundesräten und fünf EU-Parlamentariern blicke ich mit Stolz auf das Jahr, das hinter uns liegt. Mit dem Doppelbudget 2018/2019 haben wir die Basis für ein Ende der Schuldenpolitik ohne neue Steuern gelegt und stellen mehr Mittel für Familien, Bildung und Sicherheit bereit. Es geht uns darum, die Österreicherinnen und Österreicher zu entlasten.



© Astrid Knie

PAMELA RENDI-WAGNER (SPÖ)

Unser Land war immer dann erfolgreich, wenn die politischen Kräfte das Miteinander gesucht haben und das Gemeinsame, unsere demokratischen Grundwerte und ein solidarisches Österreich über das Trennende gestellt haben. Die SPÖ als stärkste Oppositionspartei im Nationalrat versteht sich als kritische und konstruktive Kraft. Und diese ist notwendiger denn je angesichts von Rückschritten insbesondere bei Arbeitnehmerrechten oder in der Gesundheitspolitik – man denke etwa an den 12-Stunden-Tag oder das Aus für das Rauchverbot in Lokalen. Die SPÖ hat im vergangenen Jahr beharrlich auf die negativen Folgen für die



Der Familienbonus Plus, der mit 1. Jänner 2019 in Kraft ist, ist die größte familienpolitische Entlastung der Zweiten Republik. 950.000 Familien und 1,6 Millionen Kinder profitieren. Durch die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge bleiben den Menschen bis zu 300 Euro mehr pro Jahr. Von der Reform der Sozialversicherung über die flexibleren Arbeitszeiten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis hin zum großen Pädagogikpaket und spürbaren Maßnahmen im Sicherheitsbereich haben wir wichtige Schritte gesetzt, um unser Land zu stärken und wieder an die Spitze zu führen. Erstmals seit vielen Jahren gibt es zudem eine Pensionserhöhung über der Inflationsrate, und wir haben die Mindestsicherung neu gestaltet, um im Sozialsystem eine neue Gerechtigkeit zu schaffen.

Der ÖVP-Parlamentsklub arbeitet mit ganzer Kraft, um unser Land zukunftsfit und sicherer zu machen – für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

Bevölkerung hingewiesen und konnte auch Änderungen in Gesetzen erreichen. Und wir entwickeln politische Alternativen: Mit unseren Konzepten zur Senkung der Mieten, zur Bekämpfung des drohenden Ärztemangels, zur Pflege oder zur gerechten Besteuerung von Konzernen haben wir diese für die Menschen wichtigen Themen in die öffentliche Diskussion gebracht und werden weiter Druck machen, damit etwas weitergeht – im Interesse der Bevölkerung. Ein wichtiger Teil von Oppositionsarbeit ist auch die Kontrolle: Zwei laufende Untersuchungsausschüsse – zum Thema Eurofighter und zum Verfassungsschutz – zeigen, wie wichtig es ist, diese Aufgabe konsequent wahrzunehmen.

Für die nächsten Monate und Jahre hoffe ich darauf, dass das Miteinander im Parlament einen größeren Stellenwert bekommt. Nicht Spaltung, sondern Miteinanderreden und Zuhören sind Erfolgsrezepte für Österreich.



© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

WALTER ROSENKRANZ (FPÖ)

Das erste Jahr der parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen FPÖ und ÖVP war sehr erfolgreich: In 52 Plenarsitzungen wurden schon viele Punkte des Regierungsprogramms abgearbeitet. Mit dieser neuen Regierung hat sich für die Menschen in Österreich vieles zum Positiven verändert und es wurden so viele neue Gesetze auf den Weg gebracht wie kaum zuvor. So gab es große Fortschritte bei der Sicherheit, etwa beim jahrelang kaputtgesparten Bundesheer, das erstmals wieder mehr Geld für Ausrüstung und Unterkünfte hat. Das Innenministerium hat 2018 mit 2,84 Millionen Euro das bisher größte Budget der Zweiten Republik erhalten – für eine bessere Ausrüstung,



© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

BEATE MEINL-REISINGER (NEOS)

Das Jahr 2018 war von einem neuen kommunikativen Ansatz der Regierung geprägt. Anstatt konkrete Gesetzesvorlagen auf den Tisch zu legen, werden Punktationen oder Absichtserklärungen zum Mittelpunkt der Kommunikation gemacht. Dem Parlamentarismus kam auch 2018 weiter nicht die Rolle zu, die er verdient.

War es bei den Vorgängerregierungen bereits üblich, immer kürzere Begutachtungen und immer weniger intensive parlamentarische Debatten zuzulassen, wurden von Türkis-Blau neue Maßstäbe bezüglich der Missachtung des Parlaments gesetzt. Die Kultur der



© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

BRUNO ROSSMANN (JETZT)

Nach dem Einzug in den Nationalrat baute JETZT (zuvor Liste Pilz) in kurzer Zeit einen arbeitsfähigen Klub auf. Wie bei einem Start-up-Unternehmen musste es schnell gehen. Wir wollten rasch mit politischen Inhalten loslegen, denn ab Jahresende 2017 startete die neue türkis-blaue Regierung mit der Umsetzung ihres neoliberalen Programms, in dessen Zentrum das Bedienen von Klientelen, das Umfärben von Institutionen und Gremien sowie eine Politik der sozialen Kälte standen. Statt Maßnahmen gegen die ohnehin schon gesplante Gesellschaft zu setzen, wurde die Zersplitterung durch eine Umverteilungspolitik nach oben weiter vorangetrieben.



4200 neue Planstellen und erhöhte Mannstärken in den Dienststellen. Eine wichtige Errungenschaft ist auch der Familienbonus Plus, der bis zu 1500 Euro mehr pro Kind bedeutet. Mit der Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge entlasten wir kleinere Einkommen und schaffen mehr soziale Gerechtigkeit. Im Sinne der Fairness ist es wichtig, dass sich Arbeit einerseits wieder lohnt und andererseits etwa für Personen, die nicht mehr arbeitsfähig sind, eine stabile soziale Absicherung sichergestellt wird. Auch die Reform der Mindestsicherung wird so für mehr Gerechtigkeit im System sorgen und Sozialmissbrauch verhindern. Die beschlossene Pensionsanpassung über der Inflationsrate ist ein positives Signal an die Älteren, die ihr Leben lang gearbeitet und damit einen wichtigen Beitrag für Österreich geleistet haben. Auch die Bildungsreform mit der Rückkehr zu den Schulnoten, Deutschförderklassen oder der Weiterentwicklung der NMS in Richtung einer modernen Hauptschule muss erwähnt werden. Diesen Reformweg werden wir auch im kommenden Jahr im Sinne der Menschen in Österreich weiterführen.

Zusammenarbeit muss maßgeblich von den Parteien gelebt werden, die über eine Mehrheit im Nationalrat verfügen. Eine Mehrheit kann reichen. Ein anderer Ansatz wäre, eine breitere Mehrheit zu erreichen, indem man den Dialog sucht. Dies wurde jedoch mehrfach abgelehnt. NEOS blieb aber der eigenen Linie entschlossen treu. Als progressive Kraft in der Mitte, demokratisch und liberal. Damit einhergehend definierten wir unsere Rolle als Opposition mit konstruktiver Härte. Konstruktiv da, wo es um Strukturreformen für die Zukunft ging und geht, aber mit Härte, wo zentrale Werte verletzt wurden. Insbesondere das Eintreten für demokratische Werte und Grundprinzipien wie Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressefreiheit oder das Aufzeigen von Machtmissbrauch waren uns Anlass für prononcierte Kritik. Beobachter sprechen gar vom Oppositionsparadox.

NEOS gelten als effektivste Oppositionspartei, obwohl sie am meisten mit der Regierung mitstimmten. Für uns kein Widerspruch – im Gegenteil.

JETZT brachte zahlreiche Anfragen, Anträge, kritische Reden sowie inhaltliche Reformvorschläge ein. Wir setzten uns für soziale Gerechtigkeit ein: Null Armut statt Nulldefizit. Wir legten den Schwerpunkt auf die Entlastung niedriger Einkommen, finanziert aus Steuern auf extrem ungleich verteilte Vermögen, sowie auf die Bekämpfung der Steuerflucht von Großkonzernen. Unser Modell der ökosozialen Steuerreform ist der Schlüssel im Kampf gegen die Erderwärmung. Wir fühlen uns verpflichtet, auch unseren Kindern noch eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen. JETZT steht aber auch für Kontrolle, denn Demokratie braucht eine starke Opposition, die der Regierung auf die Finger schaut. Zwei laufende Untersuchungsausschüsse zeigten, dass dies bitter nötig ist.

2018 bauten wir beachtlichen Druck auf die Regierung auf. 2019 werden wir nicht lockerlassen und uns weiter für ein demokratisches Österreich einsetzen, in dem Not und Armut der Vergangenheit angehören.







© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS ZUM THEMA EUROFIGHTER

Im Jahr 2000 beschloss die damalige Regierung Schüssel die Anschaffung neuer Abfangjäger. Die Entscheidung für die Eurofighter-Flugzeuge erfolgte im Juli 2002. Zu diesem Zeitpunkt wurde von einem Ankauf von 24 Jets ausgegangen, die laut Kanzler Wolfgang Schüssel knapp 1,8 Milliarden Euro kosten sollten. Wegen eines Hochwassers im Sommer jenes Jahres reduzierte die Regierung die Bestellung auf 18 Jets, wobei allerdings die Kosten zu diesem Zeitpunkt mit knapp 2 Milliarden Euro angegeben wurden. Diese Summe sollte aber durch entsprechende Gegengeschäfte mehr als wettgemacht werden, hieß es damals. Schließlich wurde ein entsprechender Vertrag zwischen der Republik und dem Hersteller EADS unterzeichnet.

Schon zu diesem Zeitpunkt gab es hinsichtlich dieser Vorgänge Bedenken, und so wurde Ende Oktober 2006 ein (erster) parlamen-

tarischer Untersuchungsausschuss zu dieser Causa eingesetzt. Wenig später erhielt der neue Verteidigungsminister von Schüssels Nachfolger als Bundeskanzler den Auftrag, die Möglichkeit eines Ausstiegs aus dem Vertrag auszuloten. Die Verhandlungen endeten mit einem Kompromiss, und man einigte sich auf eine weitere Reduktion der Stückzahl auf nunmehr 15 Flugzeuge. Um die Regierungskonstellation nicht zu gefährden, scherte die SPÖ aus der zuvor im parlamentarischen Untersuchungsausschuss geschmiedeten rot-grün-blauen Allianz aus, der Ausschuss endete mit Empfehlungen.

ERMITTLUNGEN DER STAATSANWALTSCHAFT

Ein Jahr später, im Herbst 2008, begann die Staatsanwaltschaft, sich mit den Vorkommnissen rund um den Ankauf der Eurofighter zu befassen, doch wurden diese Ermittlungen im

März 2011 ergebnislos eingestellt. Allerdings wurde die Staatsanwaltschaft Wien wenig später neuerlich aktiv. So fanden im November 2012 an mehreren Orten in Österreich, der Schweiz und Deutschland Hausdurchsuchungen statt. Auch die Politik reagierte auf die immer noch nicht völlig ausgeräumten Ungereimtheiten und setzte zu den Themen Eurofighter-Vertrag und Eurofighter-Gegengeschäfte jeweils eine Taskforce im Verteidigungs- bzw. im Wirtschaftsministerium ein. Zusätzliche Brisanz erhielt die Causa durch einen Rechnungshofbericht im März 2013, in dem sowohl der von Verteidigungsminister Norbert Darabos geschlossene Vergleich als auch die mangelnde Einsatztauglichkeit der Flugzeuge kritisiert wurde. Dessen ungeachtet wurde im September 2015 die letzte Rate des Kaufpreises durch die Republik Österreich bezahlt.



Nationalratspräsident Sobotka am Vorsitz
© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

ZWEITER UND DRITTER UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS ZUM THEMA

Neue Dynamik in die Sache kam schließlich im Februar 2017, als unter dem neuen Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil Strafanzeige gegen Airbus erstattet wurde. Es ging dabei um den Verdacht auf arglistige und betrügerische Täuschung unter anderem beim Kaufpreis der Jets. Die Republik Österreich schloss sich dem Strafverfahren als Privatbeteiligte an und verlangte Schadenersatz in Millionenhöhe. Diese Anzeige wurde von der Staatsanwaltschaft Wien aufgegriffen, die ein entsprechendes Ermittlungsverfahren einleitete. In diesem Lichte einigten sich FPÖ und Grüne im März 2017 auf die Einsetzung eines zweiten parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Causa Eurofighter. Dabei sollte es um vier Schwerpunkte gehen: den Vergleich mit Eurofighter 2007, unzulässige Zahlungsflüsse, die Informationslage bei Vertragsabschluss 2003 sowie die mögliche Vorenthaltung von Informationen im alten Ausschuss. Dieser Untersuchungsausschuss nahm im Mai 2017 seine Arbeit auf, wurde jedoch schon im Juli 2017 durch den Neuwahlbeschluss wieder beendet. Allerdings setzte der Nationalrat im April 2018 einen – nunmehr dritten – parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Thema Eurofighter ein, der wie der BVT-Untersuchungsausschuss seine Arbeit – unter dem Vorsitz von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka – am 20. April 2018 aufnahm. Begründet wurde die

Notwendigkeit eines neuerlichen Eurofighter-Untersuchungsausschusses damit, dass der in der vergangenen Gesetzgebungsperiode eingerichtete U-Ausschuss seine Arbeit aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen vorzeitig beenden musste und viele Punkte offengeblieben seien. In diesem Sinn wollten die Abgeordneten auch der Frage nachgehen, inwieweit den beiden bisherigen Eurofighter-Untersuchungsausschüssen von der jeweiligen Bundesregierung alle Informationen vorgelegt wurden.

Am 16. November 2018 veröffentlichte die Parlamentsdirektion erste Sitzungsprotokolle des Eurofighter-Untersuchungsausschusses. Seitdem können Interessierte auf der Parlamentswebsite unter anderem nachlesen, was der Leiter der Taskforce Eurofighter, Generalmajor Hans Hamberger, Finanzprokuraturchef Wolfgang Peschorn und Doris Bund, Geschäftsführerin der Inducon GmbH, ausgesagt haben. Auch die Protokolle der Befragungen von Siegfried Wolf, Hubert Hödl, Christian Rabl, Karin Keglevich-Lauringer, Johann Smolka, Klaus-Dieter Bergner und Johan Leif Eliasson wurden online gestellt. Wie beim parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Thema BVT wurde die Arbeit des Eurofighter-Untersuchungsausschusses im Jahr 2019 fortgesetzt.

Detaillierte Informationen zum Untersuchungsausschuss finden Sie unter www.parlament.gv.at.

DER BVT- UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS

Im Frühjahr 2018 sorgte eine Razzia im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung für allgemeines Aufsehen. Bald wurden die Ereignisse zum Politikum, sodass sich der Nationalrat dazu entschied, mit einem eigenen Untersuchungsausschuss den Dingen politisch auf den Grund zu gehen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) wurde 2002 gegründet. Seit 2007 steht ihm Peter Gridling als Leiter vor. Im Sommer 2017 drangen diverse Vorwürfe die Arbeit des BVT betreffend an die Öffentlichkeit, die kontrovers diskutiert wurden. Am 28. Februar 2018 fand im BVT, aber auch in Privatwohnungen führender Beamter des BVT, Hausdurchsuchungen statt, in deren Zuge etliche Dokumente verschiedenster Provenienz sichergestellt wurden. Als bedenklich stuften die Opposition und verschiedene Medien den Umstand ein, dass diese Razzien von einem Polizeibeamten geleitet wurden, der zugleich aktiver FPÖ-Politiker ist. Für SPÖ, Liste

Pilz (nunmehr JETZT) und NEOS stellte sich die Frage, ob die gewählte Vorgangsweise eventuell politisch motiviert gewesen sein und eine Kompetenzüberschreitung darstellen könnte. Die politische Debatte zum Thema gipfelte im Einbringen eines Antrags auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der am 20. April 2018 konstituiert wurde.

ZUSAMMENSETZUNG UND UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND

Der insgesamt 25. Untersuchungsausschuss der Zweiten Republik setzt sich aus 18 Abgeordneten zusammen. Die ÖVP ist mit sechs, SPÖ und FPÖ mit jeweils fünf MandatarInnen



Pressegespräch mit den FraktionsführerInnen sowie
Vorsitzender und Zweiter Nationalratspräsidentin Bures
© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



(v. l.) Verfahrensrichterstellvertreter Wolfgang Pöschl, Verfahrensrichter Eduard Strauss, Vorsitzende und Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, Verfahrensanwalt Arthur Mikesi, Verfahrensanwaltstellvertreter Wolfgang Schupfer
© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

vertreten. Je einen Abgeordneten stellen NEOS und JETZT. Den Vorsitz übernahm die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures. Die ÖVP nominierte zu Anfang die Abgeordneten Werner Amon, Gabriel Obernosterer, Johanna Jachs, Gabriela Schwarz, Nikolaus Prinz und Friedrich Ofenauer für den Ausschuss, die SPÖ schickte Maurice Androsch, Muna Duzdar, Jörg Leichtfried, Angela Lueger und Kai Jan Krainer in das Gremium. Die FPÖ stützte sich auf Hans-Jörg Jenewein, Werner Herbert, Günther Kumpitsch, David Lasar und Christian Ries. NEOS entsandten Stephanie Krisper und JETZT Alma Zadić.

Untersuchungsgegenstand des Ausschusses ist der Verdacht der politisch motivierten Einflussnahme auf das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung in den vergangenen zehn Jahren, konkret vom 1. März 2008 bis zum 13. März 2018. Unter anderem will man der Frage nachgehen, ob es Anweisungen an das BVT gab, bestimmte Ermittlungsakten länger als zulässig zu speichern, und ob auf die Arbeit des Extremismusreferats aus politischen Motiven Einfluss genommen wurde.

Außerdem soll durchleuchtet werden, welche Vorwürfe von welcher Seite zu den Hausdurchsuchungen im Bundesamt geführt haben. Weiters geht es den Abgeordneten u. a. um mögliche parteipolitisch motivierte Posten-

besetzungen und Suspendierungen, um die etwaige Behinderung von Ermittlungen anderer Behörden sowie die Auswirkungen der Angelegenheit auf die öffentliche Sicherheit und die Zusammenarbeit mit Nachrichtendiensten anderer Staaten.

Nach vorläufigem Abschluss der Aktenlieferungen Anfang Juli 2018 einigte sich der Ausschuss auf eine Ladungsliste von Auskunftspersonen, mit deren Befragung Anfang September 2018 begonnen wurde. Am 28. November veröffentlichte die Parlamentsdirektion die ersten Sitzungsprotokolle des Untersuchungsausschusses. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 33 Personen dem Gremium Rede und Antwort gestanden. Bis zum Ende des Jahres 2018 fanden insgesamt 20 Sitzungen statt, bei denen durchaus prominente Persönlichkeiten geladen gewesen waren, so u. a. Innenminister Herbert Kickl, Justizminister Josef Moser, BVT-Chef Peter Gridling, die Generaldirektorin für die öffentliche Sicherheit Michaela Kardeis und – mehrmals – Staatsanwältin Ursula Schmudermayer. Auch der Generalsekretär des Innenministeriums, Peter Goldgruber, wurde von den Ausschussmitgliedern mehrmals befragt. Die Arbeit des parlamentarischen Gremiums wurde im Januar 2019 fortgesetzt.

Detaillierte Informationen zum Untersuchungsausschuss finden Sie unter www.parlament.gv.at

„Was Österreich stark macht, das ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat. Sie können sicher sein, dass Unrecht niemals akzeptiert wird.“

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

GUTE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG NUTZT DEN MENSCHEN

Das österreichische Parlament fungierte im September 2018 als Gastgeber eines internationalen Symposiums mit dem Titel „Gute öffentliche Verwaltung und BürgerInnennutzen – die Rolle parlamentarischer Kontrollinstitutionen“, zu dem Rechnungshof und Volksanwaltschaft eingeladen hatten.

Fotos © Parlamentsdirektion/Johannes Zimmer



„Niemand steht über dem Gesetz. Jeder und jede Einzelne hat bestmöglich dazu beizutragen, den sozialen Zusammenhalt sicherzustellen.“ Mit diesen Worten eröffnete Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 25. September 2018 ein internationales Symposium im österreichischen Parlament, zu dem der Rechnungshof und die Volksanwaltschaft eingeladen hatten. Das Symposium stand unter dem Titel „Gute öffentliche Verwaltung und BürgerInnennutzen – die Rolle parlamentarischer Kontrollinstitutionen“.

Das Treffen fand im Rahmen des österreichischen Ratsvorsitzes statt. Er schätze den Rechnungshof und die Volksanwaltschaft nicht nur als unabhängige Kontrollorgane des Nationalrates, sondern auch aufgrund seiner tiefen Überzeugung, dass verantwortungsvolle und nachhaltige Politik nur durch objektive Kontrolle und in Erfüllung der Gesetze sichergestellt werden kann, erklärte

Sobotka bei dieser Gelegenheit. Das Ausmaß der Kontrolle, insbesondere aber auch, wie man mit konstruktiver Kritik umgehe, seien die Charakteristika einer gefestigten und hochentwickelten Demokratie.

„Was Österreich stark macht, das ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat. Sie können sicher sein, dass Unrecht niemals akzeptiert wird“, unterstrich der Nationalratspräsident.

Den beiden Kontrollorganen des österreichischen Parlaments ging es bei diesem Zusammentreffen um einen Erfahrungsaustausch mit ähnlichen Kontrolleinrichtungen in den anderen EU-Mitgliedstaaten, wobei der Fokus auf dem Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger, auf Kostenoptimierung aus Sicht der öffentlichen Hand und auf der Qualität der öffentlichen Leistungserbringung lag.

PARTNER DER NATIONALEN PARLAMENTE

Rechnungshöfe und Ombudseinrichtungen seien wichtige Partner der nationalen Parlamente im Interesse der Demokratie, unterstrich Rechnungshofpräsidentin Margit Kraker in ihrem Einleitungsstatement. Sie wies in diesem Zusammenhang auf das Motto der österreichischen Ratspräsidentschaft „Ein Europa, das schützt“ hin und meinte, parlamentarische Kontrolleinrichtungen hätten die Interessen der BürgerInnen zu schützen, indem sie sicherstellten, dass das Handeln der Regierung für die BürgerInnen zusätzlichen Nutzen bringt. „Gerade in Zeiten, die von Herausforderungen wie dem sozialen Wandel, Migrationsbewegungen oder rasanten technischen Entwicklungen geprägt sind, braucht es leistungsfähige Institutionen, auf die sich die Bürgerinnen und Bürger verlassen können“, betonte die Rechnungshofpräsidentin. Eine zentrale Rolle nehmen die obersten Rechnungskontrollbehörden nach Meinung

*„Parlamentarische
Kontrolleinrichtungen
schützen die Interessen
der BürgerInnen.“*

Margit Kraker

von Kraker auch bei der Prüfung der von den Vereinten Nationen forcierten Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) ein.

(v. l.) Turnusmäßige Vorsitzende der Volksanwaltschaft Gertrude Brinek, Rechnungshofpräsidentin Margit Kraker und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



Für die Kontrollorgane selbst sah sie vor allem das Ziel Nr. 16 der insgesamt 17 Ziele – Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen – von besonderer Bedeutung, mit dem unter anderem effiziente, berechenbare und transparente Institutionen eingefordert werden. Kraker ist nicht nur Präsidentin des Rechnungshofes, sondern fungiert auch als Generalsekretärin der Internationalen Organisation Oberster Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI).

*„Wir müssen das
„Florianiprinzip“
überwinden.“*

Gertrude Brinek

„Ich halte es für einen Quantensprung, dass die EU im Vertrag von Lissabon ein Recht auf gute Verwaltung als Grundrecht verankert hat“, hielt Volksanwältin Gertrude Brinek bei diesem Symposium fest. „In Österreich ist die Qualität der Verwaltung in den letzten Jahrzehnten gestiegen und wir sind auf dem besten Weg, vom Obrigkeitsstaat zum Servicestaats zu werden.“ Auch Brinek ging auf die UN-Nachhaltigkeitsziele ein. Durch die tägliche Konfrontation mit Beschwerden habe man einen guten Überblick, inwieweit einzelne Ziele innerstaatlich bereits umgesetzt sind, sagte die turnusmäßige Vorsitzende des Volksanwaltschafts-Trios. „Als parlamentarische Kontrolleinrichtungen können der Rechnungshof und die Volksanwaltschaft einen wichtigen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele leisten“, stellte sie fest. Als spezielle Herausforderung für Ombudseinrichtungen sah es Brinek, nicht nur die BeschwerdeführerInnen davon zu überzeugen, dass die öffentliche Verwaltung in Übereinstimmung mit den Gesetzen agiert, sondern auch die Nachhaltigkeit geplanter gesetzlicher Maßnahmen im Blick zu behalten. Das größte Hemmnis in der Erreichung von Nachhaltigkeitszielen sei das „Florianiprinzip“. Dieses gelte es zu überwinden.

Zu den ReferentInnen des Symposiums gehörten u. a. die EU-Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly, der österreichische Vertreter im Europäischen Rechnungshof Oskar Herics, Rolf Alter von der Hertie School of Governance und Michel Huissoud von der Schweizer Finanzkontrolle. Am Nachmittag fanden zwei Workshops mit Erfahrungsberichten aus Finnland, Estland, Polen, den Niederlanden, Litauen und Großbritannien statt.



DIE VOLKSANWALTSCHAFT ZIEHT BILANZ ÜBER DAS JAHR 2018

Hauptschwerpunkte der Tätigkeit der Volksanwaltschaft waren die Kontrolle der öffentlichen Verwaltung und der Schutz und die Förderung der Menschenrechte in Österreich. Inhaltliche Fragestellungen ergänzten das Arbeitsprogramm.

In Berichten an den Nationalrat, den Bundesrat und die Landtage wies die Volksanwaltschaft auf eklatante Missstände und Fehlentwicklungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung und der Verletzung von Menschenrechten hin. In den Bundesländern Wien, Kärnten und Steiermark hatte sie 2018 die Möglichkeit, den Landtagsabgeordneten in den zuständigen Ausschüssen über ihre Erkenntnisse und Empfehlungen zu berichten. Darüber hinaus setzten die Mitglieder der Volksanwaltschaft zahlreiche inhaltliche Schwerpunkte. Einige davon werden hier kurz dargestellt.

MEHR QUALITÄT UND KONTROLLE IN DER PFLEGE

Im Zuge eines seiner diesjährigen menschenrechtlichen Schwerpunkte setzte sich Volksanwalt Günther Kräuter für mehr Qualität und Kontrolle im Pflegebereich ein. Aus den Besuchen der ExpertInnenkommissionen der Volksanwaltschaft geht hervor, dass es in mehr als der Hälfte der Alten- und Pflegeheime im Nachtdienst an diplomiertem Personal fehlt. In 70 Prozent der Fälle wird den oft überlasteten Pflegekräften keine Supervision geboten und häufig herrscht eine bedenkliche Medikation. Die Ursache ist meist Personalmangel. Kräuter empfiehlt daher die Schaffung einheitlicher Standards, um Missstände in Alten- und Pflegeheimen zu vermeiden. Die Mittel des aktuell mit 366 Millionen Euro dotierten Pflegefonds sollten an Qualitätskriterien gebunden werden. Außerdem müsse das Pflegegeld in allen sieben Stufen um 30 Prozent angehoben werden, um sicherzustellen, dass auch Menschen mit geringerem Pflegebedarf daheim betreut werden können. Eine jährliche Valorisierung sei unerlässlich, um einerseits dem starken Andrang zu sta-

tionären Einrichtungen entgegenzuwirken und andererseits eine menschenwürdige Pflege langfristig sicherstellen zu können.

ERWACHSENENSCHUTZ: DER MENSCH STEHT IM MITTELPUNKT

In ihrer Tätigkeit ist die Volksanwaltschaft immer wieder mit Fragen rund um die Sachwalterschaft und die Einschränkung persönlicher Rechte konfrontiert. Volksanwältin Gertrude Brinek engagiert sich seit zehn Jahren für bessere gesetzliche Rahmenbedingungen für Besachwaltete und hat zahllose Beschwerden zu dieser Thematik aufgenommen. Außerdem hat Österreich 2008 das UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifiziert. Nach Artikel 12 muss betroffenen Menschen die Ausübung ihrer Rechts- und Handlungsfähigkeit ermöglicht werden. Da dies bei einer Sachwalterschaft nicht gegeben war, wurde die österreichische Gesetzgebung dazu im Rahmen der UN-Staatenprüfung 2013 kritisiert. Steigende Beschwerdezahlen und ein sensibilisiertes Menschenrechtsbewusstsein haben schließlich zu einem politischen Umdenken geführt.

Die Volksanwaltschaft war neben Expertinnen und Experten, NGOs und Betroffenen von Anfang an in den auf Inklusion ausgerichteten Gesetzgebungsprozess intensiv eingebunden. In einer vorbildlich partizipativen Vorbereitungsphase im BMJ wurde das neue Gesetz erarbeitet und schließlich im April 2017 in beiden Kammern des Parlaments einstimmig beschlossen. Es trat am 1. Juli 2018 in Kraft. Das neue Erwachsenenschutzrecht stellt Autonomie und Selbstbestimmung für Menschen mit Beeinträchtigungen in den Mittelpunkt und entspricht damit auch den Anforderungen der UN-Behindertenkonvention.

NUR EINE HOCHWASSERVERSICHERUNG ENTSCHÄDIGT DIE BETROFFENEN

Angesichts der österreichweiten Hochwasserkatastrophe von 2018 plädierte Volksanwalt Peter Fichtenbauer erneut für eine Pflichtversicherung für Hochwasserschäden. Ähnlich einer KFZ-Haftpflichtversicherung tritt die Volksanwaltschaft seit Jahren für die gesetzliche Einführung einer verpflichtenden Versicherung ein. Um eine Entschädigung zu erhalten, sind Betroffene bis dato auf die Katastrophenfonds der Bundesländer angewiesen. Abgesehen davon, dass auf solche Entschädigungen kein Rechtsanspruch besteht, ist die Höhe der Geldleistung für viele Betroffene kein vergleichbarer Ersatz für den erlittenen Schaden. Die Beträge reichen nicht aus, um gleichwertiges Eigentum außerhalb der Gefahrenzone erwerben zu können. Da Naturkatastrophen weiter zunehmen, müsse die Politik adäquate Lösungen anbieten. Seit 2014 hat Volksanwalt Fichtenbauer dem Nationalrat mehrfach davon berichtet. Eine im früheren BMJ eingerichtete Arbeitsgruppe tagte nur einige Male und wurde ohne Ergebnis geschlossen.



(v. l.) Auftaktveranstaltung zur interdisziplinären Ringvorlesung „Eine von fünf“ in der Volksanwaltschaft: Maria Rösslhuber (Autonome Österreichische Frauenhäuser), Universitätsprofessorin Andrea Berzlanovich (MedUni Wien), Volksanwältin Gertrude Brinek, Andrea Hoyer-Neuhold und Sandra Messner (Zentrum für Sozialforschung und Wissenschaftsdidaktik)

© Volksanwaltschaft

„EINE VON FÜNF“ – SCHUTZ VON FRAUEN UND KINDERN VOR GEWALT

Jede fünfte in Österreich lebende Frau ist körperlicher und/oder sexueller Gewalt ausgesetzt. Anlässlich der internationalen Kampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“ organisierte die Volksanwaltschaft in Kooperation

mit dem Zentrum für Gerichtsmedizin der Medizinischen Universität Wien und dem Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser (AÖF) bereits zum dritten Mal die interdisziplinäre Ringvorlesung „Eine von fünf“. Im Rahmen der Vorlesungsreihe an der MedUni Wien wird auf das erschreckende Ausmaß von Gewalt an Frauen hingewiesen sowie der Tabuisierung und Verharmlosung dieses Themas entgegengewirkt. Unter dem Schwerpunkt Kinder und Jugendliche als Betroffene von häuslicher Gewalt beleuchteten 25 Vortragende verschiedener Berufsgruppen das Thema aus theoretischer und praktischer Sicht. An insgesamt sieben Vorlesungstagen erfuhren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den unterschiedlichsten Perspektiven, wie im Alltag mit Gewalt in der Familie umgegangen werden sollte. Referentinnen und Referenten der Volksanwaltschaft erörterten zusammen mit anderen Expertinnen und Experten die Probleme und erläuterten das Thema aus menschenrechtlicher Sicht. Die Auftakt- und Abschlussveranstaltungen mit weiteren Fachvorträgen und einer hochkarätigen Podiumsdiskussion fanden in der Volksanwaltschaft statt. Im Fokus stand die Frage, wie man angesichts von steigenden Zahlen zu Gewalterfahrungen eine Verbesserung der Kinderrechte im Alltag erreichen kann.

40 JAHRE INTERNATIONAL OMBUDSMAN INSTITUTE

Ende April feierte das International Ombudsman Institute (IOI) sein 40-jähriges Bestehen bei einer Veranstaltung der UNO in New York. Das IOI wurde 1978 gegründet und vereint mehr als 190 unabhängige Ombudseinrichtungen aus über 100 Ländern weltweit. Seit September 2009 beherbergt die Volksanwaltschaft das Generalsekretariat des IOI, im Jahr 2013 hat Volksanwalt Dr. Günther Kräuter das Amt des Generalsekretärs übernommen.

Die Veranstaltung bot eine gute Gelegenheit für einen Austausch mit der UNO über den Beitrag von Ombudseinrichtungen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte sowie für die Präsentation einer Publikation über die Geschichte des IOI. Als verfassungsrechtlich verankerte Kontrolleinstellungen spielen diese außerdem eine wichtige Rolle zur Erreichung der Ziele der Agenda 2030. Das 40-jährige Bestehen wurde auch im Rahmen einer Konferenz der europäischen Region des IOI im Oktober 2018 in Brüssel gefeiert. Teilnehmerinnen und Teilnehmer von verschiedenen Ombudsman-Einrichtungen weltweit und Einrichtungen wie



Meeting des Board of Directors des International Ombudsman Institute (IOI), darunter der Generalsekretär des IOI Volksanwalt Günther Kräuter (1. Reihe, 2. v.r.) © Belle&Sass

dem Europarat, dem UN Hochkommissariat für Menschenrechte und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte diskutierten den Beitrag von Ombudseinrichtungen zur Förderung einer offenen Gesellschaft mit aktiver BürgerInnenbeteiligung. In seiner Funktion als IOI Generalsekretär würdigte Volksanwalt Kräuter die Erfolgsgeschichte dieses internationalen Ombudsnetzwerks sowie die Grundwerte der Organisation und ihrer Mitglieder.

HEIMOPFERRENTE: BILANZ UND REFORM

Aufgrund des Heimopfergesetzes (HOG) erhalten Betroffene seit Juli 2017 eine monatliche Rente von 300 Euro. Anspruchsberechtigt ist, wer als Kind oder Jugendlicher Gewalt und Missbrauch erlitten hat: in einem Kinder- oder Jugendheim, in einer Kranken-, Psychiatrie- und Heilanstalt beziehungsweise in einer vergleichbaren Einrichtung der Gebietskörperschaften oder Gemeindeverbände, in einer entsprechenden privaten Einrichtung, sofern diese funktional für einen Jugendwohlfahrtsträger tätig wurde, in einer entsprechenden Einrichtung der Kirchen oder in einer Pflegefamilie. Bei der Volksanwaltschaft können Personen, die noch keine Entschädigung einer Opferschutzeinrichtung erhalten haben oder deren Antrag abgelehnt wurde, eine solche Rente beantragen. Diese Anträge werden von einer weisungsfreien Rentenkommission unter der Leitung von Volksanwalt Kräuter beurteilt. Seit Inkrafttreten des Gesetzes hat die Volksanwaltschaft bereits rund 1.000 Fälle bearbeitet, eine Verbesserung der personellen

und sachlichen Ausstattung wäre dringend erforderlich.

Im Jänner 2018 zogen die Mitglieder der Volksanwaltschaft nach sechs Monaten erstmals Bilanz und forderten eine Reform des Heimopferrentengesetzes. Denn bis dato waren Personen, die in Krankenanstalten oder privaten



(v. l.) Volksanwalt Peter Fichtenbauer, Volksanwältin Gertrude Brinek und Volksanwalt Günther Kräuter präsentieren den Sonderbericht „Kinder und ihre Rechte in öffentlichen Einrichtungen 2017“

© Volksanwaltschaft

Heimen misshandelt wurden und Menschen mit Behinderungen, die das Pensionsalter noch nicht erreicht haben, vom HOG nicht umfasst. Mit der Novellierung des HOG im Sommer 2018 wurden die Forderungen der Volksanwaltschaft im Wesentlichen erfüllt.

NEUER RECHNUNGSHOFAUSSCHUSS BAUTE RÜCKSTAND AB

Der im Dezember 2017 neu konstituierte Rechnungshofausschuss beschäftigte sich 2018 intensiv mit den Berichten des Rechnungshofes. In zahlreichen Sitzungen gelang es, den Rückstand aus der vorangegangenen Gesetzgebungsperiode aufzuarbeiten sowie aktuelle Berichte zügig zu debattieren.

Am Beginn des Jahres besuchten die Rechnungshofsprecherinnen und -sprecher der fünf Parlamentsfraktionen auf Einladung von Präsidentin Kraker den Rechnungshof. Im Fokus der Besprechung stand das Thema der zukünftigen Gestaltung der Zusammenarbeit des Rechnungshofes mit dem Rechnungshofausschuss des Nationalrates. Präsidentin Kraker präsentierte in diesem Kontext auch ihre Reformvorschläge zur Stärkung der Finanzkontrolle.

Die Arbeit im Rechnungshofausschuss war dadurch gekennzeichnet, dass einerseits eine

Die RechnungshofsprecherInnen der Parteien zu Gast bei Rechnungshofpräsidentin Margit Kraker (v. l.): Karin Greiner (SPÖ), Wolfgang Zinggl (JETZT), Irmgard Griss (NEOS), Wolfgang Zanger (FPÖ), Hermann Gahr (ÖVP) und Margit Kraker © Christian Neuwirth



beträchtliche Zahl an Berichten des Rechnungshofes aus der vorangegangenen Legislaturperiode noch offen war und andererseits im Jahr 2018 neue Berichte hinzukamen.

ERFOLGREICHE BEARBEITUNG OFFENER BERICHTE

Mit Ende der XXV. Legislaturperiode am 8. November 2017 waren noch 49 Berichte mit 69 Berichtsbeiträgen offen gewesen, das heißt, sie waren noch nicht vom Ausschuss behandelt worden. Weitere 13 Berichtsbeiträge waren noch nicht an das Plenum des Nationalrates weitergeleitet. Davon reichte ein Bericht mit sechs Berichtsbeiträgen in die XXIV. Legislaturperiode zurück und eine Behandlung in der neuen Legislaturperiode war nach der Geschäftsordnung des Nationalrates nicht mehr möglich. Bis zum Jahresende 2017 kamen weitere 17 Berichte, der Tätigkeitsbericht und der Einkommensbericht dazu. Im Jahr 2018 legte der Rechnungshof dem Nationalrat 66 Berichte, den Bundesrechnungsabschluss 2017 inklusive der Systemprüfung der Abschlussrechnungen des Bundes, den Einkommensbericht sowie den Tätigkeitsbericht vor.

Präsidentin Kraker nahm im Jahr 2018 an zehn Sitzungen des Rechnungshofausschusses teil, weiters an zwei Sitzungen des Budgetausschusses zum Doppelbudget 2018/2019 und am Bundesrechnungsabschluss 2017 sowie an sieben Sitzungen des Nationalratsplenums. Dem Rechnungshofausschuss gelang es dabei, den Rückstand weitgehend abzubauen: Er nahm im Jahr 2018 neben dem Tätigkeitsbericht und dem Einkommensbericht 91 Berichte mit 119 Berichtsbeiträgen zur Kenntnis. Davon betrafen 36 Berichte aktuelle Prüfungen, die der Rechnungshof im Jahr 2018 vorgelegt hatte.



Rechnungshofpräsidentin Margit Kraker © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Somit waren Ende 2018 noch 40 Berichte des Rechnungshofes offen: 30 aus dem Jahr 2018 und nur noch zehn aus der Zeit davor.

EU-SYMPOSIUM DER PARLAMENTARISCHEN KONTROLLEINRICHTUNGEN

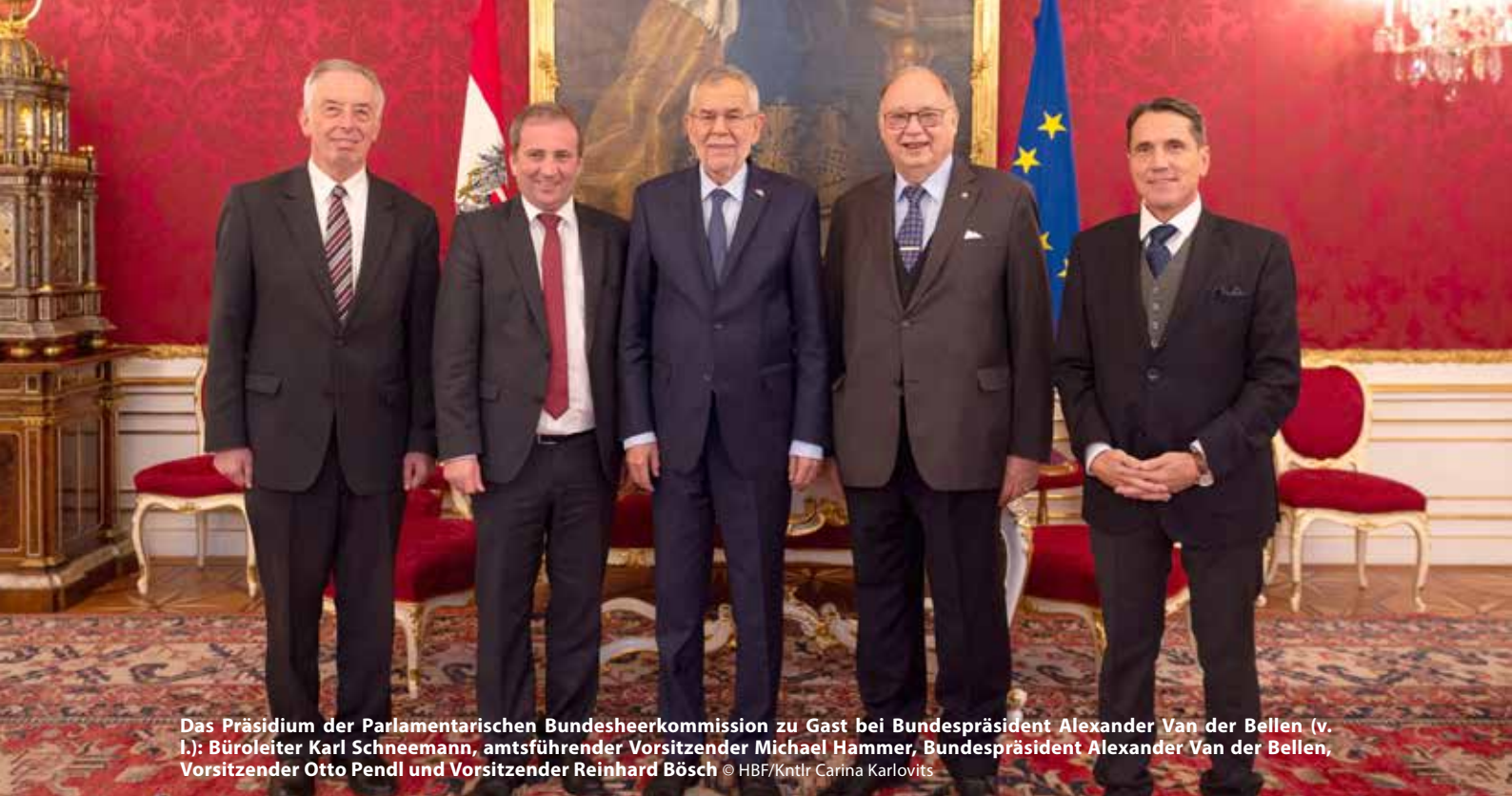
BürgerInnennutzen, Zusammenarbeit der Kontrolleinrichtungen und Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen waren Themen eines Symposiums, das die beiden Kontrolleinrichtungen des Parlaments, Rechnungshof und Volksanwaltschaft, im September 2018 im Rahmen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes gemeinsam veranstalteten. Mehr als 110 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Teilen der EU diskutierten dazu im Großen Redoutensaal der Hofburg. Auch Rechnungshofsprecherinnen und -sprecher der Parlamentsfraktionen nahmen an dem Symposium teil.

Als Gastgeber betonte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in seinen Begrüßungsworten, dass verantwortungsvolle und nachhaltige Politik nur durch objektive Kontrolle und in Erfüllung der Gesetze sichergestellt werden kann. Das Ausmaß der Kontrolle, insbesondere aber auch, wie man mit konstruktiver Kritik umgeht, sind die Charakteristika einer gefestigten und hochentwickelten Demokratie.

„Rechnungshöfe und Ombudseinrichtungen sind wichtige Partner der nationalen Parlamente im Interesse der Demokratie“, unterstrich auch Rechnungshofpräsidentin Margit Kraker in ihrem Einleitungsstatement. Sie wies in diesem Zusammenhang auf das Motto der österreichischen Ratspräsidentschaft „Ein Europa, das schützt“ hin und meinte, parlamentarische Kontrolleinrichtungen haben die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, indem sie sicherstellen, dass das Handeln der Regierung für die Bürgerinnen und Bürger zusätzlichen Nutzen bringt.

Volksanwältin Gertrude Brinek sprach bei der Eröffnung des Symposiums von einem „Quantensprung, dass die EU im Vertrag von Lissabon ein Recht auf gute Verwaltung als Grundrecht verankert hat. In Österreich ist die Qualität der Verwaltung in den letzten Jahrzehnten gestiegen und wir sind auf dem besten Weg, vom Obrigkeitsstaat zum Servicestaar zu werden.“

Die zentralen Erkenntnisse aus den Diskussionen sind in Schlussfolgerungen zusammengefasst. Darin wird die Bedeutung von Rechnungshöfen und Volksanwaltschaften als parlamentarische Kontrolleinrichtungen zur Stärkung des Mehrwerts für Bürgerinnen und Bürger betont.



Das Präsidium der Parlamentarischen Bundesheerkommission zu Gast bei Bundespräsident Alexander Van der Bellen (v. l.): Büroleiter Karl Schneemann, amtsführender Vorsitzender Michael Hammer, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Vorsitzender Otto Pendl und Vorsitzender Reinhard Bösch © HBF/Kntlr Carina Karlovits

ANWALT DER SOLDATINNEN UND SOLDATEN

Die Parlamentarische Bundesheerkommission wurde 1955 mit der Gründung des Bundesheeres als demokratisch legitimiertes Kontrollorgan eingerichtet. Der Nationalrat war der Ansicht, dass eine zahlenmäßig starke, umfassende Organisation wie das Bundesheer das Ventil der Beschwerde benötigt.

Eine Beschwerde an die Parlamentarische Bundesheerkommission ist völlig unabhängig vom Dienstweg. Die Parlamentarische Bundesheerkommission ist in ihren Entscheidungen frei. Sie kann unverzüglich, unmittelbar und unangekündigt alle Truppenteile, Stäbe, Dienststellen und Behörden des Bundesheeres im In- und Ausland überprüfen. Neben der gesetzlichen Überprüfung und Kontrolltätigkeit gemäß § 4 Wehrgesetz 2001 ist der Kommission die Zusammenarbeit mit vergleichbaren Institutionen auf internationaler Ebene – wie z.B. dem Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages – wichtig, um sich über die vielfältigen Aufgabenstellungen von demokratischen Kontrollinstitutionen von Armeen auf bilateraler und multinationaler Ebene auszutauschen. So nahmen bei der jüngsten internationalen Konferenz der Ombudsinstitutionen für Streitkräfte über 40 Staaten aller Kontinente mit den jeweiligen Ombudseinrichtungen teil.

FUNKTIONSPERIODE DER VORSITZENDEN

Eine Funktionsperiode der Parlamentarischen Bundesheerkommission beträgt gemäß § 4 Wehrgesetz 2001 sechs Jahre. Der Parlamentarischen Bundesheerkommission gehören drei einander in der Amtsführung abwechselnde Vorsitzende sowie acht weitere Mitglieder an. Im Berichtsjahr hatte Abg.z.NR Mag. Michael Hammer (ÖVP) turnusgemäß die Funktion des amtsführenden Vorsitzenden der Parlamentarischen Bundesheerkommission inne und Abg. z. NR Dr. Reinhard Bösch (FPÖ) und Abg. z. NR a.D. Otto Pendl (SPÖ) übten die Funktion eines Vorsitzenden der Parlamentarischen Bundesheerkommission aus. Anfang Jänner 2019 übernahm Abg. z. NR Dr. Reinhard Bösch (FPÖ) die Amtsführung bis zum Ablauf der derzeitigen Funktionsperiode Ende 2020.

WER KANN SICH BESCHWEREN?

Die Parlamentarische Bundesheerkommission hat mittelbar oder unmittelbar eingebrachte Beschwerden

- von Personen, die sich freiwillig einer Stellung unterziehen oder sich freiwillig zum Ausbildungsdienst gemeldet haben,



Die Kommission besichtigt Containerunterkünfte im Rahmen eines Prüfbesuchs beim Sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz Migration in Bruckneudorf am 16. Juli 2018 © ÖVB/Ostv Christian Pichler

- von Stellungspflichtigen,
- von Soldatinnen und Soldaten,
- von SoldatInnenvertreterInnen,
- von Wehrpflichtigen des Miliz- und Reservestandes sowie
- von Personen, die Ausbildungsdienst geleistet haben,

entgegnzunehmen und – es sei denn, die Kommission erkennt eine Geringfügigkeit des behaupteten Beschwerdegrundes – zu prüfen und über ihre Erledigung Empfehlungen zu beschließen. Der angeführte Personenkreis kann sich über Mängel oder Übelstände im militärischen Dienstbereich, insbesondere über persönlich erlittenes Unrecht oder Eingriffe in dienstliche Befugnisse, beschweren. Darüber hinaus ist die Parlamentarische Bundesheerkommission berechtigt, von ihr vermutete Mängel oder Missstände im militärischen Dienstbereich von Amts wegen zu prüfen.

JAHRESBERICHT DER KOMMISSION

Der Jahresbericht liefert ein ganzheitliches Bild der umfassenden Arbeit der Kommission. In ihm sind Beschwerden, Personen, Liegenschaften und Standorte anonymisiert angeführt, was dem Schutz aller Beteiligten dienen soll.

Die Parlamentarische Bundesheerkommission beantwortete 2018 insgesamt 2744 Anfragen und führte in 267 Fällen eine Überprüfung nach den Bestimmungen des § 4 Wehrgesetz 2001 durch. Die Kommission überzeugte sich durch Prüfbesuche über den Dienstbetrieb bei der

Truppe, stellte in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesminister für Landesverteidigung und den beratenden Organen Mängel und Missstände im militärischen Dienstbereich ab und präsentierte Vorschläge für Verbesserungen im Dienstbetrieb und in der Ausbildung. Hinsichtlich der berechtigten Beschwerden wurden vom für militärische Angelegenheiten zuständigen Bundesminister die für erforderlich erachteten Maßnahmen der Dienstaufsicht (Belehrung, Ermahnung, disziplinarische Würdigung des Verhaltens der Beschwerdebezogenen, Erstattung von Strafanzeigen etc.) getroffen.

Die Beschwerdegründe bezogen sich im Wesentlichen auf Angelegenheiten des Ausbildungs- und Dienstbetriebs, Personalangelegenheiten, mangelhafte Infrastruktur sowie Ausrüstungsmängel. Wie bereits in den letzten Jahren überwog der Anteil von Beschwerden von Kadersoldatinnen und Kadersoldaten jenen von der Grundwehrdienern bei Weitem. Die Informationsoffensive zeigte gute Erfolge bei der Rekrutierung von jungen Frauen und Männern.

Bei Prüfbesuchen konnte die Parlamentarische Bundesheerkommission eine positive Stimmung und hohe Motivation bei der Truppe wahrnehmen. Den Soldatinnen und Soldaten wird für ihren Einsatz gedankt. Die Kommission unterstützt die Bemühungen des Bundesministers für Landesverteidigung um ausreichende Budgetmittel für Ausrüstung, Bewaffnung, Mobilität, Infrastruktur etc., um eine erfolgreiche Aufgabewältigung durch das Bundesheer sicherzustellen.

EIN PARLAMENT | FÜNF ORTE









Das Hohe Haus bot auch 2018 wieder ein vielfältiges Programm an seinen fünf Standorten. Einen Schwerpunkt bildete dabei die Erinnerung an die Gründung der Republik vor 100 Jahren, die maßgeblich von Parlamentariern getragen worden war. Bei ihrem Rundgang konnten sich Interessierte im Rahmen einer interaktiven Ausstellung bei den Pavillons am Heldenplatz über „Tage der Entscheidung – die Gründung der Republik“ informieren. Die Ausstellungselemente verwiesen dabei auch auf die Verschiebung des Machtzentrums von der kaiserlichen Hofburg zur gewählten Volksvertretung. Erstmals präsentierte sich anlässlich des Gedenkjahres

auch der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus im Palais Epstein. MitarbeiterInnen des Fonds gaben Einblicke in ihre Arbeit.

Zu besichtigen war die Hofburg mit dem Großen Redoutensaal als Sitzungssaal für Nationalrat und Bundesrat. Auch das historische Parlamentsgebäude wurde nicht ausgespart. Der Infopoint Bau.Stelle bot Informationen über das Sanierungsprojekt, die Hintergründe für die notwendigen Arbeiten und Details zu den Planungen. Im Palais Epstein erfuhr man Interessantes in der Parlamentsbibliothek mit ihren mehr als 365.000 Büchern.

Ausstellung „Tage der Entscheidung – die Gründung der Republik“ mitten am Heldenplatz
© Parlamentsdirektion/Thomas Topf





(v. l.) Dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller, Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska und Bundesratsvizepräsident Ewald Lindinger begrüßen die BesucherInnen am Tag der offenen Tür 2018

Fotos © Parlamentsdirektion/
Thomas Jantzen, Arman Rastegar, Thomas Topf, Johannes Zinner





SANIERUNG PARLAMENTSGEBÄUDE





Sichtbares Zeichen der Parlamentssanierung: Dachöffnung über dem Nationalratssitzungssaal
© Parlamentsdirektion/Michael Buchner

ARBEITSINTENSIVES JAHR MIT WICHTIGEN BAUETAPPEN

Die Generalsanierung des Parlamentsgebäudes hat 2018 rasant Fahrt aufgenommen und ist zügig vorangekommen. Und die beste Nachricht: Das erste Jahr auf der Baustelle verlief gänzlich unfallfrei.

Das altehrwürdige Haus an der Wiener Ringstraße ist von einem Containerdorf umzingelt, vier Baukräne sind weithin sichtbar. Hinter dem Bauzaun herrscht geschäftiges Treiben. Nach der kompletten Räumung des Gebäudes ging es im Frühjahr 2018 zur Sache. Zum Start wünschte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka im Rahmen einer Baustellenjause den beteiligten Firmen und deren MitarbeiterInnen einen unfallfreien Verlauf. Der Wunsch sollte sich erfüllen.

Der spektakulärste bauliche Eingriff im vergangenen Jahr war zweifellos die Entfernung des Glasdachs samt Stahlkonstruktion über dem Plenarsitzungssaal des Nationalrates. Über diese Öffnung erfolgt der Zu- und Abtransport eines Großteils des Baumaterials sowie der Maschinen. Der Blick aus der Vogelperspektive von einem der Kräne aus lässt erahnen, wie komplex die Baumaßnahmen sind – und auch, wie weit sie bereits vorangeschritten sind.

TIEFGEHENDE EINGRIFFE

Unter dem Sitzungssaal wurden sämtliche Decken bis hinunter in das zweite Untergeschoß abgebrochen. Das schafft den erforderlichen Raum, um dem Plenarsaal eine neue Konfiguration zu geben. Außerdem wird eine Ebene tiefer ein zusätzliches Ausschusslokal (Lokal 1) eingezogen. Auch eine neue Haustechnikzentrale wird hier, im zweiten Untergeschoß, untergebracht. Für diese wurde eine Fundamentplatte eingezogen.

Die Liste der im Vorjahr durchgeführten Arbeiten ist lang. Im Vordergrund standen zunächst die fachgerechte Demontage historisch wertvoller Gegenstände und der gesamten haustechnischen

Anlagen, einschließlich sämtlicher Leitungen und Verkabelungen. Wertvolle Oberflächen wurden mit Schutzeinrichtungen versehen. Es folgte der Ab- und Rückbau der Bodenbeläge. Rund 40.000 Quadratmeter (Stein, Terrazzo, Parkett) wurden entfernt. In der Folge wurden die darunterliegenden Beschüttungen abgesaugt und die Bestandsdecken statisch verstärkt. Auch mit den Abbrucharbeiten für die künftigen Hauptstiegenhäuser wurde begonnen, und der Bundesversammlungssaal wurde mittels Stahlkonstruktion statisch unterfangen.

REICHER FIGURENSCHMUCK

Ein heikles Vorhaben war auch das Abheben der 44 Attikafiguren auf dem Dach des Gebäudes. Die Figuren werden auf ihren Zustand untersucht und gegebenenfalls restauriert. Zum Abschluss der Sanierungsarbeiten werden sie an ihren angestammten Platz zurückkehren. Ein Kernstück des Sanierungsprojekts ist die Agora, das neue und deutlich größere BesucherInnenzentrum unter der Säulenhalle. Die Vorbereitungsarbeiten dazu sind ebenfalls angelaufen.

In einem denkmalgeschützten, weit über 100 Jahre alten Haus sei – neben allen rechtlichen und technischen Einschränkungen – die Überraschung ständiger Begleiter, erklärt Wolfgang Gleissner. Darin sieht der Geschäftsführer der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG), die seit dem Vorjahr mit dem Baumanagement betraut ist, die große Herausforderung bei diesem Projekt. Nicht immer würden die Bestandspläne mit der tatsächlichen Ausführung übereinstimmen. „Wenn trotz Befunden Überraschungen auftauchen, ist ein Höchstmaß an Flexibilität von allen Beteiligten gefordert“, sagt Gleissner (siehe Seiten 86 und 87).



Ausgehöhlter Sitzungssaal: tiefe Eingriffe bei hoher Sensibilität für die historische Substanz
© Parlamentsdirektion/Michael Buchner

WISSENSWERTES UND ÜBERRASCHENDES

Das Parlamentsgebäude ist keine Baustelle wie jede andere. Schließlich handelt es sich bei dem Haus um das Zentrum der Demokratie, das auf einen zeitgemäßen Standard gebracht werden soll. Dafür ist der Einsatz von viel Steuergeld erforderlich, weshalb die Bevölkerung Anrecht auf umfassende und korrekte Information hat. Transparenz ist darum zentrales Handlungsprinzip in der Öffentlichkeitsarbeit zum Sanierungsprojekt. Die laufende Information zum Projektfortschritt erfolgt über verschiedene Kanäle, etwa mittels Pressekonferenzen, Aussendungen an die Medien oder auf einer eigenen Website. Eine wichtige Funktion kommt auch dem Infopoint Bau.Stelle vor dem Pallas-Athene-Brunnen zu, der sich regen Besuchs erfreut. Auf prägnante Weise werden hier die Eckpunkte des Sanierungsprojekts vermittelt.

Der Bauzaun links und rechts des Infopoints, der an einem der meisten frequentierten Orte Wiens liegt, wird ebenfalls als Informationsfläche genutzt. Hier werden in Bild und Wort markante Details zum Sanierungsprojekt angesprochen. Das Publikum soll quasi im Vorbeigehen Wissenswertes, durchaus auch Überraschendes mitnehmen, etwa, dass die 24 Säulen in der zentralen Halle des Hauses jeweils aus einem Stück gehauen sind und 16 Tonnen wiegen, oder dass der Kaiser seinerzeit der Legende nach die kostspielige bunte und teils goldene Gestaltung der Fassade untersagt hat, oder dass Bob Dylan für das Cover seines Albums „Tempest“ eine allegorische Figur des Parlamentsbrunnens entliehen hat.

www.sanierung.parlament.at

ÜBERRASCHUNGEN ALS STÄNDIGE BEGLEITER

Die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) hat im vergangenen Jahr das Baumanagement im Rahmen der Generalsanierung des Parlamentsgebäudes übernommen. Geschäftsführer DI Wolfgang Gleissner zieht Zwischenbilanz.



BIG-Geschäftsführer Wolfgang Gleissner: Enger Zeitplan als klare Zielvorgabe © Wolfgang Zlodej

Ist die Generalsanierung des Parlamentsgebäudes für Ihre Gesellschaft ein besonderes Projekt oder Business as usual?

Sowohl als auch. Einerseits ist die Generalsanierung des Parlaments aufgrund seiner politischen Bedeutung, der allgemeinen Symbolkraft des Hohen Hauses und der besonderen Herausforderungen ein einzigartiges Projekt. Andererseits ist es – und das ist die Gegenthese zu meiner vorigen Aussage – auch „nur“ eines von vielen Bauvorhaben, die alle ähnlich strukturiert ablaufen sollten, allerdings mit der Besonderheit, dass wir nicht wie üblich Eigentümer und Bauherr der Liegenschaft sind, sondern als Dienstleister fungieren.

Was sind die besonderen Herausforderungen?

Generell ist das Parlament ein denkmalgeschütztes, weit über 100 Jahre altes Haus.

Damit bleibt neben rechtlichen und technischen Einschränkungen immer die Überraschung als ständiger Begleiter, denn in manchen Bereichen stimmen die Bestandspläne nicht mit der tatsächlichen Ausführung überein. Wenn trotz Befundung unliebsame Überraschungen auftauchen, ist ein Höchstmaß an Flexibilität von allen Beteiligten gefordert.

Noch dazu fällt das Projekt in eine Phase der Hochkonjunktur ...

... das hat zwei konkrete Folgen. Derzeit sind die Baufirmen voll ausgelastet und es ist teilweise schwierig, im Zuge der Vergabeverfahren Angebote zu bekommen, die dem zuvor festgelegten Kostenrahmen entsprechen. Diese Situation ist herausfordernd.

Nach aktuellem Zeitplan ist demnächst Projekthalbzeit. Kann die für Sommer 2021 geplante Rückübersiedelung gehalten werden?

Das ist die klare Zielvorgabe unseres Auftraggebers – daher wird alles daran gesetzt, um diesen Zeitplan einzuhalten. Reserven, die potenziell auftretende Risiken wie beispielsweise die Insolvenz eines ausführenden Unternehmens oder einen strengen Winter abbilden, sind nicht vorhanden.

Welchen Einfluss hat die Witterung?

Wenn es über einen längeren Zeitraum sehr niedrige Temperaturen hat, können zahlreiche Materialien nicht verarbeitet werden. Ein Beispiel ist Beton. Bei Minusgraden sind jedenfalls die Trocknungszeiten deutlich verlängert. Im schlimmsten Fall kann nicht mehr betoniert werden. Für sich genommen wäre das kein Problem. Allerdings muss man sich die Gewerke eines so komplexen Projekts vorstellen wie ein Uhrwerk mit vielen kleinen Zahnrädern. Eines greift ins andere, wenn aber eines defekt ist, stehen auch die anderen, und das gilt es durch solides Projektmanagement zu vermeiden.



Welche wesentlichen Projektschritte wurden im vergangenen Jahr absolviert?

Generell stand der Rückbau im Zentrum des Baugeschehens. So wurden rund 40.000 Quadratmeter Bodenfläche abgebrochen und danach die Bestandsdecken statisch verstärkt. Die spektakulärste Maßnahme war aber sicher der Abbau des Glasdaches über dem Nationalratssitzungssaal. Seitdem erfolgt über diese Öffnung der Zu- und Abtransport eines Großteils der Baumaterialien und Maschinen.

Welche wesentlichen Schritte erfolgen nun 2019?

Viele Arbeiten wie beispielsweise die Fenster- und Türsanierungen, die Innenausbauten oder die Errichtung der haustechnischen Anlagen laufen parallel. Einen markanten Projektschritt stellt die Stahlkonstruktion des neuen Glasdachs über dem Nationalratssitzungssaal dar. Darüber hinaus wird mit Hochdruck an dem neuen, deutlich größeren Besucherzentrum unter der Säulenhalle gearbeitet. Kurzum: Das Sanierungsprojekt wird heuer gleich mehrere wesentliche Schritte vorwärts machen.

„Die Generalsanierung des Parlamentsgebäudes ist aufgrund der besonderen Herausforderungen ein einzigartiges Projekt und zugleich für uns eines von vielen Bauvorhaben.“

Wolfgang Gleissner

Über den offenen Nationalratssitzungssaal wird die Baustelle bespielt
© Parlamentsdirektion/Michael Buchner

AUSBLICK 2019 - DAS JAHR DER ZWISCHENETAPPE

2019 ist ein nicht minder ereignisreiches Jahr, sozusagen die Mitteletappe auf dem langen Weg der Generalsanierung mit weiteren wichtigen Baumaßnahmen. Viel wird sich wieder rund um den Nationalratssitzungssaal tun. Die Haustechnikzentrale Süd im zweiten Untergeschoß wird fertiggestellt, ebenso der Rohbau des neuen Ausschusslokals unter dem Plenarsaal. Außerdem werden die früheren Publikums- und Journalistenstiegen abgebrochen, da die Erschließung des Saals für Externe komplett neu organisiert wird. Schließlich wird über dem Saal mit der Montage der Gitternetzschale, einer Stahlkonstruktion für das neue Glasdach – eines der architektonischen Highlights –, begonnen. Die baulichen Eingriffe werden sich jedoch nicht auf diesen Bereich beschränken,

sondern sich quer durch das Haus erstrecken. So stehen beispielsweise an:

- Errichtung der vier neuen Hauptstiegenhäuser,
- Fertigstellung der Haustechnikzentrale Nord,
- Sanierung der Dachhaut,
- Rohmontage Elektroinstallation, Heizung, Klima, Lüftung, Sanitär,
- Beginn der Malerarbeiten,
- Einbringen der Großkomponenten der technischen Gebäudeausstattung,
- Restaurierungsarbeiten in der Säulenhalle und im Bundesversammlungssaal,
- Restaurierung der historischen Fenster.

Unter der Säulenhalle wird ein neues, großes BesucherInnenzentrum entstehen. Der Rohbau soll Ende 2019 fertiggestellt sein.

DAS BUCH ZUM PROJEKT

„Demokratie braucht Raum“ lautet der Titel eines jüngst erschienenen Buchs, das die wesentlichen Grundlagen der laufenden Generalsanierung des österreichischen Parlamentsgebäudes anschaulich vermittelt und exemplarischen Einblick in das aktuelle Geschehen auf der Baustelle gibt. Konzept und Texte stammen von Dipl. Ing.ⁱⁿ Andrea Schenk und Dr.ⁱⁿ Gabriele Kaiser. Der Band ist reich illustriert, was zum Verständnis der architektonischen und bautechnischen Arbeit wesentlich beiträgt. Die Fotografien von Hertha Hurnaus sind von besonderer Ästhetik und eröffnen zum Teil gänzlich neue Blicke auf das Gebäude. Die grafische Gestaltung von Christine Klell gibt dem Ganzen einen ausgezeichneten Orientierungsrahmen. Das Parlamentsgebäude ist schon mehrfach adaptiert und umgebaut worden. Die Publikation veranschaulicht, dass Bauwerke keine starren Hüllen, sondern Zeitmaschinen sind, die gesellschaftspolitische Transformationen – sei es in signifikanten Umbauten, sei es in unmerklichen Adaptionen – widerspiegeln.

DEMOKRATIE BRAUCHT RAUM. Sanierung, Erneuerung und funktionale Optimierung des österreichischen Parlamentsgebäudes. Hrsg. Parlamentsdirektion – Projekt Sanierung Parlament. 108 Seiten, mit zahlreichen Fotografien und Plänen. Edition Ausblick, Wien. ISBN 97-3-903798-67-0

Erhältlich in den Infopoints in den Pavillons auf dem Heldenplatz und vor der Parlamentsbaustelle am Ring sowie im Buchhandel.





Die Teilnehmer an der INPP-Konferenz: Wissenstransfer schafft Planungssicherheit
© Parlamentsdirektion/BKA/Ines Bind

VERNETZUNG ERÖFFNET BLICK AUF VERBLÜFFENDE PARALLELEN

Demokratie nach heutigem Verständnis wurde in den meisten europäischen Ländern in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts institutionalisiert. Das manifestierte sich – neben der jeweiligen verfassungsmäßigen Festlegung – auch im Bau von Parlamentsgebäuden, die allesamt in etwa gleichen Alter sind. Entsprechend ähnlich bis nahezu gleich sind die baulichen Zustände sowie die Notwendigkeiten zu Restaurierung und Anpassung an einen zeitgemäßen Standard.

„Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass Vernetzung und Informationsaustausch zweckmäßig sind“, sagt Prof. Hermann Schnell. Er hat das Sanierungsprojekt von Beginn an begleitet und seine architektonische Expertise sowie die im Rahmen der Restaurierung des Deutschen Bundestages in Berlin gewonnenen Erfahrungen eingebracht. Zum Auftakt eines solchen Informationsaustauschs organisierte Schnell eine Benchmarktour zu europäischen Parlamenten: Bern, Berlin, Edinburgh, Kopenhagen, München, Stockholm. Ziel war, dortige Erkenntnisse in die Vorbereitungen und Planungen zum hiesigen Projekt einfließen zu lassen. Auf der Agenda standen nicht nur Bauthemen, sondern auch Fragen der Geschäftsordnungen, von Betriebsabläufen, Stakeholdern oder Entscheidungsstrukturen. Auch Vergleiche zu Sanierungskosten, Projektstrukturen und Erfolgsfaktoren wurden gezogen. Weitere Besuche in London, Helsinki und Budapest folgten. Einhellige Erkenntnis war, dass die

Kontakte verfestigt werden sollten. 2017 wurde in den Niederlanden eine erweiterte Konferenz mit Vertretern aus Dublin, Helsinki, Montenegro, Ottawa und Rom abgehalten. Dort wurde beschlossen, dem Netzwerk eine Marke – International Network of Parliamentary Properties (INPP) – und einen organisatorischen Rahmen zu geben. Ottawa übernahm die Secretaryrolle, inklusive Protokollierung und regelmäßiger Telefonkonferenzen.

Die Nachfolgekonzferenz fand im Herbst 2018 in Wien statt. Zweieinhalb Tage lang wurden Statusberichte zu einzelnen Projekten vorgetragen und diskutiert. Entscheidungsstrukturen, Budgetfindung und -management und Öffentlichkeitsarbeit waren weitere Kernthemen.

„Es gab verblüffende Parallelen zwischen den verschiedenen Sanierungsprojekten“, sagt Prof. Schnell. Daraus wiederum seien wertvolle Erkenntnisse abgeleitet worden, etwa zur Kontextsetzung von Baukosten, zu Entscheidungsstrukturen und Nutzungszusammenhängen oder zur Präzisierung des Risikomanagements. Auch seien Argumentationshilfen für PolitikerInnen und Projektverantwortliche entwickelt worden. Schnells Bilanz fällt positiv aus: „Aus dem überaus intensiven Erfahrungsaustausch in den vergangenen Jahren haben alle Beteiligten wertvolle Erkenntnisse gewonnen.“ Der Prozess soll jedenfalls weitergeführt werden: 2019 wird die INPP-Jahreskonferenz in Dublin ausgerichtet, 2020 in Ottawa.

„Ich stehe als Nationalratspräsident für ein offenes Parlament, das für die Menschen erleb- und greifbar ist.

Die Renovierung des historischen Parlamentsgebäudes bietet die einmalige Chance, ein neues und modernes Besucherzentrum zu erschaffen.

Das Crowdsourcingprojekt trägt dazu bei, das Parlament als Sinnbild der Demokratie gemeinsam mit den BürgerInnen zu einem neuen Zuschauermagneten zu machen.“

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka



GESTALTUNGSDIEEN FÜR UNSER NEUES BESUCHERZENTRUM

Im Rahmen der Sanierung des Parlamentsgebäudes werden neue Wege beschritten. So wurden in einem breit angelegten öffentlichen Projekt Vorschläge gesammelt, wie das neue BesucherInnenzentrum – eines der Herzstücke des künftigen Parlamentsgebäudes – aussehen soll.

Das neue BesucherInnenzentrum im sanierten Parlamentsgebäude wird ebenerdig vom Ring zu begehen sein. Seine Räume stehen in Gestalt und Größe fest: 1.500 Quadratmeter verteilen sich auf 900 Quadratmeter Agora („Marktplatz“), zwei Ausstellungsräume zu je 200 und zwei weitere Räume mit je 100 Quadratmetern. Die Ausstattung und auch die Funktionalität des Besucherzentrums sind noch offen. Und genau darüber konnten Bürgerinnen und Bürger mittels eines Crowdsourcingverfahrens mitbestimmen. Das österreichische Parlament ist dabei europaweiter Vorreiter, was Bürgerbeteiligung betrifft.

Konkret lautete die Frage: Wie sollte das neu gestaltete BesucherInnenzentrum unseres Parlaments aussehen und was sollte es bieten, damit möglichst viele Bürgerinnen und Bürger ihr Parlament, seine Arbeitsabläufe und Räumlichkeiten kennenlernen können und wollen?

MITREDEN UND IDEEN EINBRINGEN

Gestartet wurde das Crowdsourcingprojekt unter der Patronanz von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am Tag der offenen Tür des Parlaments am 26. Oktober 2018. An diesem Tag wurde nicht nur medial die Werbetrommel für das Mitreden gerührt, sondern die Besucherinnen und Besucher konnten ihre Ideen gleich an Ort und Stelle im Baustellen-Container am Ring bekannt geben. Zum Mitmachen wurde auf verschiedenen Informationsschienen motiviert.

Insgesamt kontaktierten die MitarbeiterInnen der Stabsstelle Crowdsourcing der Parlamentsdirektion fast 3.500 Personen. Es handelte sich um Gruppen, die eine Beziehung

zum Parlament haben, etwa weil sie die Demokratiewerkstatt besucht hatten, an einer Führung durch das Parlament teilgenommen hatten oder als LehrerIn mit SchülerInnen im Parlament waren. Auch Organisationen, die sich um die Belange von Demokratie und Parlamentarismus kümmern, wie etwa Demokratie21, oder auch große Newsletterverteiler (z.B. kommunalnet) dienten zur Bewerbung dieses BürgerInnenbeteiligungsprojekts des Parlaments.

SECHS ERKENNTNISSE, 227 VORSCHLÄGE

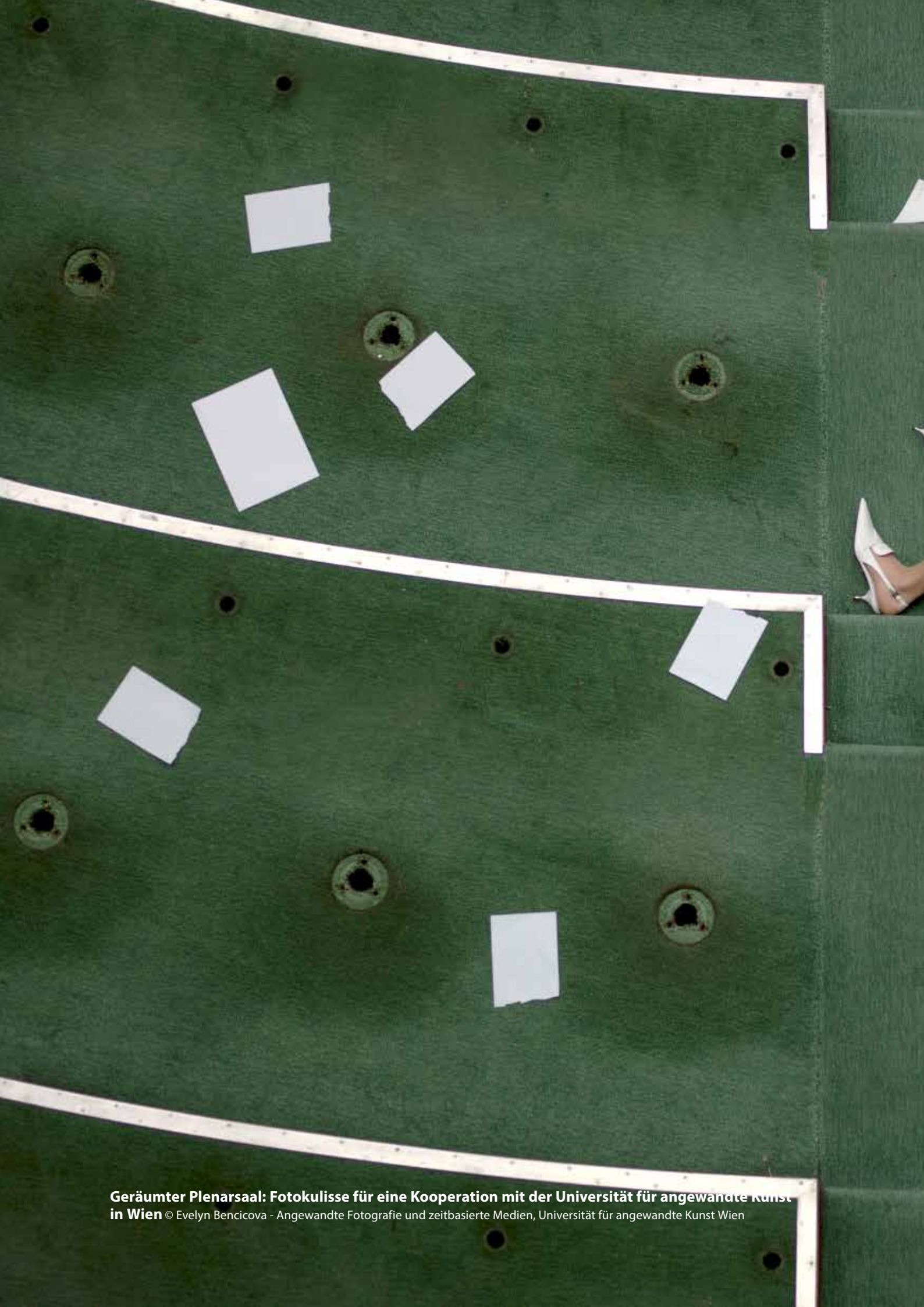
812 Bürgerinnen und Bürger haben sich schließlich an der Gestaltung des neuen Besucherzentrums beteiligt. Sie haben 227 Vorschläge eingereicht, daraus wurden sechs sogenannte Erkenntnisse formuliert. Nachdem die Fachabteilungen des Parlaments alle eingebrachten Ideen ausgewertet hatten, wurden die TeilnehmerInnen des Crowdsourcings über alle Resultate des Projekts sowie über die daraus resultierenden konkreten Umsetzungsschritte und Maßnahmen für die Neugestaltung des BesucherInnenzentrums informiert.

Details zum Projekt:

www.crowdsourcing.parlament.gv.at.

WAS IST CROWDSOURCING?

Crowdsourcing ist quasi das Fischen nach Informationen in der Menge, das Nutzen der Schwarmintelligenz, um den Horizont zu erweitern und die Betroffenen – in diesem Fall die künftigen NutzerInnen des BesucherInnenzentrums – einzubeziehen.



Geräumter Plenarsaal: Fotokulisse für eine Kooperation mit der Universität für angewandte Kunst in Wien © Evelyn Bencicova - Angewandte Fotografie und zeitbasierte Medien, Universität für angewandte Kunst Wien



SANIERUNGSPROJEKT ALS LEHRBEISPIEL

Die Generalsanierung des Parlamentsgebäudes eignet sich auch für Studienzwecke. Der Austausch mit Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen ist freilich keine Einbahn, zumindest ebenso wertvoll ist das Feedback.

„Kommunikation im politiknahen Bereich
„Kam Beispiel der Generalsanierung des Parlamentsgebäudes“ lautete der Titel eines Proseminars, das im Wintersemester 2018/19 im Fachbereich Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg angeboten wurde. Im Rahmen ihres Bachelorstudiums sollte Studierenden vermittelt werden, unter welchen Rahmenbedingungen die Öffentlichkeitsarbeit zum Sanierungsprojekt stattfindet und welche Maßnahmen zweckmäßig sind. Konkret ging es darum, die speziellen Herausforderungen im Zusammenhang mit einem in der öffentlichen Wahrnehmung stark präsenten Projekt zu erkennen. Anhand von praktischen Übungen und Rollenspielen wurden Problemfälle diskutiert sowie externe und interne Kommunikationsmaßnahmen entwickelt.

WICHTIG: STAKEHOLDERMANAGEMENT

Auch eine Exkursion nach Wien samt Besuch einer Plenarsitzung des Nationalratsrates stand auf dem Lehrplan. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka erläuterte das Sanierungsprojekt aus der Sicht des Bauherren und stand den Studierenden Rede und Antwort. Mit Vertretern der Projektgesellschaft wurde die Bedeutung eines kontinuierlichen Stakeholdermanagements erörtert: Wie können alle Betroffene in einem derart heterogenen Gebilde wie dem Parlament stets auf gleichem Informationsstand gehalten werden? Zum Abschluss gab es einen intensiven Austausch mit dem ORF-Journalisten Fritz Jungmayr („Hohes Haus“). Er schilderte seinen beruflichen Werdegang, sein Verständnis von journalistischer Arbeit und seine Erfahrungen als Parlamentsredakteur.

Ausdrücklich lobte Jungmayr die Kommunikation zum Sanierungsprojekt als korrekt und fair gegenüber allen Medien. Aufgabenstellung der Abschlussarbeit war, die Medienberichterstattung in den vergangenen drei Jahren zu analysieren und mit den Zielen des Kommunikationskonzepts zu vergleichen. Das wiederum liefert interessante Aufschlüsse zur Evaluierung der Öffentlichkeitsarbeit.

KÜNSTLERISCHE PERSPEKTIVE AUF DIE SANIERUNG

Eine weitere Kooperation ging die Projektgesellschaft mit der Universität für angewandte Kunst ein. Studierende begleiteten das Sanierungsprojekt künstlerisch-kulturell und suchten dabei spezielle Zugänge zum Thema abseits der gängigen Kommunikationsformen. So gab das leergeräumte Parlamentsgebäude eine einmalige Kulisse für ein Fotoshooting ab. Die Studierenden nutzten diese Gelegenheit ausgiebig und es entstanden zum Teil ästhetisch hochwertige Arbeiten. Eine davon schaffte es sogar auf die Titelseite der Portugal-Ausgabe der „Vogue“.

PRAXISPROJEKT KOMMUNIKATIONSMANAGEMENT

Eine gelungene Premiere gab es anlässlich der Vorbereitungsarbeiten zur Generalsanierung: Gemeinsam mit der Fachhochschule der Wiener Wirtschaftskammer wurde ein Praxisprojekt organisiert. Studierende des Masterstudiengangs Kommunikationsmanagement erarbeiteten Strategien und Umsetzungsmaßnahmen zur Präsenz des Parlaments im öffentlichen Raum während der Umbauphase. Die Ergebnisse wurden im Parlament präsentiert und zum Teil auch im Rahmen der Aktivitäten auf dem Heldenplatz umgesetzt.





Der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker besucht das österreichische Parlament (v. l.): Altbundeskanzler Wolfgang Schüssel, Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



INTERNATIONALE KONTAKTE 2018

Alle internationalen Aktivitäten des Jahres 2018 waren vom österreichischen EU-Ratsvorsitz geprägt, auch Gespräche mit Parlamenten außerhalb Europas. Das österreichische Parlament war als Gesprächspartner in dieser Funktion besonders attraktiv für andere Parlamente, das zeigen unter anderem die 30 Besuche von ParlamentspräsidentInnen und anderen hochrangigen internationalen AmtsträgerInnen bei Nationalratspräsident Sobotka in Wien.

Zusätzlich setzte das Parlament im Rahmen des EU-Vorsitzes besondere internationale Schwerpunkte. Einen wichtigen Stellenwert hatten die Parlamente des Westbalkans, die vom Nationalratspräsidenten im Jahr 2018 besonders intensiv betreut wurden, um zu verdeutlichen, dass der Westbalkan eine europäische Perspektive hat und nur wirtschaftliche und demokratische Stabilität am Balkan den Frieden in der südlichen Nachbarschaft Österreichs sichert. Präsident Sobotka reiste daher nach Mazedonien, Serbien, Albanien und Montenegro und traf sich dort nicht nur mit den jeweiligen ParlamentspräsidentInnen, sondern auch mit Abgeordneten der Opposition, sowie mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft.

Im ersten Jahr der neuen Legislaturperiode bereiste der Nationalratspräsident zudem die Nachbarländer Deutschland, Schweiz, Ungarn, die Slowakei und die tschechische Republik.

Besondere Bedeutung kam den Besuchen in den USA, in der Russischen Föderation sowie in Israel zu. Hier wurde deutlich, welche Bedeutung der parlamentarischen Diplomatie in den Beziehungen zu diesen für Österreich traditionell wichtigen internationalen Partnern zukommt.

Zu den internationalen Terminen des Nationalratspräsidenten kamen noch jene des Bundesrates, der parlamentarischen Gruppen, Delegationsreisen der Ausschüsse sowie Treffen in Wien und viele andere Kontakte hinzu, die das Parlament auch abseits des EU-Vorsitzes auf ein sehr intensives internationales Parlamentsjahr 2018 zurückblicken lassen.

INTERNATIONALE REISEN VON NATIONALRATSPRÄSIDENT SOBOTKA

NACHBARLÄNDER:

Deutschland (20.-22.2.2018), **Ungarn** (23.-24.5.2018), **Schweiz** (4.-5.6.2018), **Slowakei** (6.6.2018), **Tschechische Republik** (17.6.2018 und 3.-4.10.2018), **Ungarn** (21.-22.6.2018),

EUROPÄISCHE UNION

Estland (23.-24.4.2018)

WESTBALKAN:

Nordmazedonien (5.11.2018), **Serbien** (12.-13.11.2018), **Albanien** (27.11.2018), **Montenegro** (28.11.2018)

INTERNATIONAL:

USA (25.-29.6.2018), **Israel** (15.-17.7.2018), **Russland** (4.-6.12.2018)

INTERNATIONALE DELEGATIONEN

Abgeordnete zum Nationalrat und Mitglieder des Bundesrates pflegten regelmäßig den Gedankenaustausch mit ParlamentarierInnen aus aller Welt. 2018 kamen Delegationen aus: **Zypern** (21.2.2018), **Kasachstan** (21.2.2018), **Deutschland** (1.3.2018, 29.5.2018, 22.10.2018 und 23.10.2018), **Italien** (6.3.2018), **Kanada** (18.4.2018), **China** (18.4.2018 und 11.-12.6.2018), **Indonesien** (24.4.2018 und 23.5.2018), **Mosambik** (3.5.2018), **Schweden** (9.5.2018), **Georgien** (23.5.2018 und 10.12.2018), **Polen** (30.5.2018), **Aserbajdschan** (6.6.2018), **Tschechische Republik** (7.6.2018 und 4.9.2018), **Ukraine** (18.6.2018), **Südafrika** (27.6.2018), **Russland** (3.7.2018), **Albanien** (16.-17.7.2018), **Schweiz** (18.7.2018), **Iran** (23.-27.9.2018), **Montenegro** (25.9.2018), **Belgien** (12.11.2018), **Palästinensische Gebiete** (16.11.2018), **Ungarn** (28.11.2018), **Katar** (6.12.2018), **Südkorea** (7.12.2018)



HOCHRANGIGE PARLAMENTSKONTAKTE

Folgende Präsidentinnen und Präsidenten parlamentarischer Kammern besuchten das österreichische Parlament:

Präsident des Abgeordnetenhauses **Radek Vondráček** (Tschechische Republik, 5.2.2018), Präsident der Rätekammer **Hakim Benchamach** (Marokko, 23.2.2018), Parlamentspräsident **Ivan Brajović** (Montenegro, 23.2.2018), Senatspräsidentin **Ankie Broekers-Knol** (Niederlande, 23.-25.5.2018), Parlamentspräsident **Kadri Veseli** (Kosovo, 7.6.2018), Präsidentin des Ständerates **Karin Keller-Sutter** (Schweiz, 9.7.2018), Präsident des Bundestages **Wolfgang Schäuble** (Deutschland, 19.-20.8.2018), Präsident des Nationalrates **Dominique de Buman** (Schweiz, 6.-7.9.2018), Senatsmarschall **Stanisław Karczewski** (Polen, 10.9.2018), Stv. Vorsitzender des Volkskongresses **Baimachilin** (China, 11.-12.10.2018), Präsident des Nationalrates **Andrej Danko** (Slowakei, 3.12.2018), Präsident des Reichstages **Andreas Norlén** (Schweden, 31.12.2018-2.1.2019)

INTERPARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNGEN

Österreichische ParlamentarierInnen nahmen auch heuer regelmäßig sowohl an den statutarischen Konferenzen als auch an ausgewählten Spezialkonferenzen der Interparlamentarischen Union (IPU), der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Parlamentarischen Versammlung der NATO, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM) sowie unter österreichischem Vorsitz an der Konferenz der Europaausschüsse (COSAC), der Konferenz der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordination und Steuerung in der EU und am Gemeinsamen Parlamentarischen Kontrollausschuss zu Europol teil.

Nationalratspräsident Sobotka mit Holocaustüberlebendem Gideon Eckhaus in Israel © Parlamentsdirektion/Uri Ishay



Rede von Nationalratspräsident Sobotka vor der Staatsduma in Moskau

© Parlamentsdirektion/Andreas Großschartner



INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

Folgende SpitzenrepräsentantInnen internationaler und supranationaler Organisationen besuchten im Jahr 2018 das Hohe Haus:

EU-Kommissar für humanitäre Hilfe und Krisenmanagement **Christos Stylianides** (18.1.2018), Präsident der OSZE-PV **George Tsereteli** (26.1.2018), Vizepräsidentin der EuroLat-Versammlung **Karoline Graswander-Hainz** (30.1.2018), Direktorin von ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) **Beatrice Fihn** (1.2.2018), EU-Kommissar für Haushalt und Personal **Günther Oettinger** (12.2.2018 und 22.11.2018), EP-Berichterstatterin zur Entsenderichtlinie MEP **Agnes Jongerius** (16.2.2018), EU-Kommissar für die Energieunion EK-Vizepräsident **Maroš Šefčovič** (1.3.2018), Geschäftsführender Direktor des Europäischen Stabilitätsmechanismus **Klaus Regling** (5.3.2018), Research Direktorin von Amnesty International **Anna Neistat** (14.3.2018), EP-Vizepräsident **Zdzisław Krasnodębski** (13.4.2018), EK-Generalsekretär **Martin Selmayr** und Kabinettschefin des EK-Präsidenten **Clara Martínez** (19.4.2018), EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit **Vytenis Andriukaitis** (24.4.2018), EP-Berichterstatter zu Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft MEP **Herbert Dorfmann** (27.4.2018), EVP-Fraktionsvorsitzender **Manfred Weber** (27.4.2018), EK-Generaldirektor für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

Stefano Manservigi (14.5.2018), Ko-Berichterstatter für die Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftssteuer MEP **Paul Tang** und **Alain Lamassoure** (15.5.2018), Direktorin des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen **Virginija Langbakk** (30.5.2018), Vorsitzender des EP-Ausschusses für internationalen Handel **Bernd Lange** (8.6.2018), Präsident des Europäischen Rechnungshofes **Klaus-Heiner Lehne** und der Vertreter Österreichs im Europäischen Rechnungshof **Oskar Herics** (12.6.2018), EU-Kommissarin für digitale Wirtschaft und Gesellschaft **Mariya Gabriel** (13.6.2018), Handelsdelegierte der US-Mission bei der EU in Brüssel **Kate Kalutkiewicz** (14.6.2018), EU-Kommissarin für Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung **Věra Jourová** (18.6.2018), EU-Chefverhandler für den Brexit **Michel Barnier** (18.6.2018), EP-Berichterstatter für den Richtlinien-vorschlag der Kommission über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen in der EU MEP **Enrique Calvet Chambon** (14.9.2018), EP-Berichterstatterin für den Richtlinien-vorschlag der Kommission zu Verträgen über die Bereitstellung von digitalen Inhalten EP-Vizepräsidentin **Evelyne Gebhardt** (8.11.2018), UN-Generalsekretärin für humanitäre Angelegenheiten **Ursula Müller** (28.11.2018), Leiter der Abteilung für Außenbeziehungen der UNRWA **Matthias Burchard** (10.12.2018)



EU-Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis (3. v. l.) im Parlament bei einer Aussprache mit den Abg. z. NR Pamela Rendi-Wagner, Gerald Loacker und Robert Lugar © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen



STAATSOBERHÄUPTER UND REGIERUNGS- VERTRETERINNEN IM HOHEN HAUS

Bundespräsident **Alain Berset** (Schweiz, 9.1.2018), Staatspräsident **Juan Manuel Santos Calderón** (Kolumbien, 26.1.2018), Staatspräsident **Aleksandar Vučić** (Serbien, 2.2.2018), Staatspräsident **Petro Poroschenko** (Ukraine, 8.2.2018), Staatspräsident **Ing. Andrej Kiska** (Slowakei, 19.2.2018), Außenminister **Adel Aljubai** (Saudi-Arabien, 19.2.2018), Vizepremierminister **Enver Hoxhaj** und **Dardan Gashi** (Kosovo, 13.4.2018), Ministerin für Immigration und Integration **Inger Støjberg** (Dänemark, 25.4.2018), Informationsminister **Moammar Al-Eryani** und Minister für öffentliche Arbeit **Maeen Abdo** (Jemen, 2.5.2018), Staatsminister für Europa **Michael Roth** (Deutschland, 3.5.2018), Innenminister **Fatmir Xhafaj** (Albanien,

8.5.2018), Außenminister **Tarō Kōno** (Japan, 5.7.2018), Außenminister **Sameh Shoukry** (Ägypten, 6.7.2018), Bundesinnenminister a.D. **Thomas de Maizière** (Deutschland, 23.-24.8.2018), Stv. Premierminister und Außenminister **Scheich Mohammed bin Abdulrahman Al-Thani** (Katar, 12.9.2018), Premierminister **Nguyễn Xuân Phúc** und Vorsitzender der Wirtschafts- und Industriekammer **Dr. Vu Tien Loc** (Vietnam, 15.10.2018), Außenminister **Mohamed Taher Siala** (Libyen, 17.10.2018), Staatspräsident **Ilir Meta** (Albanien, 24.10.2018), Vizepremierminister und Außenminister **Miro Cerar** (Slowenien, 7.11.2018), Staatspräsident **Abdel Fattah Al-Sisi** (Ägypten, 17.12.2018)



Nationalratspräsident Sobotka mit dem Sprecher des
Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten Paul Ryan
© Peter Alunans



Nationalratspräsident Sobotka mit dem israelischen
Parlamentspräsidenten Yuli Edelstein
© Parlamentsdirektion/Uri Ishay



EuroLat-Versammlung in
Wien (v. l.): Präsident der
europäischen Seite Ramón
Jáuregui Atondo, Staats-
sektretärin Edtstadler,
Außenministerin Kneissl,
Präsident der latein-
amerikanischen Seite
und des lateinameri-
kanischen Parlaments
Elias Castillo und National-
ratspräsident Sobotka

© Parlamentsdirektion/Johannes
Zinner



(v.r.) Nationalratspräsident Sobotka mit dem Landeshauptmann von Südtirol Arno Kompatscher
© Parlamentsdirektion/Thomas Topf



Bildmitte: Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures und der Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses Luca Jahier © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen



Nationalratspräsident Sobotka empfängt die ParlamentarierInnendelegation der Republik Kosovo in Wien, hier mit Parlamentspräsident Kadri Veseli © Parlamentsdirektion/Arman Rastegar



Paneldiskussion „Die Erweiterungsperspektive für den Westbalkan - Die Rolle der Parlamente“ (v. l.): Korrespondent des „Handelsblatt“ für Österreich und Südosteuropa Hans-Peter Siebenhaar, Abg. z. NR Reinhold Lopatka, Abg. z. NR Alma Zadic, Generaldirektor für Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen der EU-Kommission Christian Danielsson, MEP Michael Gahler, Abgeordnete der Französischen Nationalversammlung Liliana Tanguy, Professor für Südosteuropäische Geschichte an der Universität Wien Oliver Jens Schmitt, Abg. z. NR Andreas Schieder, Abg. z. NR Walter Rosenkranz, Nationalratspräsident Sobotka
© Parlamentsdirektion/Thomas Topf



Nationalratspräsident Sobotka im Gespräch mit der Schweizer Ständeratspräsidentin Karin Keller-Sutter
© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



Nationalratspräsident Sobotka im Gespräch mit dem Präsidenten der Ukraine Petro Poroschenko
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen



Nationalratspräsident Sobotka am Rednerpult im Parlament der Republik Nordmazedonien
© Parlamentsdirektion/Andreas Großschartner



Dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller begrüßt den stv. Vorsitzenden des Volkskongresses Baimachilin
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen



Nationalratspräsident Sobotka und der Präsident des Nationalrates der Schweizerischen Eidgenossenschaft Dominique de Buman © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



Nationalratspräsident Sobotka mit dem Präsidenten des World Jewish Congress Ronald S. Lauder in New York © Anton Brookes



Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures besucht das Technologieunternehmen SES ASTRA in Luxemburg
© Luxemburgisches Parlament/Charles Caratini





Nationalratspräsident Sobotka mit Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble bei den Salzburger Festspielen im Sommer 2018 © Parlamentsdirektion/VOGL-PERSPEKTIVE.AT



Nationalratspräsident Sobotka mit dem ungarischem Parlamentspräsidenten László Kövér in Budapest
© Zsuzsanna Pető



Nationalratspräsident Sobotka bei der Konferenz der EU-ParlamentspräsidentInnen in Tallinn © Erik Peinar, Riigikogu



Nationalratspräsident Sobotka und Michel Barnier
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

Nationalratspräsident Sobotka und Parlamentspräsident von Montenegro Ivan Brajović beim Gästebucheintrag
© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



Nationalratspräsident Sobotka und die serbische Parlamentspräsidentin Maja Gojković beim Gästebucheintrag
© The National Assembly of the Republic of Serbia







SchülerInnenparlament im Großen Redoutensaal
© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

POLITISCHE BILDUNG IM PARLAMENT FÜR DIE JUGEND

Lernen über Demokratie hat einen festen Platz im Parlament. Seit 2007 gibt es die Demokratiewerkstatt, mittlerweile haben über 100.000 junge Menschen diese Workshops besucht und über Parlamentarismus gelernt. Seither sind viele weitere Angebote wie das Lehrlingsforum dazugekommen.

Seit Oktober 2007 gibt es die Demokratiewerkstatt als Angebot der politischen Bildung am Ort der Gesetzgebung. Kinder, Jugendliche und seit 2015 auch Lehrlinge können in Workshops erfahren, wie Demokratie funktioniert, welche Möglichkeiten der Beteiligung es gibt und welche Arbeitsprozesse und Abläufe dafür im Hohen Haus vorgesehen sind. Der parlamentarische Alltag soll über die Ausschuss- und Plenararbeit hinausgehend in seinem gesamten Spektrum und seinen Grundlagen für

Seit 2008 gibt es das Jugendparlament für die JungwählerInnen, 2015 folgte die Ausweitung auf eine neue Zielgruppe, die Lehrlinge.

WARUM POLITISCHE BILDUNG IM PARLAMENT?

Der Grundstein dafür, dass Menschen sich als aktive und mündige BürgerInnen in der Gesellschaft engagieren, wird bereits in jungen Jahren gelegt. Es wurden daher Kernbotschaften für Jugendliche entwickelt, die die Stärken und Aufgaben der Institution herausstellen und Interesse am gesamten parlamentarischen Leistungsspektrum, das mehr als Ausschuss- und Plenararbeit ist, wecken. Der parlamentarische Alltag soll für die Jugend gut verständlich und altersgerecht dargestellt werden.

Der Grundstein dafür, dass Menschen sich als aktive und mündige BürgerInnen in der Gesellschaft engagieren, wird bereits in jungen Jahren gelegt.

DIE ENTWICKLUNG DER DEMOKRATIEWERKSTATT

Am Beginn 2007 gab es in der Demokratiewerkstatt vier Werkstätten für Kinder und Jugendliche von 8 bis 15 Jahren zu den Themen

Schulklassen und Lehrlingsgruppen aus ganz Österreich verständlich dargestellt und präsentiert werden.

Mit der Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre im Jahr 2007 wurde ein europaweit viel beachteter Schritt gesetzt: Jungen Menschen wird zugetraut, politische Entscheidungen zu treffen. Die Senkung des Wahlalters war der Startschuss, dass im Oktober 2007 das bereits bestehende Kinder- und Jugendsegment des Parlaments überarbeitet und um die Demokratiewerkstatt und das Kinderinternet, die DemokratieWEBstatt, erweitert wurde.

Bundesgesetzgebung, Parlament, Medien und Grundrechte. Ende 2008 wurde das Angebot um eine Werkstatt zum Thema Geschichte der Republik erweitert und 2009 um die Europawerkstatt ergänzt. Das Parlament als Ort von außerschulischer politischer Bildung ist für die Jugendlichen eine Gelegenheit, Politik am Originalschauplatz zu erleben und gleichzeitig zu sehen, wie die Praxis funktioniert. Regelmäßig sind Abgeordnete zum Nationalrat, BundesrätInnen oder Mitglieder des Europäischen Parlaments Gäste in der Demokratiewerkstatt und antworten direkt auf die Fragen der Jugendlichen.



© Parlamentsdirektion/Michael Buchner

MEDIENKOMPETENZ - TEIL DER POLITISCHEN BILDUNG

Das Wissen über aktuelle politische Vorgänge und Diskussionen ist eine der wichtigsten Grundlagen der Partizipation an demokratischen Prozessen. Deshalb wird den Teilnehmenden interaktiv vermittelt, welche Informationsquellen es gibt, aber auch, wie - und von wem - diese Informationen gemacht werden und wie sie daher einzuordnen sind. Dabei berichten MedienexpertInnen aus der Praxis, das heißt aus ihrem Berufsalltag. Speziell die Medienwerkstatt soll die Fähigkeit vertiefen, aus dem vielfältigen Angebot an Medien die gesuchte Information zu finden sowie politische Inhalte in den verschiedenen Formaten zu erkennen. Das ermöglicht den Jugendlichen auch, die Inhalte in den sozialen Medien einzuordnen und zu erkennen, dass es verschiedenste Sichtweisen eines Themas gibt.

LEHRLINGE ALS NEUE ZIELGRUPPE

Lehrlinge aus ganz Österreich können seit 2015 in den Workshops des Lehrlingsforums Demokratie, und damit Politik und Parlament, näher kennenlernen. In den Workshops und beim Lehrlingsparlament haben Lehrlinge die Möglichkeit zum direkten Gespräch mit ParlamentarierInnen.

DEMOKRATIEWERKSTATT INTERNATIONAL

Seit mehreren Jahren ist auch das Interesse anderer europäischer Parlamente auf das Angebot der Demokratiewerkstatt gerichtet. Daraus entwickelte sich die Idee, dieses Modell der politischen Bildung auch mit anderen Parlamenten umzusetzen bzw. sich mit ihnen über deren Erfahrungen auszutauschen. Ein sehr erfolgreiches Beispiel dafür ist die Demokratiewerkstatt in Montenegro (<http://www.demokraskeradionice.me>).

ANMELDUNG

Sie interessieren sich für einen Besuch in der Demokratiewerkstatt?

Info-Telefon:

+43 1 401 10-2930

E-Mail:

demokratiewerkstatt@parlament.gv.at

Weitere Informationen erhalten

Sie unter demokratiewerkstatt.at

Die Teilnahme an den Workshops ist kostenlos!

BERICHT ZUR ERFAHRUNG IM JUGENDPARLAMENT

Ich durfte das Jugendparlament sowohl aus SchülerInnenperspektive als auch aus der Sicht einer begleitenden Lehrperson erleben. Im Folgenden sollen ein paar der für mich zentralen Eindrücke festgehalten werden.

MAG. CARMEN FUSSENEGGER

Das Jugendparlament stellte für mich als Schülerin im Jahr 2008 eine äußerst positive Abwechslung innerhalb des Geschichtsunterrichts dar. Lange Zeit war der Teilbereich der politischen Bildung im Schulunterricht kaum präsent. Erst durch die Vorbereitung eines Bewerbungsbeitrags sowie die Zeit im Jugendparlament wurden mir spannende Zugänge in Bezug auf den Umgang mit politischen Themen ermöglicht. Dank des Jugendparlaments besuchte ich damals das allererste Mal in meinem Leben die österreichische Hauptstadt Wien und war angesichts des mir noch unbekannten Ablaufs durchaus ein wenig angespannt. Doch im Verlauf des Jugendparlaments konnte ich durch die aktiv-erlebenden und somit äußerst motivierenden Zugänge sehr viel mitnehmen.

Mir wurden authentische Einblicke in den Alltag eines Politikers, den Aufbau des Parlaments sowie den komplexen Prozess eines Gesetzentwurfs gewährt. Gleichzeitig förderten die Aufgabenstellungen die Interaktion zwischen uns Schülerinnen und Schülern, eine möglichst konstruktive Gesprächskultur sowie die Fähigkeit, Vorschläge im Zuge einer Rede vor einem größeren Publikum zu präsentieren.

Die Teilnahme am Jugendparlament hat mich als Schülerin in Anbetracht dieser wertvollen Erfahrungen hinsichtlich meines Allgemeinwissens über Grundstrukturen der österreichischen Politiklandschaft, meiner sprachlich-rhetorischen Fertigkeiten und meiner Fähigkeiten, kompromissbereit zu agieren und zielorientiert Problemlösungen zu erarbeiten, bereichert, und das Ganze ohne trockene Theorie und in Verbindung mit einem geselligen Ausflug mit meiner Klasse. Aus diesem Grund

stellt das Jugendparlament auch zehn Jahre später für mich eine der Erfahrungen dar, die mir aus meiner gesamten Schulzeit am besten in Erinnerung geblieben sind.

DAS JUGENDPARLAMENT AUS DER LEHRERINNEN-SICHT

Als Lehrperson waren mir die Abläufe rund um die Vorbereitungsarbeit sowie die Durchführung des Jugendparlaments bereits bekannt. Dennoch war es für mich besonders spannend zu sehen, mit wie viel Engagement, Eifer und Motivation die Jugendlichen gemeinsam darauf hingearbeitet haben, sich diese einmalige Chance zu ermöglichen. Ein Demokratie-Rap, professionelle Interviews sowie anschauliche Rollenspiele sind nur ein paar Beispiele für die tollen SchülerInnenprodukte, welche aus der Erstellungsphase des Bewerbungsvideos hervorgegangen sind.

Während unseres Aufenthalts fühlte ich mich ständig an meinen eigenen Besuch im Parlament erinnert und konnte mich gut in die Gefühlslage der Jugendlichen hineinversetzen. Während ich selbst damals zu Beginn sehr aufgeregt und etwas eingeschüchtert vor Nervosität war, erstaunte es mich diesmal umso mehr, mit welcher positiven Stimmung und vor allem mit welch großem Elan die SchülerInnen sich den einzelnen Aufgaben und Herausforderungen rund um das Jugendparlament gestellt haben. Selbst eher ruhige, introvertierte Kinder sind im Laufe des Jugendparlaments immer mehr aus sich herausgekommen, was mich persönlich ganz besonders gefreut hat.

Mit besonderem Stolz erfüllten mich die tollen Leistungen am Rednerpult, wo einige meiner SchülerInnen ihr (mitunter noch verstecktes) rhetorisches Talent unter Beweis stellen durften.



Alles in allem hatte ich den Eindruck, dass sich wirklich alle während unserer Zeit im Jugendparlament aktiv eingebracht haben – ein Umstand, den man im Regelunterricht nur sehr selten herbeiführen kann. Diese Beobachtungen lassen sich sicherlich auch auf die hervorragenden Rahmenbedingungen beim Jugendparlament

zurückführen, da großer Wert auf einen offenen und respektvollen Umgang mit den jungen Menschen gelegt wird, wodurch diese aus sich herauskommen können. Angesichts dieser positiven Aspekte bin ich jetzt schon motiviert, das Projekt Rein ins Parlament in naher Zukunft mit der nächsten Klasse in Angriff zu nehmen.

Carmen Fussenegger (1. Reihe, 3. v. l.) als Schülerin des BG Dornbirn beim Jugendparlament im November 2008 im Parlament... © Parlamentsdirektion/Mike Ranz



...und als Lehrerin am BG/BRG Feldkirch im Mai 2018 mit ihrer Klasse zu Gast beim Jugendparlament in der Hofburg (1. Reihe, 3. v. r.) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner







Die Verleihung des Alfred Fried Photography Award (v. l.) Lois Lammerhuber, Silvia Lammerhuber, Lars Boering, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Peter Matthias Gaede, Anna Boyiazis (siehe Bericht auf Seite 112 und 113) © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

KUNST UND WISSENSCHAFT IM HOHEN HAUS

Auch 2018 bot das Parlament wieder eine Bühne für zahlreiche hochwertige Veranstaltungen. Die Palette reichte dabei von der erstmaligen Teilnahme an der Aktion „Österreich liest“ über die Präsentation einer wissenschaftlichen Studie zur Geschichte des Parlamentsgebäudes bis zu einem Auftritt von Gerhard Schröder.

„America first“. – Welche Herausforderungen und Chancen es für Europa bedeutet, wenn dieser Slogan wie jüngst durch Strafzölle auch zum politischen Programm wird, darüber sprach der ehemalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder am 13. März auf Einladung von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka sowie der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen im Parlament. Für Schröder ist evident, dass die Europäische Union dem neuen US-amerikanischen Kurs,

„der eindeutig auf Populismus und Isolierung setzt“, nicht folgen darf und geschlossen auf Trumps Politik antworten muss. Er warnt die EU-Verantwortlichen davor, sich nicht darauf zu konzentrieren, wer etwa der nächste Generalsekretär der Kommission wird oder so zu tun, als ob das Problem der US-Strafzölle mit Ausnahmen bereinigt werden könnte. Denn hinter der wirtschaftlichen Strategie der USA liegt für Schröder nämlich auch eine politische, und zwar die Spaltung der EU. Allerdings habe er die Hoffnung noch nicht gänzlich aufgegeben, dass sich die USA wieder auf ihre globale Verantwortung zurückbesinnen.

„Die EU wird sich verändern müssen. Sie muss das Vertrauen der Bürger durch mehr Handlungsfähigkeit und Transparenz zurückgewinnen.“

Gerhard Schröder

© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Angesprochen wurde von Schröder zudem die aktuell schwierige innereuropäische Situation, die für ihn durch Entsolidarisierung, Desintegration und dem Votum Großbritanniens für den Brexit gekennzeichnet ist. Die EU sollte sich prioritär auch weiterhin für friedliche Lösungen von Konflikten und den Ausgleich von Interessen in den internationalen Beziehungen einsetzen, in Zeiten von Umbrüchen müsse sie sich aber auch entscheiden, ob Europa in Zukunft eine globale Rolle spielen will, so der deutsche Ex-Bundeskanzler.

Angesichts des Gedenkjahres 2018 sowie dem 180. Jahrestag der diplomatischen



Rede des Präsidenten der Österreichischen Akademie der Wissenschaften Anton Zeilinger beim Dialogformat "Wissenschaft und Politik im Gespräch" © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Beziehungen zwischen Österreich und den USA erinnerte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in seiner Begrüßung an die Befreiung Österreichs durch die Alliierten und den Marshallplan für den Wiederaufbau eines vom Krieg zerstörten Europas. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten unterstrich der Nationalratspräsident als traditionell gut, allerdings sei „America First“ ein Spruch, der irritiere und allmählich seine Herausforderungen für Europa zeige. Für den Präsidenten der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen, Bundeskanzler a.D. Wolfgang Schüssel, markiert das „America-first“-Prinzip eine Weichenstellung in der Globalpolitik. Das multipolare Weltsystem werde heute durch ein neuerliches Wettrüsten und autoritäre Systeme auf den Prüfstand gestellt.

DIALOGFORMAT "WISSENSCHAFT UND POLITIK IM GESPRÄCH"

Wissenschaftliche Erkenntnisse und politische Entscheidungen standen im Mittelpunkt des ersten Dialogs „Wissenschaft und Politik im Gespräch“, der künftig regelmäßig stattfinden soll. „Unser Ziel ist es, der Politik fundiertes, gesichertes Wissen zur Verfügung zu stellen – nicht nur zur Orientierung, sondern auch als Grundlage für die Entscheidungsfindung“, sagte

*„Mit diesen
Gesprächen wollen
wir das Vertrauen
zwischen Politik
und Wissenschaft
nachhaltig stärken.“*

Anton Zeilinger

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei der Eröffnung der Veranstaltung, die er und Anton Zeilinger, Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW), initiiert hatten. „Für die politische Gestaltung unserer Zukunft ist unabhängiges, wissenschaftliches Wissen unabdingbar“, erklärte Zeilinger. „Die Akademie pflegt daher ganz bewusst den aktiven Dialog mit der Politik. Mit diesen Gesprächen wollen wir das Vertrauen zwischen Politik und Wissenschaft nachhaltig stärken.“

VERLEIHUNG DES ALFRED FRIED PHOTOGRAPHY AWARD

Bereits zum sechsten Mal fand im österreichischen Parlament die Auszeichnung der Gewinner des internationalen Fotowettbewerbs für das beste Friedensbild statt. Fünf Fotografinnen wurden heuer für ihre fotografischen Arbeiten mit der Alfred-Fried-Medaille ausgezeichnet. Die in Kalifornien geborene Fotojournalistin Anna Boyiazis erhielt außerdem für ihre Fotoserie „Finding Freedom in the Water“ den mit 10.000 Euro dotierten Hauptpreis für das Peace Image of the Year 2018. Boyiazis erzählt darin die Geschichte von Mädchen und Frauen auf der zu Tansania gehörenden Insel Sansibar, die sich darüber hinwegsetzen, dass in ihrer islamisch und patriarchal geprägten Gesellschaft das Schwimmen für Frauen verpönt ist. Im Projekt Panje erlernen sie gemeinsam das Schwimmen und erobern sich ein Stück Selbstbestimmung („panje“ bedeutet auf Swahili in etwa „großer Fisch“). Die Jury lobte an den Bildern, dass die Fotoreportage von Boyiazis mittels einer kleinen Geschichte etwas ganz Großes zeige, nämlich den Freiheitswillen und die Selbstbehauptung von Frauen in einem Teil der Welt, der üblicherweise nicht im Fokus der medialen Aufmerksamkeit steht.

Den mit 1.000 Euro dotierten Preis für das beste Einzelfoto erhielt die kanadische Fotojournalistin, Autorin und Tierrechtsaktivistin Jo-Anne McArthur für ein Foto, das die Rettung eines Gorillawaisenkindes in

Kamerun zeigt. Zum zweiten Mal wurde heuer der ebenfalls mit 1.000 Euro dotierte Preis für das beste Friedensbild in der Kinder- und Jugendkategorie vergeben, dessen Schirmfrau die Menschenrechtsaktivistin Waris Dirie ist. Heurige Gewinnerin ist die 14-jährige Kaya Tasevska aus Skopje für ihr Foto Daydreaming, das ihre Cousine Luna schlafend nach einem Skiausflug zeigt. Das kompositorisch sehr gelungene Bild bringt Frieden als einen Zustand von Geborgenheit und Ruhe zum Ausdruck.

„Gute Pressefotografie zeigt nicht nur oberflächliche Momentaufnahmen, sondern will von den Menschen und den Geschichten dahinter erzählen. Ihre Bilder leisten einen Beitrag dazu, die Wahrheit ans Licht zu bringen, und helfen uns bei der Meinungsbildung.“

Wolfgang Sobotka

Lesung „Österreich liest“ in der Parlamentsbibliothek im Palais Epstein © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



Es sei für ihn eine besonders ehrenvolle Aufgabe, bei der Auszeichnung von Bildern mitwirken zu können, die den Frieden zum Inhalt haben, so Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in seiner Begrüßungsrede. Es mache ihn sehr betroffen, dass Journalismus heute in vielen Ländern der Welt mehr denn je ein gefährlicher Beruf ist. Auch mitten in Europa mussten zuletzt JournalistInnen für ihre Wahrheitssuche mit dem Leben bezahlen, erinnerte Sobotka. Der Alfred Fried Photography Award 2018 zeigte wieder einmal, welch großes Potenzial an guter Fotografie es weltweit gibt. Heuer wurden insgesamt 16.610 Bilder aus 137 Ländern eingereicht.

Der diesjährige Jury-Vorsitzende Lars Boering, der zugleich Managing Director des World Press Photo in Amsterdam ist, erinnerte an die JournalistInnen und PressefotografInnen, die derzeit für ihre Suche nach der Wahrheit im Gefängnis sitzen. Der Award sei mehr als ein Wettbewerb, denn er stelle die wichtige Frage: Wie sieht der Frieden aus? Mit diesem Motto sei er auch ein sehr optimistisches Unternehmen, das zu einer besseren Welt beitragen will.

Der Alfred Fried Photography Award wird in Kooperation der Photographischen Gesellschaft (PHG), der Edition Lammerhuber, der UNESCO, des österreichischen Parlaments, der Vereinigung der ParlamentsredakteurInnen, des International Press Institute (IPI), des Deutschen Jugendfotopreises und mit Unterstützung von World Press Photo vergeben.

ÖSTERREICH LIEST IM PARLAMENT

Nicht politische oder juristische Texte, sondern Kriminalromane vor dem Hintergrund des Republiksjubiläums standen im Mittelpunkt einer Lesung, zu der die Parlamentsbibliothek im Rahmen des Literaturfestivals „Österreich liest“ ins Palais Epstein eingeladen hatte. Unter dem Titel „Endlich brachst du deine Ketten entzwei – Die Geburt der Ersten Republik im historischen Kriminalroman“ präsentierten die Autoren Andreas Pittler und Gerhard Loibelsberger Passagen aus ihren Werken „Chuzpe“ und „Schönbrunner Finale“ und boten dabei Einblick in die schicksalhaften Stunden und Tage vor 100 Jahren. Die BesucherInnen hatten bei der Veranstaltung auch Gelegenheit, die Parlamentsbibliothek, die 2019 ihr 150. Jubiläum feiert, näher kennenzulernen.

Elisabeth Dietrich-Schulz, die als Leiterin der Parlamentsbibliothek das Literaturfestival „Österreich liest“ bereits zum dritten Mal in ihrem Haus empfangen konnte, will, wie sie in ihrer Moderation unterstrich, die BesucherInnen mit dieser Veranstaltung im Gedenk- und Erinnerungsjahr 2018 in das Jahr 1918 entführen. Man habe bewusst eine Lesung aus historischen Kriminalromanen gewählt, um die Situation im letzten Kriegsjahr des Ersten Weltkriegs und in den ersten Monaten der jungen Republik erlebbar zu machen. Dietrich-Schulz erinnerte zudem, dass der Titel der Veranstaltung „Endlich brachst du die Ketten entzwei“ dem Text der ersten Hymne der Republik Österreich entstammt und von Karl Renner, dem Staatskanzler und späteren Bundespräsidenten, geschrieben wurde, der in den Jahren 1895 bis 1907 selbst Mitarbeiter der damaligen Reichsratsbibliothek war.



Die Leiterin der Parlamentsbibliothek Elisabeth Dietrich-Schulz begrüßt die Gäste bei der Veranstaltung „Österreich liest“ © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

PRÄSENTATION DER STUDIE „INBESITZNAHMEN“

Wie kein anderes Gebäude ist das nun bereits 135 Jahre alte Parlament am Ring ein Symbol für eine kontinuierliche Demokratisierung der Gesellschaft und für Rechtsstaatlichkeit. Es gab jedoch auch Zeiten, in denen der Parlamentarismus außer Kraft gesetzt war. Was in jenen Jahren des autoritären Ständestaates und der nationalsozialistischen Diktatur von 1933 bis 1945 mit dem Haus geschah, darüber liegt nun eine Publikation unter dem Titel „Inbesitznahmen. Das Parlamentsgebäude in Wien 1933-1956“ vor, die auch im Buchhandel erhältlich ist. Der erweiterte Zeitrahmen bis 1956 weist darauf hin, dass auch die Wiederinbesitznahme durch die Zweite Republik detailliert dargestellt ist.

Die dem Buch zugrundeliegende wissenschaftlich fundierte Studie wurde von den renommierten HistorikerInnen Bertrand Perz (Projektleitung), Verena Pawlowsky (Projektdurchführung) und Ina Markova (Projektmitarbeit) erarbeitet. Die Publikation umfasst 448 Seiten und rund 120 Abbildungen.

Nachzulesen ist darin – versehen mit zahlreichen Fotos, Dokumenten und Plänen –, was in der Zeit, als der Parlamentarismus außer Kraft gesetzt war und eine Diktatur herrschte, in diesem Gebäude sowohl auf realer als

„Das Buch stellt einen wichtigen Beitrag zu einer umfassenden Aufarbeitung sehr schwieriger und kontrovers diskutierter Abschnitte der österreichischen Vergangenheit dar.“

Wolfgang Sobotka

auch auf symbolischer Ebene geschah: 1934 als Parlament ausgeschaltet, wurde der Hansen-Bau im März 1938 Sitz des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich und diente später der Wiener NSDAP als Gauhaus. Der Bogen wird aber bis zur ersten Nationalratssitzung nach Abschluss des Wiederaufbaus 1956 weitergespannt und geht detailliert darauf ein, wie das Haus am Ring in der Zweiten Republik wieder Zentrum der parlamentarischen Demokratie wurde.



© Parlamentsdirektion/Michael Buchner

INBESITZNAHMEN. Das Parlamentsgebäude in Wien 1933-1956. Bertrand Perz, Verena Pawlowsky, Ina Markova. Hrsg. Parlamentsdirektion, Wien. Residenzverlag Salzburg-Wien. ISBN 978-3-7017-3468-9

Erhältlich in den Infopoints in den Pavillons auf dem Heldenplatz und vor der Parlamentsbaustelle am Ring sowie im Buchhandel.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka präsentierte gemeinsam mit seinen Kolleginnen Zweiter Nationalratspräsidentin Doris Bures und Dritter Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller das Buch, das von der Parlamentsdirektion in Kooperation mit dem Residenzverlag herausgegeben wurde. Das Projekt geht auf das Jahr 2014 zurück, als die damalige Nationalratspräsidentin Barbara Prammer eine erste Pilotstudie über die Machbarkeit einer solchen Publikation in Auftrag gegeben hatte. Den Auftrag an das genannte Forschungsteam vergab dann im Jahr 2015 Nationalratspräsidentin Doris Bures.

die das gedeihliche Miteinander, das Gespräch und die Selbstbestimmung in den Vordergrund rücken.

Der Demokratiepreis 2018 geht zu gleichen Teilen an das Projekt „100 Jahre Republik – 100 Jahre Leben“ der Pädagogischen Hochschule Burgenland, an den Verein Peregrina – Bildungs-, Beratungs- und Therapiezentrum für Immigrantinnen – sowie an das Wiener Hilfswerk – Nachbarschaftszentren. Die PreisträgerInnen stehen auch für die Wichtigkeit des Miteinander-ins-Gespräch-Kommens, Einander-respektvoll-zu-Begegnens und für die



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit den PreisträgerInnen und Jurymitgliedern der Margaretha Lupac-Stiftung (v. l.): Elisabeth Totzauer, Sieglinde Rosenberger, Gülgün Stoiber (Verein Peregrina), Eva Bertalan (Wiener Hilfswerk), Walter Hermann (Projekt „100 Jahre Republik - 100 Jahre Leben“), Oliver Rathkolb, Manfred Welan © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

VERLEIHUNG DES DEMOKRATIEPREISES DER MARGARETHA LUPAC-STIFTUNG

Der Demokratiepreis der Margaretha Lupac-Stiftung wurde 2018 drei sehr unterschiedlichen Initiativen zuerkannt und spiegelte so die vielfältige zivilgesellschaftliche Arbeit in Österreich wider. Das Kuratorium der Stiftung folgte damit in seiner Sitzung am 22. Oktober 2018 einstimmig den Vorschlägen der Jury. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Vorsitzender des Kuratoriums, zeigte sich erfreut, drei Initiativen auszeichnen zu können,

gegenseitige Verantwortung für gelungenes Zusammenleben – von Männern und Frauen, Minderheit und Mehrheit, Alt und Jung.

Mit dem Demokratiepreis 2018 werden so erneut sehr unterschiedliche Initiativen vor den Vorhang geholt, die ihr Bestreben für ein demokratisches, partizipatives und friedliches Miteinander der Geschlechter, der Generationen und der Regionen eint. Der Preis wurde am 17. Dezember 2018 im Rahmen eines Festaktes im Parlament verliehen.

FAST SCHON EINGELEBT

CLAUDIA DANNHAUSER

Angekommen. Und fast schon eingelebt. Das war kurz gefasst das erste Jahr im Ausweichquartier des Parlaments. Der wunderschöne, imperiale Rahmen, die perfekte Organisation des Umzugs und die professionelle Abwicklung der Plenartage – mehr kann man eigentlich nicht erwarten. Oder doch?

Doch. Wir Journalisten, die wir auch mit umgezogen sind, hätten da noch die eine oder andere Anmerkung. Ein zentraler Wusch ist nämlich offen geblieben. Das Ausweichquartier, so schön es ist, ist einfach sehr zerrissen. Das spüren ja auch die Abgeordneten und ihre Mitarbeiter. Die Wege sind weiter geworden,

Claudia Dannhauser bei der Filmpremiere von „Der Trafikant“ im Gespräch mit (v. l.) Direktorin der KZ Gedenkstätte Mauthausen Barbara Glück, Regisseur Nikolaus Leytner, Schauspieler Simon Morzé, Schauspieler Johannes Krisch
© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner





*„Die Zeit schreit
förmlich nach mehr
Diskussionsforen, nach
Möglichkeiten, Ansichten
kennenzulernen, und
Fragen stellen sowie
Antworten bekommen
zu können.“*

Claudia Dannhauser

das Kommunizieren nicht immer einfacher. Und das spüren auch wir Journalisten. Denn es fehlt schlicht an den Kommunikations-

möglichkeiten. Man sieht sich oft nur noch aus der Ferne, über die Galerie in den Plenarsaal und umgekehrt. Das Couloir geht ab, um auf kurzem Wege Interviews zu führen; die Säulenhalle als Treffpunkt oder die Cafeteria, um auch einmal intensiver das eine oder andere Thema zu erörtern. Ersatz ist trotz redlicher Versuche vom Nationalratspräsidenten abwärts bis heute nicht gefunden worden. Es ist, wie gesagt, auch nicht einfach in den verwinkelten Räumlichkeiten mit den vielen Mietern und Pächtern, mit denen man in der Hofburg nun zusammenlebt.

Und manche Klubs scheinen an dieser Nicht-Kommunikation auch noch Gefallen zu finden. Eine kurzsichtige Freude. Denn die Zeit schreit förmlich nach mehr Diskussionsforen, nach Möglichkeiten, Ansichten kennenzulernen und Fragen stellen sowie Antworten

bekommen zu können. Es gibt so viele neue Nationalratsabgeordnete wie noch nie – und zwar in allen Parteien. Es gibt einen Regierungswechsel und somit auch eine neue Opposition. Da müssten, da sollten sich viele noch profilieren. Da gäbe es unendlich viele Chancen, die Arbeit des Hohen Hauses auch darzustellen. Missverständnisse darüber gibt es in der Bevölkerung wohl noch immer genug. Und bei aller Freude an „message control“ – am Ende wirkt sich diese Zurückhaltung auch auf den Ruf der Abgeordneten und auf das Parlament aus.

So platt es klingen mag, es ist so denkbar einfach: Nur ein starkes Parlament und selbstbewusste Abgeordnete sind ein Garant für eine stabile Demokratie. Und für die kritische und glaubhafte Vermittlung an den Bürger sind nun einmal wir Journalisten zuständig.

Dass es auch Zeiten gab, in denen das anders war, ist im vergangenen Jahr vom Parlament deutlich dargestellt worden. Es gab unzählige bestens vorbereitete Veranstaltungen des Parlaments im Rahmen des Gedenkjahrs. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka hat da sein ganzes Herzblut hineingelegt. Die Vereinigung der Parlamentsredakteurinnen und -redakteure war gerne mit dabei – als Berichterstatte und auch als Akteure.

*„So platt es klingen
mag, es ist so denkbar
einfach: Nur ein starkes
Parlament und selbstbe-
wusste Abgeordnete sind
ein Garant für eine stabile
Demokratie. Und für die
kritische und glaubhafte
Vermittlung an den Bürger
sind nun einmal wir
Journalisten zuständig.“*

Claudia Dannhauser



INFOGRAFIKEN

BILANZ DES NATIONALRATES 2018

PLENARSITZUNGEN DES NATIONALRATES



52 PLENARSITZUNGEN ZU INGESAMT **276** STUNDEN



24 Zuweisungen

7 Sondersitzungen

1 Sitzung außerhalb der ordentlichen Tagung

FRAGESTUNDEN UND AKTUELLE (EUROPA-)STUNDEN



9 AKTUELLE STUNDEN



89 AUFGERUFENE
MÜNDLICHE ANFRAGEN



4 AKTUELLE EUROPASTUNDEN



88 MÜNDLICHE
ZUSATZFRAGEN



7 FRAGESTUNDEN



DEBATTEN



UNTERSUCHUNGSAUSSCHÜSSE

2 UNTERSUCHUNGSAUSSCHÜSSE ZU INGESAMT **189** STUNDEN 

THEMA EUROFIGHTER



14 Sitzungen zu
ingesamt **56** Stunden

THEMA BVT



20 Sitzungen zu
ingesamt **133** Stunden

STENOGRAPHISCHE PROTOKOLLE



56 PROTOKOLLE ZU INGESAMT **3868** SEITEN 

NATIONALRAT 2018

IN ZAHLEN

ÜBERSICHT BETREFFEND DIE SCHRIFTLICHEN ANFRAGEN IN 2018 (XXVI. GESETZGEBUNGSPERIODE)

gerichtet an	ÖVP	SPÖ	FPÖ	NEOS	JETZT	PILZ	OK	Gemeinsam	Gesamt
BM für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz	3	117	1	102	4	42	-	1	270
BM für Bildung, Wissenschaft und Forschung	-	58	-	41	2	21	-	1	123
Bundeskanzler	-	65	-	27	-	35	-	1	128
BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort	-	89	-	33	-	18	-	1	141
BM für EU, Kunst, Kultur und Medien	-	64	-	35	9	33	-	3	144
BM für Europa, Integration und Äußeres	3	70	-	38	-	20	-	1	132
BM für Finanzen	-	130	-	61	5	34	-	1	231
BM für Frauen, Familien und Jugend	-	48	1	34	5	21	-	2	111
BM für Inneres	1	201	2	89	2	45	-	2	342
BM für Landesverteidigung	1	54	-	52	-	18	-	1	126
BM für Nachhaltigkeit und Tourismus	1	124	-	38	3	22	-	1	189
BM für Öffentlichen Dienst und Sport	-	40	-	27	-	14	-	1	82
BM für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz	1	118	-	69	3	47	-	1	239
BM für Verkehr, Innovation und Technologie	5	94	-	45	-	20	-	1	165
Präsident des Nationalrates	-	8	-	8	-	5	-	-	21
	15	1.280	4	699	33	395	0	18	2.444



ÜBERSICHT BETREFFEND DIE TÄTIGKEIT DES NATIONALRATES IN 2018

	Anzahl	hh:mm
PLENARSITZUNGEN	52	275:57
davon Sondersitzungen	7	22:24
davon Zuweisungen	24	1:02
davon außerhalb der ordentlichen Tagung	1	3:29

VOM PLENUM BESCHLOSSEN, GENEHMIGT BZW. ZUR KENNTNIS GENOMMEN

		Abstimmung			
		einstimmig		mehrstimmig	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Gesetze	116	30	25,86	86	74,14
davon Bundesverfassungsgesetze	-	-	-	-	-
Staatsverträge	23	21	91,30	2	8,70
Vereinbarungen gemäß Artikel 15a B-VG	2	1	50,00	1	50,00
Berichte der Bundesregierung	9	6	66,67	3	33,33
Berichte der Volksanwaltschaft	2	2	100,00	-	-
Berichte des Rechnungshofes	78	78	100,00	-	-
StenoProtokolle über parlamentar. Enqueten	-	-	-	-	-
Anträge der Bundesregierung gemäß Art. 49b B-VG	-	-	-	-	-
Beschlüsse zu Vorlagen betr. den ESM	-	-	-	-	-
Vorhaben und Berichte in Angelegenheiten der EU					
Initiativen und Beschlüsse des Europäischen Rates	1	1	100,00	-	-
VON AUSSCHÜSSEN ZUR KENNTNIS GENOMMEN					
Berichte der Bundesregierung oder ihrer Mitglieder	65	55	84,62	10	15,38

SCHRIFTLICHE ANFRAGEN

Schriftliche Anfragen an Mitglieder d. BReg.	2.423
davon dringliche	13
Schriftliche Anfragen an	
Präsident des Nationalrates	21
Präsidentin des Rechnungshofes	-
Ausschussobmänner	-
Fragestunden	7
Aufgerufene mündliche Anfragen	89
Mündliche Zusatzfragen	88
Aktuelle Stunden	9
Aktuelle Europastunden	4
Ausschusssitzungen	234
Unterausschusssitzungen	11
Untersuchungsausschusssitzungen	34
Sitzungen der Enquete-Kommissionen	-
Enqueten	1
Sitzungen der Präsidialkonferenz	15

DRINGLICHE ANFRAGEN, DRINGLICHE ANTRÄGE, PETITIONEN UND BÜRGERINITIATIVEN IN 2018

Dringliche Anfragen	13
davon ÖVP	-
davon FPÖ	-
davon SPÖ	5
davon NEOS	3
davon JETZT/PILZ	4
davon NEOS JETZT SPÖ	1
Dringliche Anträge	7
davon ÖVP	-
davon FPÖ	-
davon SPÖ	3
davon NEOS	2
davon JETZT/PILZ	2
eingelangte Petitionen	16
eingelangte Bürgerinitiativen	16

SERVICE- UND INFORMATIONSMANGEBOTE DES ÖSTERREICHISCHEN PARLAMENTS

INFOTEAM FÜR BÜRGERINNEN

Suchen Sie nach Informationen zum parlamentarischen Geschehen, zum Gesetzgebungsprozess, den parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten oder zu einzelnen MandatarInnen? Das Infoteam hilft bei Fragen zu Parlamentarismus und Demokratie.

Kontaktieren Sie uns telefonisch oder per E-Mail:

- Mo-Fr: 9:00-15:00 Uhr
- Tel.: +43 1 401 10-11
- info@parlament.gv.at

PARLAMENTSFÜHRUNGEN

Öffentliche Führungen

Das österreichische Parlament bietet kostenlos öffentliche Führungen in deutscher und englischer Sprache an. Für die Führungen benötigen Sie jeweils ein Ticket, das Sie in den Infopoints bzw. am Haupteingang Josefsplatz erhalten.

An Sonn- und Feiertagen finden keine Führungen statt. Aufgrund des parlamentarischen Betriebs gibt es zudem weitere spezielle Tage ohne Führungen. Einzelpersonen können jederzeit an Führungen teilnehmen, für Gruppen ist eine Anmeldung notwendig.

Aktuelle Informationen zu Tagen ohne Führungen sowie die detaillierten Führungszeiten finden Sie auf unserer Homepage www.parlament.gv.at unter „Gebäude und Führungen“.

Führung im Palais Epstein

Am Samstag um 10:30 und um 13:30 Uhr werden öffentliche Führungen durch die Repräsentationsräume des Palais Epstein angeboten.

Führung am Heldenplatz

Die Führung "Demokratie.Macht. Orte" hat sich zum Ziel gesetzt, die Entwicklung des Parlamentarismus in Österreich zu erläutern. Bei einem Rundgang auf dem Heldenplatz und seiner Umgebung werden zentrale demokratische Prinzipien vermittelt.

Die Führungen finden von Montag bis Samstag, 10:30 und 13:30 Uhr, statt.

Anmeldung:

Tel.: +43 1 401 10-2400

besucherservice@parlament.gv.at

VERANSTALTUNGEN

An der Schnittstelle zwischen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft fungiert das Parlament jedes Jahr als Gastgeberin einer Vielzahl von Veranstaltungen. Diese sind – teilweise – öffentlich zugänglich. Informationen zu öffentlichen Veranstaltungen und zur Anmeldung finden Sie unter www.parlament.gv.at/veranstaltungen.

ANGEBOTE FÜR KINDER, JUGENDLICHE UND LEHRLINGE

Demokratiewerkstatt

Kinder und Jugendliche lernen in interaktiven Workshops, wie Demokratie funktioniert und welche Rolle das Parlament dabei hat. Die jeweiligen Themen und Inhalte im Angebot der politischen Bildung sind altersgemäß für 8- bis 14-Jährige aufbereitet und werden in Form eines Film-, Radio- oder Zeitungsbeitrags erarbeitet. Dieser kann danach auf der Kinderinternetseite des Parlaments (DemokratieWEBstatt) abgerufen werden.

Ort: Pavillon Ring, Heldenplatz 10, 1010 Wien

Kontakt: Tel.: +43 1 401 10-2930

demokratiewerkstatt@parlament.gv.at

www.demokratiewebstatt.at

www.facebook.com/demokratiewebstatt

Lehrlingsforum der Demokratiewerkstatt

Das Lehrlingsforum vermittelt Lehrlingen ab 15 Jahren lebensnah Inhalte zu Parlament und Demokratie. Die thematisch unterschiedlichen Workshops möchten das Interesse an Politik wecken und anhand konkreter Beispiele zeigen, wie man sich an demokratischen Prozessen beteiligen kann.

Ort: Pavillon Ring, Heldenplatz 10, 1010 Wien

Kontakt: Tel.: +43 1 401 10-2927

lehrlingsforum@parlament.gv.at

www.lehrlingsforum.parlament.at

Jugendparlament/Lehrlingsparlament

Einmal ParlamentarierIn sein! Persönlich erleben, wie Politik funktioniert und seine Meinung geltend machen, das ist im regelmäßig stattfindenden Jugend- und Lehrlingsparlament möglich. SchülerInnen der neunten Schulstufe sowie Lehrlinge können in diesem Rahmen die Rolle von Abgeordneten übernehmen



und zu einem aktuellen Thema mit Unterstützung von PolitikerInnen diskutieren.

Kontakt: Tel.: +43 1 401 10-2940

jugend@parlament.gv.at

www.reininsparlament.at

Führungen für Jugendliche und Lehrlinge

Für Jugendliche ab zwölf sowie für Lehrlinge werden spezielle altersgerechte Führungen durch Räume des Parlaments in der Hofburg angeboten.

Anmeldung und Information:

Tel.: +43 1 401 10-2400

besucherservice@parlament.gv.at

BESUCH VON PLENARSITZUNGEN

Die Sitzungen des Nationalrates und des Bundesrates sind öffentlich zugänglich. Für den Zutritt zum Gebäude benötigt man einen gültigen Lichtbildausweis. Für Einzelpersonen sind im Normalfall Sitzplätze vorhanden. Für Gruppen über fünf Personen ist eine Anmeldung nötig.

Anmeldung und Information:

Tel.: +43 1 401 10-2400 (Galeriebesuch)

besucherservice@parlament.gv.at

INFOPOINTS

Die neu angelegten Infopoints bieten allen BesucherInnen des DemokratieQuartiers ein umfassendes Informationsangebot rund um Parlamentsführungen, die Sanierung des Parlamentsgebäudes, Demokratie und Parlamentarismus und vieles mehr. Der Infopoint Bau.Stelle befindet sich vor dem Parlamentsgebäude am Ring, den Infopoint Platz.Mit.Bestimmung finden Sie im Erdgeschoss des Pavillon Burg am Heldenplatz. Ein weiterer Infopoint wurde zudem am Haupteingang Josefsplatz in der Hofburg eingerichtet. Ein Parlamentsshop befindet sich in jedem Infopoint. Hier werden BesucherInnen wie auch KollegInnen (Repräsentations-)geschenke mit Parlamentsbezug und einschlägige Literatur zu den Themen Parlamentarismus, Demokratie & Sanierung angeboten.

Öffnungszeiten und Kontakt:

Haupteingang Josefsplatz

- Mo-Fr: 8:00-19:00 Uhr
- Sa: 10:00 bis 18:00 Uhr

Tel.: +43 1 401 10-2006

Bau.Stelle

- Mo-Sa: 10:00-18:00 Uhr

Tel.: +43 676 8900 2005

Platz.Mit.Bestimmung

- Mo-Sa: 10:00-18:00 Uhr

Tel.: +43 1 401 10-2004

PRESSEDIENST

Der Pressedienst informiert via APA-OTS, auf www.parlament.gv.at und in den sozialen Medien über das aktuelle parlamentarische Geschehen und ist die Servicestelle für MedienmitarbeiterInnen.

Kontakt: Tel.: +43 1 401 10-2272

pressedienst@parlament.gv.at

Parlamentskorrespondenz

In den Meldungen der Parlamentskorrespondenz sind die parlamentarischen Diskussionen und Veranstaltungen kompakt zusammengefasst – ein unabhängiger Wegweiser durch den Gesetzgebungsprozess von der Initiative über die Ausschüsse bis hin zu den Plenarsitzungen. Mit einem kostenlosen E-Mail-Abonnement erhalten Sie die Aussendungen direkt.

Medienservice

Der Pressedienst ist Ansprechpartner für MedienmitarbeiterInnen, die im Parlament recherchieren, fotografieren oder filmen möchten. Die Abteilung wickelt die Medienanfragen für die Parlamentsdirektion ab und betreut MedienmitarbeiterInnen bei öffentlichen Sitzungen oder Veranstaltungen.

Social Media

Der Pressedienst ist auch die Social-Media-Redaktion für Facebook @OeParl, Twitter @OeParl, Instagram @oe parl und YouTube Parlament Österreich. Videoproduktionen ergänzen das Informationsangebot.



@OeParl



@OeParl



@OeParl
#OeParl



Parlament Österreich

PARLAMENTSbibliothek IM PALAIS EPSTEIN

Als Forschungs- und Informationszentrum für Demokratie, Parlamentarismus, Politik und Recht bietet die Parlamentsbibliothek mehr als 370.000 Bücher und 42.000 Aufsätze, rund 260 aktuelle Fachzeitschriften und Zeitungen sowie zahlreiche Online-Datenbanken. Der Bibliothek ist das Parlamentsarchiv angeschlossen, das die Archivalien der gesetzgebenden Körperschaften ab 1861 umfasst.

Montag bis Freitag von 8:00 bis 16:00 Uhr

Beachten Sie bitte, dass für den Zutritt die Vorlage eines amtlichen Lichtbildausweises notwendig ist!

Telefon +43 1 401 10-2285

bibliothek@parlament.gv.at

Online-Suchportal

bibliothek.parlament.gv.at

www.parlament.gv.at/bibliothek

www.parlament.gv.at/archiv







@OeParl



@OeParl



@OeParl
#OeParl



Parlament Österreich

